

Die Soziale Marktwirtschaft in heutiger Form ist ein Verrat der nicht ausformulierten Ursprungsidee

Die Befreiung eines Begriffs vom Missbrauch durch die politische
Propaganda, taugt er als Bezeichnung einer Ökonomie der Zukunft?

Hinweise auf die Entstehung der
Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
und ihre künftigen Wirkungschancen

von

Tristan Abromeit

März 2019

www.tristan-abromeit.de

Text 162.2

Teil II

Inhalt	2
Hinführung	3
Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	3
Über das Verschwinden und Bewahren einer nicht erschöpften Theorie	4
Das Urteil des ASM-Gründungsmitglied Ernst Winkler	9
Kontakte zwischen Ordoliberalen und Freiwirten vor der Gründung der ASM	14
Beispiele der Wahrnehmung freiwirtschaftlicher Literatur und Theorie durch die Ordoliberalen	19
Einlassung auf einen widersprüchlichen Beitrag aus Erhards Umfeld	21
Einshub: Negativzinsen werden noch nicht richtig verstanden	25
Zurück zu Walter Eucken / Thema Geld, Wettbewerb und Monopole	31
Oswald von Nell-Breuning zur Wirkung des Wettbewerbs	39
Thema Sozialpolitik	43
Keine private Macht	47
Anmerkungen zur Bildungsökonomie	49
Zum Bodenrecht	62
Schlussbemerkungen	69

Text 162.1 ,Teil I

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/162.1.Verrat.und.Zukunft.der.Sozialen.Marktwirtschaft.pdf>

Text 162.3

Anhang zu 162.2

Auszüge aus:

Franz Oppenheimer / Geschichtsphilosophie und Politik des „liberalen Sozialismus“ von Dieter Haselbach

und

Geist und Tat / Monatsschrift für Recht, Freiheit und Kultur

4. Jahrgang, Nr. 9 / September 1949

Europa erleidet eine Niederlage / Machtmittel der Notenbank

Hinführung¹

1) Da nicht jede Leserin und jeder Leser, die bzw. der diese Zeilen liest, den ersten Teil dieses Textes gelesen hat, soll hier kurz darauf hingewiesen werden, worum es hier geht. Ich gehe davon aus, dass dieser Text zu dem Thema Soziale Marktwirtschaft bzw. zur Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft weniger eine Fortsetzung, sondern mehr ein eigenständiger Text wird. Inhaltliche Überschneidungen können deshalb vorkommen.²

2) Der Begriff Soziale Marktwirtschaft wird von vielen Zeitgenossen zurecht als Kaschierung eines nackten Kapitalismus verstanden. Er hat leider eine Stellung zu der ursprünglich gedachten Idee wie der Begriff Sozialismus zu der Realität der untergegangenen DDR. Das ist bedauerlich, es lohnt sich aber mit sich seiner Entwicklung auseinanderzusetzen, weil uns das aus der von vielen Bürgern empfundenen Krise oder Fehlentwicklung unserer Gesellschaft herausführen kann.

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

3) Auch die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft³ verdient unsere Aufmerksamkeit. Sie wurde als Trommler für die Soziale Marktwirtschaft gegründet und sollte nach ihrer Installierung als ihr Wachhund dienen, der die Abweichung der realen Sozialen Marktwirtschaft vom gedachten Kurs verbellt. Die Hinzufügung des Wortes *sozial* zum Begriff Marktwirtschaft ist wie beim weißen Schimmel eine Tautologie. Ich vermute, dass die Beifügung gewählt wurde, weil sich die meisten Bürger eine Marktwirtschaft, die aus sich heraus sozial wirkt, nicht vorstellen konnten (und können). Das hängt auch damit zusammen, dass der Begriff Marktwirtschaft als Synonym für den Begriff Kapitalismus verwendet wird und somit automatisch auf den Widerspruch der Kapitalismuskritiker und -gegner stößt.

4) Die Gründung der ASM 1951 und 1952 wurde in den Bundestagen des Freiwirtschaftsbundes vorbereitet und 1953 in einer Gründungsversammlung vollzogen. In diesen Veranstaltungen kam es zum ersten Mal (?) zu einer Zusammenarbeit von Freiwirten und Ordoliberalen. Die Freiwirtschaftschule geht auf das Wirken von Silvio Gesell⁴ zurück und die Or-

1 Zur Erleichterung einer Bezugnahme füge ich - an den Absätzen orientierend – Textziffern ein. Üb

2 Ich schreibe diese Angabe in der Möglichkeitsform, weil mein Text nicht in Einzelheiten durchgeplant ist.

3 Nachfolgend mit der Abkürzung ASM benannt.

4 https://de.wikipedia.org/wiki/Silvio_Gesell

doliberalen sind Geistesverwandte von den heutigen Neoliberalen. Sie unterscheiden sich aber deutlich von diesen.⁵ Für den Begriff Freiwirtschaft wird auch der Begriff Natürliche Wirtschaftsordnung nach dem Hauptwerk von Gesell verwendet.

5) Der Band mit dem Wortlaut der Vorträge vom Bundestag des Freiwirtschaftsbundes vom 9. und 10. November 1951 mit den Vortragenden Ernst Winkler, Alexander Rüstow, Werner Schmid und Otto Lautenbach trägt den Namen „*Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft*“. Die Veranstaltung muss bundesweit Beachtung gefunden haben. In diesem Band sind von folgenden Presseorganen Berichte wiedergegeben: FAZ / Die Neue Zeitung / Heidelberger Tageblatt / Rhein-Neckar-Zeitung / (Thesen von Prof. Rüstow, die er auf der Tagung vorgetragen hat) / Mannheimer Morgen / Die Zeit / Rheinischer Merkur / Handelsblatt / Der Volkswirt / Freies Volk / Der freie Mensch / United Press in Kasseler Post und weiteren Zeitungen / Deutsche Presse-Agentur in „Hanauer Anzeiger“ und weiteren Zeitungen.

6) Die Wiedergabe der Vorträge von Ernst Winkler, Franz Böhm, Fritz Hellwig, Wolfgang Frickhöfer, Georg Strickrodt und Otto Lautenbacher auf dem Bundestag des Freiwirtschaftsbundes vom 6. und 7. November 1952 trägt den Titel „*Das Programm der Freiheit*“. Hier werden dann auch die Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaft vorgestellt zu denen der Bundesminister der Wirtschaft Ludwig Erhard telegrafisch seine Zustimmung ausdrückte. Weiter werden hier auch die Mitglieder des Vorstandes und des Beirates benannt für die informelle Gründung einer Organisation, die dann am 23. Januar 1953 formel mit den Namen *Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft gegründet wurde*. Hier ist es zweckmäßig die *Historie – Eine kleine Geschichte der Aktionsgemeinschaft* von Julian Dörr und Maximilian Kutzner (die es auch in der ausführlicheren Form gibt) zu lesen.

http://www.asm-ev.de/UeU_Historie.html

Über das Verschwinden und Bewahren einer nicht erschöpften Theorie

7) Es ist nicht meine Absicht erneut eine kleine Geschichte der ASM zu schreiben, sondern ich versuche schreibend zu verstehen, was die Ordoliberalen und die Freiwirtschaftler eigentlich auseinander gebracht hat. Und es gilt den Studierenden und den noch lernfähigen Lehrenden der Wissenschaften, die sich mit dem Menschen als gesellschaftliches Wesen be-

5 <https://de.wikipedia.org/wiki/Ordoliberalismus>

fassen, Anregungen zum eigenen Forschen zu geben. Ich selber erhebe für mich nicht den Anspruch, den vollen Überblick und Durchblick zu haben und bekenne, von der Wissenschaft nur angehaucht worden zu sein. Es geht mir aber nicht nur um die ASM, sondern um die Frage, warum die Freiwirtschaftsschule, die aus meiner Sicht hohe Erklärungswerte für das reale ökonomische und sozialökonomische Geschehen in unserer Gesellschaft - und darüber hinaus - hat, nach ihrem erneuten Aufstieg nach dem Verbot in der NS-Zeit in der Bundesrepublik alsbald aus der Lehre und den Medien ausgegrenzt wurde. Nur im privaten Bereich und auf Vereinsebene konnte das Wissen von der Freiwirtschaftsschule bis in die Gegenwart gerettet werden.

8) In der ZEITSCHRIFT für das gesamte KREDITWESEN vom 15. März 1980 ist zu lesen:

IN MEMORIAM Silvio Gesell

Professor Dr. Oswald Hahn ⁶, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg schreibt uns: Am 11. März sind fünfzig Jahre seit dem Todestag von Silvio Gesell vergangen: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergebracht und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. Beide Namen sagen dem heutigen Studenten überhaupt nichts - etwas, was man nicht einer Geschichtslosigkeit der Jugend anlasten darf, sondern allein ihren akademischen Lehrern: Diese können das ihrerseits wieder nicht ihren Altvordere vorwerfen. Dieses Faktum ist vielmehr Ausfluß einer Geisteshaltung, die mit dem Sonnen in der eigenen Genialität und dem angemeldeten Anspruch auf Zugehörigkeit zu einer dynamischen Disziplin zu erklären ist. Den 250. Todestag von John Law am 21. März 1979 haben wir alle übersehen - eine Unterlassungssünde, die beschämen muß. Man sucht beide Namen - den von Gesell und Law - ohnehin vergeblich in den modernen Lehrbüchern: Otto Veit ist wohl der letzte, der beiden wissenschaftliche Anerkennung zuteilwerden ließ, aber auch dessen Name fehlt ebenso in den meisten modernen Büchern, wie auch die Empfehlung des »Grundrisses der Währungspolitik« in den entsprechenden Vorlesungen.

...

Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfasserverbedingte Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Europa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fullbright-Stipendiaten möglich. ⁷

6 <https://idw-online.de/de/news14019>

7 Der ganze Beitrag von Hahn und Lexikaeinträge zu Gesell von Prof. Wolfgang Stützel und Prof. Oreste Popescu sind lesen unter: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/5.3%20Glasnost%20BB%20Anlage%20III.pdf>

9) Mittlerweile erfüllt sich Hahns Vorhersage insofern, dass im angelsächsischen Raum Gesell wieder entdeckt wird. Aktuell erhielt ich über eine E-Mail-Liste den Hinweis eines Teilnehmers, dass sich ein Vorstandsmitglied der Europäischen Zentralbank (EZB) erneut zu Gesell in der französischen Sprache geäußert hat. Ein anderer Teilnehmer fand daraufhin die Aussage in englischer Sprache. Ich gebe die Nachricht in der Übersetzung ins Deutsche wieder:

<https://www.bis.org/review/r190402c.htm>

Die Frage, bei deren Antwort Benoît Cœuré Silvio Gesell benennt übersetzt der automatische Übersetzer aus dem Englischen so:

Für Ökonomen, die Kurse in Geldwirtschaft unterrichtet haben, ist dies alles sehr überraschend. Niemand hätte gedacht, dass die Zentralbanken die langfristigen Zinssätze beeinflussen könnten, und dass der riesige Pool an Liquidität die Inflation nicht anheizen würde. Diese Annahme wird grundsätzlich in Frage gestellt. Es geht weit über den monetären Aspekt hinaus.

Wir befinden uns in einer Zeit, in der die Theorie hinter der Realität zurückbleibt, wie dies bereits in der Vergangenheit der Fall war. In den letzten Jahren hat sich die monetäre Ökonomie erheblich weiterentwickelt. Zum Beispiel haben wir eine umfangreiche theoretische Arbeit zur quantitativen Lockerung von Curdia, Woodford und anderen. Wir haben auch große Fortschritte bei der Einbeziehung der finanziellen Spannungen in die Modelle der Zentralbanken gemacht. Dies begann in den Vereinigten Staaten, bevor es sich nach Europa ausbreitete. Es ist auch eine Gelegenheit, die verschwundenen monetären Denkschulen wiederzubeleben. Diskussionen über Negativzinsen boten beispielsweise die Gelegenheit, die Arbeit von Silvio Gesell und seine Theorie der Banknoten-Demurrage, die zu einer theoretischen Kuriosität geworden war, erneut zu betrachten.

10) Es wird aber wohl noch wenigstens fünf Jahre dauern, bis sich in den Ökonomievorlesungen bemerkbar macht, dass es eine reaktivierte Theorie Ökonomie gibt, die man unverständlicherweise in das Land des Vergessens schieben wollte. Und bis sich das neu belebte alte Wissen in der Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik und bemerkbar macht, wird es sicher länger als 10 Jahre dauern. Es kann sein, dass das zu spät ist, weil die Menschen sich wieder gegenseitig (nicht mit Keulen, sondern hochmodernem Kriegsgerät) die Köpfe eingeschlagen haben. Das ist dann die Saatzeit des Kapitalismus, der sein Zerstörungswerk in Gang setzen muss, damit die Rendite für eine Weile wieder steigen kann.

11) Es geht weiter mit der Spurensuche nach den Ursachen des Scheiterns nicht nur nach der Zusammenarbeit von Ordoliberalen und Freiwirten, sondern auch nach der Frage warum das Ziel, ausgedrückt mit der Formel von der *freiheitlich, demokratischen Grundordnung*, zu einer Ideologie, die Besitzstände – politische und reale - verteidigen soll, verkommen ist. Die weitere Frage ist, warum die vielen Menschen, die die Zustände wie sie sind, nicht akzeptieren, dann aber Lösungen bevorzugen, die keine soziale Gerechtigkeit bringen können und die Freiheit des Individuums unnötig ausschließen. Wir haben nicht nur einen Konservatismus auf der politisch rechten Seite, sondern auch auf der linken Seite. Die politische Mitte zeichnet sich dabei nicht durch die Ausgewogenheit aus, sondern durch die Mittelmäßigkeit. Ich denke, ich werde mit meiner Suche nach den Ursachen nicht weit kommen und brauchbare Erklärungen werden auch nicht (nur) in den Theorien von der Wissenschaftsforschung zu finden sein. Ich vermute, dass hier die ganze Familie der Wissenschaften, die sich mit dem Menschen befasst, gefragt ist.

12) In der kleinen Geschichte der ASM von Dörr und Kutzner stehen folgende die Sätze auf der Seite 21:

Anders als man vermuten mag, wies die inhaltliche Arbeit der ASM unter Alexander Rüstow eine hohe Kontinuität zu seinen freiwirtschaftlichen Vorgängern auf. Ein in der Literatur oftmals vermuteter programmatischer Bruch vollzog sich nicht. Rüstow verdeutlicht die inhaltliche Konvergenz und den Nutzen der Zusammenarbeit des „Konkubinats mit den GesellLeuten“ in einem vertraulichen Brief: „Den Freiwirtschaftlern unter Führung von Lautenbach ist ja überhaupt die ganze Aktion ausschließlich zu verdanken, und nicht nur Lautenbach, sondern sie alle haben ausnahmslos in anerkennenswerter und loyaler Weise ihr Sektierertum völlig zurückgestellt. Winkler ist im Übrigen ein ungewöhnlich kluger und menschlich hochstehender Mann.“⁸

13) Hier wäre zu fragen, was der Begriff *Sektierertum* in diesem Zusammenhang zu bedeuten hat. Eine Ökonomieschule, die von den offiziellen Lehranstalten und Forschungsinstituten ausgeschlossen ist, sich mit den knappsten Mitteln über Wasser hält und ihre Mitwirker nur aus dem allgemeinen Publikum rekrutiert, kann nicht ein Erscheinungsbild haben, wie eine Dozentenschaft, die vom Staat alimentiert wird und ihr Arbeitsumfeld zu einer Festung ausbaut, um ihre Lehrmeinungen zu verteidigen. Mir scheint, der Haufen an Freiwirten, der ein weites Spektrum an Bildung, Ausbildung und Erfahrung repräsentiert, läuft in Bezug auf die Inhalte weniger Gefahr sektiererisch zu wirken als die Hochschullehrer, denen ihre Reputa-

⁸ Quellen dafür sind im Original benannt.

tation wichtiger ist, als der Erkenntnissertrag ihrer Bemühungen. In einer Beziehung trifft das sektiererische auf die freiwirtschaftlichen bewegten Menschen zu. Wenn der Mensch eine Sache als gut und für sich und die Gemeinschaft als nützlich befindet und merkt, dass dieses Anliegen diskriminiert wird, dann kann seine Werbung aus Gründen der Gerechtigkeit oder Widerstandes dafür so intensiver werden, dass sie dem umworbenen auf die Nerven geht. Die lehrende Professorenschaft hat eine solche Werbung nicht nötig, weil sie die ihre Studenten mit den Prüfungsanforderungen zwingen kann, sich mit den von ihnen vertretenen Inhalten auseinanderzusetzen. Außerdem wird es auch Freiwirte geben, wie es Marxisten gibt, die wenig tief in die Theorie ihrer Lehrer eingedrungen sind, aber glauben, dass die jeweilige Richtung stimmt. Aber ohne deren Zuwendung hätte die Freiwirtschaftsschule nicht überlebt. Seit der Zeit, in der ich mich mit dem Thema Freiwirtschaft beschäftige⁹, waren die markantesten Vertreter dieser Schule von ihrer beruflichen Orientierung hergesehen Lehrer, Juristen, Ärzte, und Vertreter technischer Berufe. Dann folgten in der Stärke der beruflichen Orientierung erst die Ökonomen. Wer opfert schon seine Karriere für eine Außenseiterposition. Es heißt doch: „Es ist bequemer im Verbund zu irren, als alleine die Wahrheit zu suchen.“ Die Freiwirtschaft wird also in der Regel von Leuten vertreten, die das wissenschaftliche Denken gelernt haben. In der Weimarer Zeit waren nach meinem Eindruck die Handwerker, die Industriellen und Erfinder stärker vertreten als heute. Gesell selber und seine ersten Mitstreiter hatten als Adressaten ihrer Botschaft auf die Arbeitnehmer in den gewerblichen und industriellen Unternehmen gesetzt, nicht aus ideologischen Gründen, sondern weil diese den größten Nutzen von der Umsetzung der freiwirtschaftlichen Theorie gehabt hätten (haben). Sie haben aber nicht bedacht, dass dieser große Teil ihrer Zeitgenossen durch den Marxismus als Glaubenslehre an eine vor der Freiwirtschaft entwickelte Idee gebunden waren.

14) Hier ist auch zu fragen, wieweit Wissenschaftler frei sind von Glaubenssätzen, von Annahmen und Vermutungen, also Träger von Wissen sind, das morgen genauso gültig ist wie heute. Nicht ohne Grund wird gesagt, dass eine neue Lehre sich erst dann durchsetzen kann, wenn die Vermittler der alten Lehre gestorben sind. Der wissenschaftliche Gehalt einer Theorie zeigt sich erst, wenn er sich in der Anwendung bewahrheitet. In dieser Beziehung steht die Freiwirtschaft nicht schlecht da.

⁹ Als ich 1961 das erste Flugblatt in die Hände bekam, war meine größte Sorge, dass ich mich mit einer Glaubenslehre beschäftigen könnte. Ich traf dann aber auf Kenner der Materie, die die Freiwirtschaft eher als eine Naturwissenschaft betrachteten.

15) Ein geschlossenes Sektierertum der Freiwirtschaftsschule schließt sich schon dadurch aus, weil der Zugang zu ihr in der Regel erst von den Individuen gefunden wird, wenn sie ihre berufliche Bildung oder ein Studium schon hinter sich haben und in verschiedener Weise vorgeprägt sind. Von außen gesehen ist es ja auch irritierend, wenn im Rahmen freiwirtschaftlicher Beiträge in Wort und Schrift christliche, anarchistische, liberale oder sozialistische Töne zu vernehmen sind.¹⁰ Das Selbstverständnis der Freiwirte ist aber - teils unausgesprochen und teils bewusst ausgesprochenen, dass Silvio Gesell nicht der Anfang und das Ende allen ökonomischen und gesellschaftlichen Denkens ist. Es geht also nicht darum Glaubenssätze weiterzureichen, sondern überprüfbare Erkenntnisse. In der Reihe der freiwirtschaftlichen Gründungsgruppe der ASM, die nach dem Rückzug aus dieser Organisation ASM das *Seminar für Freiheitliche Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft* (www.SffO.de) gegründet haben, wurde in Veröffentlichungen ausdrücklich die „Hinweise auf die Geschichte der sozialen Freiheitsbewegung“ gegeben, so z. B. in: „Beiträge zur Situation der menschlichen Gesellschaft“, 1956, wurde auf die „Geistesgeschichtliche Genealogie ..“ verwiesen und ebenso in der Veröffentlichung „Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart“, 1981, mit markanten Aussagen der geschichtlichen Geistes-Ahnen. In der zuletzt genannten Veröffentlichung fängt das an mit Thomas von Aquin 1225 – 1274 und hört auf mit Walter Eucken 1891 – 1950.

16) Wenn aber mit „Sektierertum völlig zurückgestellt“ gemeint ist, dass die Freiwirte in der ASM die Forderung nach einer freiwirtschaftlichen Reform der Währung und nach einer die Bodenrente neutralisierenden Bodenreform aufgegeben hatten - was damals auch wohl Freiwirte außerhalb der ASM als Vorwurf formulierten -, dann ist das eine falsche Vermutung der Ordoliberalen in der Gründerzeit der ASM und vom wissenschaftlichen Standpunkt eine unbegründete Erwartung. Es wäre nämlich so, als wenn die Freiwirte von den Ordoliberalen gefordert hätten, sie sollten die Förderung des Wettbewerbs und die Bekämpfung von Monopolen als politische Aufgabe in ihrem Denken streichen.

¹⁰ Ein Teilnehmer der NWO-Mailing-Liste meldete einen Beitrag über Gesell mit anarchistischen Zungenschlag. <https://www.heise.de/tp/features/An-die-Geldhamster-4364344.html> Ein andere beklagt sich über den destruktiven Stil vieler Kommentarschreiber. Ein dritter antwortet: >> Kennt jemand den Autor Ralf Höller? Falls es kein Pseudonym ist, beweist der Beitrag zweierlei: Es gibt weit mehr "Kenner" als wir wissen und Telepolis-Leser haben Facebook-Hater-Kommentar-Niveau. Eigentlich müsste Telepolis, wenn sie auf Qualität wert legte, die Kommentarfunktion abschalten, denn wie dort diskutiert wird, fällt letztlich auf das Medium als ganzes zurück. <<

Das Urteil des ASM-Gründungsmitglied Ernst Winkler

17) Wenn man den Beitrag > FREIHEIT ODER? / Notizen über die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung und ihren Beitrag zur „Sozialen Marktwirtschaft“ / Eine Denschrift für Otto Lautenbach < von Ernst Winkler in den *Fragen der Freiheit*, Heft 273/4 aus dem Jahr 2006 ¹¹ liest, dann ist das nicht so.

Bei Ernst Winkler heißt es in der genannten Schrift:

I. ZWECKBÜNDNIS MIT DEN NEOLIBERALEN

Die 1951 eingeleitete und 1952 gefestigte Kooperation zwischen Freiwirtschaftlern und Neoliberalen wurde für die folgenden beiden Jahre institutionalisiert und vertieft zwecks gegenseitiger Unterstützung und zum beiderseitigen Nutzen. Leider wurde diese fruchtbare Zusammenarbeit in weiten Kreisen der Wirtschaftswissenschaft nicht mit dem nötigen Verständnis oder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, in weiten Kreisen der Freiwirtschaft nur mit Mißtrauen und Unverständnis beobachtet. Ihr plötzliches Ende mit dem Tod Otto Lautenbachs im Juli 1954 hatte schwerwiegende Folgen nicht nur für einen Rückschlag in der geschichtlichen Entwicklung der Freiwirtschaftsbewegung, sondern auch für die zwanzigjährige Fehlentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und die hieraus entstandenen Krisen von heute.

Diese seine persönliche Überzeugung will der Verfasser in den folgenden Ausführungen begründen und nach Möglichkeit dokumentarisch belegen. Voraussetzung für das Verständnis ist allerdings zunächst die Klärung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den beiden Positionen Freiwirtschaft und Neoliberalismus.

Das gelingt am besten durch Rückgriff auf den Vater der neoliberalen Schule, Walter Eucken, dessen sich anbahnende persönliche Beziehung zu Otto Lautenbach leider, bevor sie die erhofften Früchte tragen konnten, durch Euckens viel zu frühen Tod abgebrochen wurden. In seinem nachgelassenen Werk „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ (1952) entwickelte er die Prinzipien zur Verwirklichung einer „Wettbewerbsordnung“, die in gleicher Weise dem Postulat der Freiheit und einer größtmöglichen sozialen Gerechtigkeit genügen soll.

Sie ruht nach Walter Eucken auf folgenden drei ordnungspolitischen Grundpfeilern:

- 57 -

A. Die sieben „konstituierenden Prinzipien“:

1. als „wirtschaftsverfassungsrechtliches Grundprinzip“ die Herstellung eines „funktionsfähigen Preissystems vollständiger Konkurrenz“;
2. das „Primat der Währung“ für die Wettbewerbsordnung und zur Sicherung einer „gewissen Stabilität des Geldwertes“;
3. „Öffnung von Angebot und Nachfrage“ als notwendige Voraussetzung „zur Kon-

¹¹ Erstveröffentlichung als Sonderdruck der *Fragen der Freiheit*. 1980.

- stituierung der Wettbewerbsordnung“;
4. „Privateigentum an Produktionsmitteln als Voraussetzung der Wettbewerbsordnung“ und „Wettbewerbsordnung als Voraussetzung dafür, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht zu wirtschaftlichen und sozialen Mißständen führt“ („Kontrolle durch Konkurrenz“);
 5. „Gewährleistung der Vertragsfreiheit, um die Wettbewerbsordnung zu konstituieren“ und zugleich ihre Einschränkung durch Verweigerung des Rechtes, „Verträge zu schließen, welche die Vertragsfreiheit beschränken oder beseitigen“;
 6. Haftungsprinzip: „Wer für Pläne und Handlungen der Unternehmen (Betriebe) und Haushalte verantwortlich ist, haftet“;
 7. „Konstanz der Wirtschaftspolitik (langfristige Festlegung von Steuern, Handelsverträgen, Währungseinheiten usw.)“.

B. Die drei „regulativen Prinzipien“

1. Monopolkontrolle zu dem Zweck, die Entstehung von Monopolen und Konzernen zu verhindern und die bestehenden aufzulösen, soweit sie vermeidbar sind, oder wenigstens kontrollierend zu steuern, soweit sie unvermeidbar sind.
2. Korrektur der Einkommensverteilung (durch Steuerprogression), soweit sie durch sozial bedingten Mangel gleicher Startchancen verzerrt ist.
3. Sozialpolitik (zum Beispiel nötigenfalls Begrenzung der Planungsfreiheit der Betriebe, Festsetzung von Mindestlöhnen) zum Schutz gegen Raubbau, soweit dieses Ziel durch Konkurrenzmechanismus und Rentabilitätsprinzip nicht erreichbar ist.

- 58 -

- #### *C. Die humanitäre Ergänzung durch „widergelagerte Gesellschaftspolitik“:*
- Das zu Egoismus und Konkurrenzkampf berechtigende Individualprinzip muß mit dem verpflichtenden Sozialprinzip verknüpft werden; insbesondere muß der Entstehung einer anonymen Massengesellschaft durch Dezentralisierung entgegen gewirkt werden.

Die vorstehenden Grundprinzipien wurden in aller Ausführlichkeit zitiert, um ein Urteil darüber zu ermöglichen, 1. wie nahe Euckens Konzept einer „Wettbewerbswirtschaft“ dem freiwirtschaftlichen Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ kommt, 2. wie weit sich die faktische, wirtschaftswunderliche Entwicklung der „Sozialen Marktwirtschaft“ von Euckens Konzept und umso mehr vom freiwirtschaftlichen Modell entfernt hat.

Die Freiwirtschaftler bejahen vorbehaltlos die von Eucken formulierten „konstituierenden Prinzipien“ und stimmen mit ihm auch in der Feststellung überein, daß sie zur Konstituierung einer freien, sozial gerechten, voll funktionsfähigen Marktwirtschaft noch nicht ausreichen. Aber sie ziehen aus dieser Feststellung eine andere Konsequenz. Eucken will diese doch recht grundsätzlichen Mängel durch „regulative Prinzipien“ und eine „widergelagerte Gesellschaftspolitik“ ausgleichen, also gewisse Einschränkungen der freien Marktwirtschaft zugunsten einer teilweisen Zentralwirtschaft durch staatliche Planung oder sogar dirigistische Eingriffe zulassen. Die Freiwirte fordern dagegen die vollständige Kon-

stituierung der „Wettbewerbswirtschaft“ durch Vervollständigung der „konstituierenden Prinzipien“, weil sie bei Eucken die beiden nach ihrer Überzeugung grundlegenden Prinzipien vermissen: erstens Konkretisierung des Prinzips A. 2 als „Indexwährung mit Umlaufsicherung des Geldes“, zweitens das Prinzip: „soziales Bodenrecht“.

Wie eine tiefer führende theoretische Analyse zeigt, kann unter diesen Voraussetzungen die zentrale Regulierung nach den Prinzipien B und C (vielleicht bis auf einen kleinen Rest für B.I)

- 59 -

durch eine vollständige Selbstregulierung ersetzt werden im Rahmen einer gesetzlichen (am besten verfassungsrechtlich verankerten) Rechtsordnung zur Schaffung der Bedingungen für eine funktionsfähige monopolfreie Marktwirtschaft, die in einer wirtschaftlichen Dauerkonjunktur bei nicht gehemmter Kapitalbildung zu einem leistungsgerechten Einkommen mit verhältnismäßig geringer Streuung führt. Damit wird auch der Widerspruch zwischen einem leistungsgerechten Einkommen (vgl. B.2) und dem sogenannten „Rentabilitätsprinzip“ (vgl. C) beseitigt; denn das „Rentabilitätsprinzip“ bleibt voll wirksam, soweit es als unentbehrliches Effizienzkriterium für den optimalen Einsatz von Kapital, Produktionsmitteln und Arbeitskräften dient und damit das Leistungseinkommen, insbesondere den Unternehmergeinn maximiert; aber es verliert seine Gültigkeit, soweit es als harten Kern die „Rendite“ des „funktionslosen Investors“ (J.M. Keynes) enthält, also eine erpresserische Abschöpfung des Realkapitalertrages und des Leistungseinkommens zugunsten des Leihkapitals auf Grund der „Liquiditätspräferenz“ (J. M. Keynes) garantiert.

2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT (ASM)

2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

a) Konstituierung und Tagungen

Mit der Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ in Heidelberg am 23.1.1953 schuf Otto Lautenbach den organisatorischen Rahmen für die beschriebene Kooperation mit den Neoliberalen zum doppelten Zweck der gegenseitigen Annäherung und der gemeinsamen politischen Aktion. Natürlich fand diese Zielsetzung auch ihren personellen Niederschlag in der Zusammensetzung der Führungsgremien. Der aus acht Mitgliedern gebildete Vorstand umfaßte neben vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Hoch, Ernst Winkler, Heinrich Schwab) maßgebende Männer der Wirtschaft (Wilhelm Blum, Direktor der Frank'schen Eisenwerke AG, Adolfshütte), des Rechtswesens

- 60 -

(Rechtsanwälte Alexander Meier-Lenoir, G.W. Kalbfleisch) und des Verbandslebens (Johann Lang, Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes); unter den neun Mitgliedern des Beirates befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberale (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans Ilau); zwei weitere führende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke). Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20. / 21. 5. 1953 und 18. / 19. 11. 1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und

dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei näherem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig (1951, 1952) kamen noch Hans Ilau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953).

b) Programmatische Richtlinien

In ihrem „Aufruf zur wirtschaftspolitischen Entscheidung“ ging die ASM von der Feststellung aus: „Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist.“

Daher hat sich die ASM zum Ziel gesetzt, „jenseits von Parteien und Interessengruppen für die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft zu arbeiten“ und definiert dieses Ziel konkret durch die folgenden Forderungen als „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“.

- 61 -

„Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich :

1. Die Währung der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.
2. Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihre Entstehung durch die Rechtsordnung zu unterbinden.
3. Die Große Steuerreform wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.
4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unterstehen ausschließlich der freien Vereinbarung mit freier Preisbildung.
5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.
6. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.
7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Frei

zügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und

- 62 -

Dienstleistungen. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist solange frei zu geben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungs-Union (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden.“

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens „konstituierenden“ Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen „regulativen“ Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer „Wettbewerbswirtschaft“ dar und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

In der Forderung I wird das Eucken-Prinzip (A.2) vom „Primat der Währung!“ inhaltlich präzisiert durch die beiden Begriffe „Kaufkraftbeständigkeit“ als Äquivalent der Indexwährung und „Funktionsfähigkeit“ als Deckwort für Umlaufsicherung. Denn bei Weiterentwicklung der Theorie und wenn möglich bei Übersetzung in die Praxis wird die Frage nach dem für die „Funktionsfähigkeit“ notwendigen Mittel akut und unausweichlich.

Mit der Forderung 2 wird das Grundprinzip der Wettbewerbsordnung in der Weise präzisiert, daß erstens durch die Umschreibung als „natürliches Monopol“ das Postulat des „sozialen Bodenrechts“ eingeführt und zweitens für „die übrigen“, also die künstlichen Monopole das regulative Prinzip (B. I) der Monopolkontrolle nur als Übergangslösung anerkannt und im Endergebnis entbehrlich werden soll. In der weiteren Konsequenz werden alle regulativen Prinzipien (B) und die „humanitäre Ergänzung“ (C) entbehrlich durch die Selbstregulation einer marktwirtschaftlichen Ordnung im Sinn der freiwirtschaftlichen Modellvorstellung.

In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren theoretischen Entwicklung oder gar prak-

- 63 -

tischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer heraustreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Umso bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23.1.1953 an die Gründungsversammlung aussprach: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

Kontakte zwischen Ordoliberalen und Freiwirten vor der Gründung der ASM

18) Der Kontakt zwischen Ordoliberalen und Freiwirten hat offensichtlich schon vor 1951 bestanden, zu mindesten zwischen Ludwig Erhard und Otto Lautenbach. Das ergibt sich aus dem Geleitwort zur 1. Ausgabe der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ von 1949, Herausgeber ist Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Max Schönwandt. Unter Mitwirkung wird Wilhelm Kromphardt und Otto Lautenbach aufgeführt. Zu lesen ist:

GELEITWORT

Beste Ergiebigkeit der Arbeit freier Menschen in einer echten Sozialordnung ist das Ziel jeder wirtschaftlichen Betätigung und Organisation (oder sollte es doch sein). Diesem Ziel näherzukommen erfordert das Zusammenwirken der in gutem Sinn akademischen aber wirklichkeitsnahen Wissenschaft mit allen in Praxis und Politik Tätigen.

Das gilt besonders für die Grundfragen der Wirtschaft überhaupt, mit denen die Arbeit jedes Einzelnen ebenso wie die Höhe seiner Lebenshaltung zusammenhängen. Sie dürfen nicht von Parteipolitik und kurzsichtigen Gruppeninteressen verdunkelt und beherrscht werden. Sie gehen auch nicht nur die Politiker, Journalisten, Syndici und Sekretäre an sondern jedermann.

Die Herausgeber haben seit Kriegsende ihre ganze Kraft dafür eingesetzt, die deutsche Wirtschaft aus ihrer Lähmung zu befreien. Sie waren und sind der festen Überzeugung, daß trotz aller ungünstigen Gegebenheiten das Sozialprodukt wesentlich gesteigert werden und jedem Schaffenden und Bedürftigen zugutekommen kann, wenn wir alle mit Gewissenhaftigkeit und Ernst den Problemen auf den Grund gehen.

Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten „realen Voraussetzungen“) sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land „arm“ oder „reich“, sein.

Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.

Zur Voll-Leistung der Wirtschaft mit angemessener Beteiligung aller entsprechend ihrer Mitwirkung gehört noch mehr. Genannt seien nur: ein ausgeglichenes Lohngefüge, ein angemessenes Lohn-Preis-Verhältnis und vor allem die Gewißheit eines jeden, daß arbeiten und wagen sich lohnt.

Schlagworte und unklare Vorstellungen (z.B. über „Inflation und Deflation“, aber auch über „Des-Inflation“ und „Re-Deflation“) richten hierbei nur Schaden an. Wir

rufen dazu auf, sie zu vermeiden oder doch zu klären. Das wird nur gelingen, wenn gleichermaßen in echtem Eifer nach wissenschaftlicher Vertiefung wie in unmittelbarer Verbundenheit zur wirtschaftlichen und sozialen Wirklichkeit das gesucht wird, was richtig und heute nötig ist. Das Richtige und Nötige werden wir nur in freier Aussprache und in hartem Ringen miteinander finden (und auch dann nur Schritt für Schritt). Dafür das noch fehlende Forum zu bieten ist Hauptaufgabe dieser Zeitschrift. Sie wird mit verantwortlicher Kritik alles prüfen, was für Währung und Wirtschaft von Bedeutung ist und selbst die Grundfragen erforschen und Vorschläge machen. Die ausgeprägten Anschauungen jedes einzelnen Herausgeber über die Zusammenhänge der Wirtschaft und Gesellschaft und über das, was heute getan werden sollte, werden zwar zum Ausdruck kommen, aber nicht weniger oft und gern jede noch so scharfe Kritik an den Auffassungen und Handlungen der Herausgeber und der Schriftleitung - vorausgesetzt nur, daß diese Kritik mit diskussionsfähigen (wenn vielleicht auch nicht richtigen) Gründen versehen ist. Jeder, dessen Ansichten, Äußerungen oder Taten kritisiert worden sind, wird an gleicher Stelle und in gleichem Umfang mit sachlichen Gründen ohne vermeidbare Wiederholung antworten können. Es ist selbstverständlich, daß Herausgeber und Schriftleitung nicht die gleichen Ansichten haben und jeder nur die von ihm gezeichneten Beiträge zu vertreten hat.

Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und alle Parteien, für Einheimische und Vertriebene. Deshalb wenden wir uns mit dieser Zeitschrift nicht an den engen Kreis sogenannter Fachleute. Vielmehr ist jeder angesprochen, der sich verantwortlich fühlt und mitdenkt.

Wir werden unser Bestes tun, ebenso wissenschaftlich wie anschaulich und verständlich zu sein, um die Aufmerksamkeit und Mitarbeit aller zu wecken.

Für dieses Programm, dagegen nicht für die einzelnen Aufsätze (auch nicht für die der Schriftleitung), für das Gesicht und für die Erfüllung des hohen Anspruchs stehen die Herausgeber ein.

**Ludwig Erhard / Erwin Hielscher / Wilhelm Kromphardt
Otto Lautenbach / Max Schönwandt**

oooooooooooo

19) Ernst Winkler rechnete Ludwig Erhard zu den Ordoliberalen. Es gibt Anzeichen dafür, dass Erhard sich selber als Freiwirt sah und auch die Öffentlichkeit – sofern sie sich mit Differenzierungen in ökonomischen Lehren auskannte. Erhard hat in sein Buch „Wohlstand für alle“ (S. 195) eine Karikatur übernommen, in der er als freiwirtschaftlicher Troubadour bezeichnet wird. Im SPIEGEL vom 09.09.1953 in der Titelgeschichte „SOZIALE MARKT-WIRTSCHAFT / Die Flucht nach vorn“¹² heißt es:

¹² Es lohnt den ganzen Artikel zu lesen.

Während die Oppositionsparteien in der Adenauerschen Außenpolitik ein dankbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug; als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor. Außerdem kam Schäffer immer pünktlich zu den Kabinettsitzungen, Erhard nicht.

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-25657504.html>

Ludwig Erhard hat die Bedeutung einer funktionierenden Währung mit einer Preisniveaustabilität erkannt. Ich habe noch keine Quelle gefunden, aus der hervorgeht, dass er auch wusste, wie er und seine Mitwirker zu einer solchen Währung kommen könnten. Seine Maßhaltappelle – von denen er selber gesagt hat, dass sie nicht wirksam waren – weisen ihn nicht als kundigen Währungstheoretiker aus. Vielleicht hat ihn dieser Mangel zur Freiwirtschaft getrieben. Maßhalten kann der einzelne Marktteilnehmer in Bezug auf das, was er seinen Marktteilnehmern abverlangt oder zumutet. Und wenn der Wettbewerb richtig funktioniert und der Markt nicht vermachtet ist, dann wird er dazu auch im Eigeninteresse dazu veranlasst. Aber grundsätzlich gilt, dass der einzelne unter Berücksichtigung seiner Kauf- oder Absatzstrategie – die auch von seinen Wertnormen mitgestaltet wird – das er aus dem Markt herausholt, was der ihm bietet. Dieses Verhalten ergibt die notwendige Handlungssicherheit. Der einzelne Marktteilnehmer kann vom System und von seinen Fähigkeiten her gesehen keinen Einfluss auf die Kaufkraftbeständigkeit des Geldes ausüben.

20) Walter Eucken hat ebenfalls die Bedeutung einer funktionsfähigen Währung mit einer Preisniveaustabilität für seine Wettbewerbsordnung erkannt. Aber aus seinem Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ ist nicht erkennbar, dass er auch wusste, wie wir zu einer solchen Währung kommen können. Das entwertet aber in keinem Fall sein Denken und seine Lebensleistung. Der Wettbewerb im Erkennen verhindert die Festlegungen der Denkergebnisse auf Dauer und drängt nach Überprüfung der bisher gefundenen Ergebnisse. Vielleicht liegt hier auch der Grund der Anbahnung eines Kontaktes zwischen Eucken und Lautenbach, die durch den frühen Tod von Eucken abgebrochen wurde. Ich zitiere ein paar Stellen aus Euckens Buch „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ aus dem Kapitel

„XV. DIE POLITIK DER WETTBEWERBSORDNUNG – DIE KONSTITUIERENDEN PRINZIPIEN“ / „2. Primat der Währungspolitik – Der währungspolitische Stabilisator“:

...

2. Auch in dieser Hinsicht ist die Wettbewerbsordnung das Gegenstück der Ordnungen des zentralverwaltungswirtschaftlichen Typs. Hier gilt das Prinzip: Alle Bemühungen, eine Wettbewerbsordnung zu verwirklichen, sind umsonst, solange eine gewisse Stabilität des Geldwertes nicht gesichert ist. Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein Primat.

...

. Das Prinzip, der Währungspolitik einen besonderen Rang im Rahmen der Wirtschaftspolitik zuzuweisen, hat - wie gezeigt - einen ordnungspolitischen Sinn. Durch das Handeln nach diesem Prinzip wird nicht - um eine vergrößernde Bezeichnung zu gebrauchen - die Wirtschaft der Währung geopfert. Das Umgekehrte gilt: Durch eine gewisse Stabilisierung des Geldwertes wird es möglich, in den Wirtschaftsprozess ein brauchbares Lenkungsinstrument einzubauen.

Wenn es gelänge, die Währungsverfassung mit einem Stabilisator des Geldwertes zu versehen, dann könnte man hoffen, daß die der Wettbewerbsordnung immanente Tendenz zu einem Gleichgewicht sich auswirkt, statt wie in der Vergangenheit wegen der mangelnden Konstruktion der bestehenden Währungsverfassungen in einen dauernden Wechsel der Konjunkturen, d. h. in Inflation und Deflation umzuschlagen.

Eine gute Währungsverfassung sollte jedoch nicht nur so konstruiert sein, daß sie den Geldwert möglichst stabil hält. Sie sollte darüber hinaus noch eine weitere Bedingung erfüllen. Wie die Wettbewerbsordnung selber sollte sie möglichst automatisch funktionieren; nicht einfach nur deshalb, weil die <Systemgerechtigkeit> erfordert, Währungsverfassung und allgemeine Wirtschaftsverfassung auf demselben Prinzip aufzubauen, sondern auch vor allem, weil die Erfahrung zeigt, daß eine Währungsverfassung, die den Leitern der Geldpolitik freie Hand läßt, diesen mehr zutraut, als ihnen im allgemeinen zugetraut werden kann. Unkenntnis, Schwäche gegenüber Interessentengruppen und der öffentlichen Meinung, falsche Theorien, alles das beeinflußt diese Leiter sehr zum Schaden der ihnen anvertrauten Aufgabe. Gerade in der heutigen Situation besteht eine große Gefahr, daß eine nicht automatisch konstruierte Währungsverfassung zur Inflation mißbraucht wird. Die Versuchung ist nämlich übergroß, Disproportionalitäten, die im Produktionsprozeß entweder als Folge einer <Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis> oder aus den Machtkämpfen wirtschaftlicher Gruppen oder aus sonstigen Gründen entstehen, vorübergehend durch inflatorische

Maßnahmen - Kreditexpansion, Abwertung, Politik des niedrigen Zinses und dergleichen - zu überdecken. Eine solche Geldpolitik verfährt wie ein Baumeister, der anstatt dem Gebäude ein solides Fundament zu geben, seine Aufmerksamkeit in erster Linie auf das Dach konzentriert. (Seiten 161 / 162)

Hier gibt es seitens der Freiwirtschaft keinen Widerspruch zu Eucken, sondern das Versprechen, dass sie liefert, was er für notwendig hält.

Ich habe nun mal in der Internetpräsentation der ASM nachgeschaut, ob ihre heutigen Akteure die Währung und das Geld aus allgemeinen ökonomischen Gründen, aus Gründen der Sozialökonomie und der Ordnungspolitik genauso wichtig halten wie Walter Eucken und Ludwig Erhard, ich habe keine Übersicht der Literatur und Veranstaltungen zu diesem Thema gefunden.

Beispiele der Wahrnehmung freiwirtschaftlicher Literatur und Theorie durch die Ordoliberalen

21) Auch wie mit der freiwirtschaftlichen Literatur seitens der Ordoliberalen umgegangen wurde (und wird) ist ein Indiz dafür, wie nahe oder fern sich die Ordoliberalen zu der Freien fühlen. Ich habe eine Buchbesprechung in Kopie der Natürlichen Wirtschaftsordnung aus „Währung und Wirtschaft“ Heft 19 1949/50 ohne Autoren-Nennung vorliegen. Es folgt der Scan:

0000000000

Irrtum lockert Irrtümer

„Die 'Bibel' der Freiwirte“ neu herausgegeben

SILVIO G E S E L L: Die natürliche Wirtschaftsordnung. 9. Auflage, bearbeitet von Karl Walker. Rudolf Zitzmann Verlag, Laut bei Nürnberg. 1950. 391 S. kart. 7,50 DM, geb. 10,50 DM, Liebhaber-Ausgabe (auf Holzfr. Papier) 13,50 DM.

Hand aufs Herz: Wer von uns, die wir über sie urteilen und sie zitieren, hat wirklich Adam Smith, Karl Marx, Silvio Gesell, John Maynard Keynes gelesen, wer liest wirklich auch nur die BIBEL (von PLATO und AUGUSTIN ganz zu schweigen)?! Wir nehmen Meinungen und Urteile an statt zu den Quellen zu gehen. Daher zum großen Teil die Oberflächlichkeit und Blindheit gegenüber den wirklichen Problemen unsres gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenlebens, die Gebundenheit im Dogma und die oft beschämende Unwissenheit. Sie sind wohl auf keinem Gebiet so verbreitet und so verheerend wie dem des Geldwesens. Von der jeweils herrschenden Meinung abzuweichen, gilt als Verstoß gegen die gute Sitte, als Ketzerei, die nicht vergeben werden kann. Kein Unterschied der politischen Überzeugungen trennt so unerbittlich wie (von beiden Seiten aus) das Dogma der Geld-Theorie. Dabei kann es hier weder Offenbarung noch Dogma geben. Wenn schon unsre Vorstellungen von der Natur ständigen Wandlungen unterworfen sind, so dürfen wir von denen unsres geistigen und gesellschaftlichen Lebens erstrecht keine Starrheit erwarten. Sie sind mehr oder weniger brauchbare Hilfen und das Beste, was man von einer von ihnen sagen kann, ist daß sie zur Entfaltung der nächsten beigetragen habe. Erinnern wir uns, daß das Weltbild des ARISTOTELIS zwar völlig überholt ist, aber doch in seinem Wesens-Kern eine Auferstehung grade in der jüngsten Lehre der Naturwissenschaften fand.

Wer sich damit begnügt, über das Schwundgeld von Silvio Gesell zu lächeln, soll-

te sich nicht einbilden, etwas vom Gelde zu wissen und berufen zu sein, anderen etwas über dies „verflucht und zaubrisch Wesen“ zu sagen oder gar, es zum Besten seines Volkes oder der Menschheit handhaben zu können. So wie man Keynes immer wieder und zwar sehr genau lesen muß um seine Wirkung zu verstehen und die größten Fehler in Theorie und Praxis zu vermeiden, so darf man sich auch nicht mit Meinungen über Silvio Gesell oder Auszügen aus seinen Büchern begnügen. „Die natürliche Wirtschaftsordnung“ war allerdings lange nicht zu haben. Es ist sehr zu begrüßen, daß sie wieder in vollem Wortlaut vorliegt, ergänzt durch die Vorworte zu den von Silvio Gesell selbst besorgten Auflagen, durch einen Anhang und durch Anmerkungen des Herausgebers Richard Batz.¹³

Wer auch nur ein loses Interesse an den Fragen der Wirtschaft und des Geldes hat, muß dieses Buch tatsächlich genau kennen. Gewiß: es enthält viele Fehler und oft seitenlange Stellen ohne grundsätzliche Bedeutung und Interesse. Daß diese nicht fortgelassen wurden, ist zu bedauern, aber erklärlich: grade wenn jemand, der etwas zu sagen hat - und das hat Silvio Gesell -, von der Fachwissenschaft nicht ernst genommen wird, erheben seine Anhänger ihn leicht zum Propheten. Aber was die Irrtümer und Fehler betrifft, so werden sie bei weitem aufgewogen durch die Erkenntnisse und Anregungen, mit denen dieser eigenwillige Geist ein Gebiet durchdringt, dessen Wesen eben dunkel und wechselnd ist. Was im letzten Jahrhundert sonst über das Geldwesen veröffentlicht wurde, war fürwahr nicht weniger behaftet mit krassen Irrtümern und weit mehr verstrickt in Vorurteile.

Was Silvio Gesell wie kein anderer klar erkannt und anschaulich dargestellt hat, sind die Mängel des heutigen Geldsystems, mag es an das Gold gebunden sein oder nicht. Die Vereinigung von Zahlungsmittel und Sparmittel mußte sogar dann zu Störungen des Wirtschaftsablaufs führen, als das Geld noch eine Ware war. Es ist gleichgültig, ob man dabei die Gefahren der Hortung des Geldes für größer hält oder die seiner Enthortung. Durch beide Willkür-Handlungen des Geldbesitzers wird die arbeitsteilige Verkehrswirtschaft gestört und die Ergiebigkeit der Arbeit beeinträchtigt. Es ist eine Illusion, bei dem heutigen Geld-System die Spar- und Entspar-Vorgänge (in Geld) durch Kredit-Ausweitung und -Einschränkung kompensieren zu können. Die Geldmengen-Politik ist bei diesem System tatsächlich unwirksam. Bei einem Schwundgeld wäre das, ganz anders. Aber es würden nicht die Wirkungen eintreten, die Silvio Gesell und seine Anhänger erwarten. Der Schwund würde sogar die Eigenschaft als Tauschmittel stören (dasselbe gilt vom „Umlaufs-Antrieb“ der jetzt anstelle des Schwunds empfohlen wird). Schon garnicht würde durch eine Änderung des Geld-Systems der Zins verschwinden. Geld mit Hortungs-Nachteil wäre eine ungeheure Verbesserung der Verkehrswirtschaft - das wirtschaftliche Paradies und die menschliche Freiheit würden dadurch aber nicht herbeigeführt und gesichert.

Mag sein, daß die übertriebenen Erwartungen, die Silvio Gesell und noch mehr seine Anhänger an die Beseitigung der Sparmittel-Eigenschaft des Geldes knüpfen, daß die tatsächlich falschen Vorstellungen von einer Anspornung der produktiven Arbeitsteilung durch den Wertverlust des Geldes diejenigen abgeschreckt haben, sich ernsthaft mit Silvio Gesell zu beschäftigen, die auf jeden Fall das Bestehende für das Beste

halten. Wenn man von solchen Maßstäben ausgeht dürfte man überhaupt kein volkswirtschaftliches Lehrbuch, am wenigsten aber irgendwelche Darstellungen über das Geldwesen noch ernst nehmen und lesen. In keinem kann man nur

¹³ Hier hat der Rezensent die Namen verwechselt. Richard Batz muss auch ein aktiver Freiwirt gewesen sein. Aber neunte Auflage hat Karl Walker herausgegeben.

Richtiges erfahren von Silvio Gesell's „Natürlicher Wirtschaftsordnung“ aber doch sehr viel davon. Und vor allem in einer Darstellung die grade da lesenswert ist, wo sie zum Widerspruch Anlaß gibt, die nirgends die Verbindung mit der Wirklichkeit und die Kraft der Sprache verliert.

Silvia Gesells Lehre darzustellen und in Verbindung zu bringen mit denen anderer Denker, die nicht weniger als er wirklich etwas vom Geld wissen, sie auf ihre Richtigkeit und Brauchbarkeit zu prüfen, ist bisher kaum ernsthaft versucht worden. Es kann auch nicht mit obigen Zeilen unternommen werden, Ihr Zweck ist vielmehr: für das aufmerksame Lesen, für das eingehende Studium von Silvio Gesell zu werben (so wie in anderm Zusammenhang für das der Werke von Keynes oder Adam Smith oder Karl Marx geworben werden muß um zu einem begründeten und selbständigen Urteil zu führen).

Ende Buchbesprechung.

000000000000

Wenn in der Vergangenheit eine Person von außerhalb der Freiwirtschaftsschule sich zur Freiwirtschaft oder zu Silvio Gesell geäußert hat, findet man meistens auch distanzierende Äußerungen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass solche Äußerungen nicht eine berechtigte Bewertung von Inhalten sind, sondern eine Absicherung des betreffenden Schreibers, dass er in seinem Wirkungsumfeld nicht als Gesellianer eingestuft wird. Dies könnte ja berufliche Nachteile mit sich bringen.

Einlassung auf einen widersprüchlichen Beitrag aus Erhards Umfeld

22) Ich will hier auf das Sonderheft > **Von der „Umlaufgeschwindigkeit“ des Geldes** < der schon erwähnten Zeitschrift „*Währung und Wirtschaft*“, Heft 22 / Jahrgang 1950/51 eingehen. Der Mitherausgeber Max Schönwandt 24 Seiten > Über die „Aktivität“ der Geldmenge (Geld hat keine Umlaufgeschwindigkeit) < aus. Das ist durchaus eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Thema, aber als ich jetzt den Text las, habe ich gedacht, dass ein Notenbanker, der in dieser Schrift eine Anleitung für sein Tun sucht, nur verwirrt sein könnte. Aber wenn man jetzt 68 bzw. 69 Jahre nach dem Erscheinen des Heftes die heutigen Diskussionen um das Thema „theoretische Erörterungen von Geld und Währung“ vergleicht, dann kann man feststellen, dass die Verwirrung sich nicht aufgelöst hat. Wozu wird dann aber die Wirtschaftswissenschaft betrieben, die ja letztendlich aus dem Einkommen der produktiven Arbeit finanziert werden muss?

23) Die Frage für mich war, reicht mein Wissensstand aus, um bei der Bewertung des Textes über die Aktivität des Geldes dem Verfasser Max Schönwandt gerecht zu werden. Aber

schon der Versuch einer klärenden Erörterung seiner Aussagen würden leicht 50 Seiten füllen. Das kann und will ich nicht leisten. Ein Übergehen des Textes konnte ich mir aber auch nicht erlauben, weil er ja auch ein Hinweis auf die Ursachen der Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Ordoliberalen und den Freiwirten und somit auch auf die Ursachen des Scheiterns der Politik von Ludwig Erhard ist. Ich begnüge mich hier mit ein paar Auszügen, die ich kommentieren werde.

M. SCHONWANDT

Über die „Aktivität“ der Geldmenge (Geld hat **keine** Umlaufs-Geschwindigkeit!)

Die Geldmengen-Politik will durch Mehrung oder Minderung der Geldmenge die Konjunktur beeinflussen, insbesondere die Investitionen lenken und das reale Sozialprodukt steigern.

Demgegenüber wurde in Heft 17/18 S. 473 die „*Unwirksamkeit der Geldmengen-Politik*“ dargelegt. Beim heutigen Geld-System ist die Veränderung der Geldmenge als solche bedeutungslos; sie führt zwar nicht Ersparnisse herbei, mindert sie aber auch nicht; sie verursacht nicht inflationistische Spannungen oder deflationistische Stockungen, heilt sie aber auch nicht. Wohl aber enthält die Geldmenge *die latente Gefahr der Über-Nachfrage aus dem Geldbestand*.

Diese Feststellungen sind heute wissenschaftlich kaum mehr bestritten, werden aber von der Wirtschaftspolitik noch nicht nutzbar gemacht. Vor allem geht die öffentliche Erörterung immer wieder um die Frage der Geldmenge, und sogar solche Vertreter der Wirtschaftswissenschaften und verantwortlichen Leiter der Geldpolitik fordern oder begründen Änderungen des Kredit-Volumens (die gleichbedeutend sind mit solchen der Geldmenge) mit der Wirkung auf das Einkommen, die die Wirksamkeit des Geldes sonst als von seiner „Aktivität“ abhängig bezeichnen.

24) Diese Aussage leugnet einfach die Erkenntnisse der Quantitätstheorie, dass die Preisniveaustabilität abhängig ist von einem Gleichgewicht zwischen der Menge an Gütern und Dienstleistungen, die im Markt konkret angeboten werden und von der umlaufenden Geldmenge (als Nachfrage) ständig abgerufen werden. Das bedeutet, dass die Veränderung der umlaufenden Geldmenge aufgrund einer zunehmenden Hortung oder durch eine Enthortung eine Auswirkung auf das Preisniveau hat.

25) Die allgemeine Gleichsetzung von Geld und Kredit hat zur großen Verwirrung geführt und Walter Eucken ist auch ihr Opfer. Ich komme darauf zurück. Berechtigt kann eine Gleichsetzung benutzt werden, wenn es um Kredite der Notenbanken an die Geschäftsbanken geht, die eine Vermehrung des Bargeldes bewirken. Wenn die Geschäftsbanken Einlagen

von Kunden (die Kreditgeber der Banken sind) als Kredite an Dritte geben, dann führen die Banken nur das Geld mit legitimen Ansprüchen auf Güter im Markt mit der im Kreditvertrag vereinbarten Dauer dem Geldkreislauf wieder zu. Es findet keine Verdoppelung oder Ver-
vielfachung der ursprünglichen Ansprüche der Einleger, die ihre in Geld ausgedrückten Ansprüche gegenüber dem Markt durch eine entsprechende Hinzufügung von Gütern oder Leistung in den Markt erworben haben, statt. Und wenn man diesen Gedanken folgt, dann sind alle Eingriffe der Notenbank in den Kreditmarkt, den die Geschäftsbanken, private Kreditgeber und ihre Kunden bilden, illegitim.

Diese „Aktivität“ hält ihrerseits man für abhängig von der sog. „Umlauf-Geschwindigkeit des Geldes“. Obwohl man zugibt, daß es beim heutigen Geldsystem nicht möglich ist, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zu beeinflussen, unterstellt man sie als unveränderlich oder zäh. Wenn sie das wäre, dann hätte man - wie geglaubt wird - in der Änderung der Geldmenge den Hebel zur Steigerung oder Senkung der Güter-Umsätze (wobei offen bleibt, welcher der beiden Faktoren dieses Produkts sich ändern werde: die Menge oder die Preise der Güter). *Das Geld hat aber überhaupt keine „Umlauf-Geschwindigkeit“!* Ein falsches Bild und Wort haben hier zu völlig abwegigen Vorstellungen über die Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge des Wirtschaftslebens und demnach zu Eingriffen führt, die den gewünschten Erfolg nicht haben konnten (oder doch nicht auf die vorgestellte Weise).

26) Von der Aktivität des Geldes kann dann gesprochen werden, wenn es seiner Bestimmung gemäß umläuft und die Güter von den Anbietern zu den Nachfragern transportiert. Die Nachfrager können diejenigen sein, die das Geld (die Ansprüche auf Güter im Markt) durch ein Hinzugügung von Gütern in den Markt erworben haben oder stellvertretend die Kreditnehmer, die später diesen Anspruch aus eigenem Einkommen an den Kreditgeber zurückzahlen müssen.

Auch in der Heilkunde, in der Landwirtschaft, in der Technik und wohl bei allem menschlichen Tun wurden wir früher von Vorstellungen geleitet, die wir heute als irrig erkennen (so wie es unsern eigenen vermutlich später gehen wird). Es kommt aber doch viel darauf an, immer richtigere Bilder zu gewinnen; meist sind die richtigeren auch die einfacheren und gewissermaßen durchsichtigeren.

27) Abgesehen davon, dass alte Ansichten und Bilder von einer späteren Generation wieder belebt werden können, stimme dieser Aussage voll zu.

Geld hat weder eine „Umlauf-Geschwindigkeit“ noch ist es „aktiv“. Seine Eigenschaften beeinflussen allerdings die Leistungen des Wirtschaftsorganismus aufs stärkste. Für die volle Entfaltung der Wirtschaftskräfte ist es aber ganz gleichgültig, ob mit *viel* Geld selten oder mit *wenig* Geld *häufig* gezahlt wird; das sind technisch-organisatorische Fragen des Zahlungsverkehrs und seiner Kosten, nicht wirtschaftlich-psychologische der Konjunktur und des Sozialprodukts. Entscheidend ist dage-

gen, ob die einzelnen Wirtschaftsglieder in Höhe ihres Einkommen *Nachfrage erheben* (sei es zu Verbrauch, sei es zu Anlagen- oder Vorratsbildung, also zu Konsumtion oder Investition). Bleibt die Nachfrage hinter dem jeweiligen echten Einkommen zurück oder übersteigt sie diese (was nur aus dem Geldbestand möglich ist), dann entstehen die *Spannungen*, die unter Umständen verhängnisvoll werden können. Die Aufgabe der Geldpolitik ist es, diese Spannungen zu vermeiden. Dazu hat sie allerdings bei dem heutigen Geldsystem keine unmittelbaren Handhaben. Auch was als unmittelbarer Eingriff erscheint, kann (muß aber nicht) nur auf dem Weg über die Beeinflussung der Erwartungen und damit der Entscheidungen der Wirtschaftsglieder wirksam werden. Sich dessen bewußt zu sein, ist nicht nur wichtig um die geeigneten Mittel der Beeinflussung zu wählen; **es sollte auch dahin führen, das Geldsystem umzugestalten, damit es wirksamer und weniger abhängig von den schwankenden Entscheidungen der Wirtschaftsglieder wird.** (Hervorhebung durch mich.)

28) Das Geld ist als Ding oder Instrument natürlich nicht aktiv, sondern ob es aktiv oder passiv ist, hängt von seinem Einsatz durch den Menschen ab. Selbst wenn das Geld passiv in Horte aufbewahrt wird, hat es noch Wirkungen. Es blockiert den Absatz, es unterbricht partiell den Kreislauf des Geldes. Das reale Bild vom Kreislauf des Geldes impliziert die Vorstellung von der Umlaufgeschwindigkeit. Hier haben sich auch in die Freiwirtschaftsschule Ungenauigkeiten eingeschlichen. Zur Klärung des Zusammenhanges hat Karl Walker¹⁴ mit seinem volkswirtschaftlichen Planspiel viel beigetragen. Dass dies innerhalb der Freiwirtschaft nicht ganz durchgedrungen ist, hängt auch damit zusammen, dass die Mittel für eine systematische Schulung und Überarbeitung der eigenen Theorie fehlen. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes kann man nicht erhöhen oder heruntersetzen wie die Drehzahl eines Motors, damit er eine größere oder geringere technische Leistung erbringt, sondern sie ist an den Takt der Leistungserbringung oder der Lieferung des Handelsgutes gebunden. Ein schnellerer Umlauf des Geldes als der Fertigungstakt der Güter (Zahlung vor Lieferung) würde eine Vorfinanzierung des Gutes bedeuten, das man erwerben will. Nur bei einer Schuldnerkette, bei der die Lieferung in der Vergangenheit liegt, kann das Geld so schnell "laufen" wie die Übertragung des Geldes (oder die Forderung auf Geld) in einer bestimmten Zeiteinheit technisch möglich ist. Verlangsamt sich aber der Geldumlauf allgemein durch Überschreitung der üblichen Zahlungsfristen, verlangsamt sich auch die Produktion und es kann eine Kettenreaktion der Insolvenzen entstehen. Wenn der Marktzins unter die Höhe des Urzinses von 5 - 4 % fällt, kann soviel Geld dem Kreislauf entzogen werden und in die Horte wandern, dass die Produktion zusammenbricht. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist eigentlich nur eine Umschreibung dafür, dass das Geld dem Takt der Produktion und seinem Absatz einerseits folgt und andererseits ermöglicht. Das Geld in den Horten hat eine

¹⁴ https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Walker
http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.24%20Lindner%20Hrsg.Walker.pdf

Umlaufgeschwindigkeit von Null, es verliert, solange es in den Horten ist, seine Geldfunktion. Das ist auch der Grund, warum wir bei der Höhe des Geldes, von dem nur ein kleiner Teil umläuft, z. Z. nur eine geringe Inflation haben. Ein Problem ist nur, dass das gehortete Geld rechtlich gesehen seinen Anspruch auf Güter im Markt darstellt und diesen nicht verliert. Dieses ist ein großer Unsicherheitsfaktor. Es genügt schon das Gerücht in Kürze würde die Währung abgewertet, um die Stimmung bei den Geldhortern auszulösen: "Rettet, was noch zu retten ist und kauft, was noch zu kaufen ist. Da dann für das enthortete Geld keine gesonderten Güter im Markt sind, löst der entstehen Nachfrageüberhang automatisch eine Inflation aus, die eine Notenbank nur soweit abmildern kann, wie sie mit ihren Sachwerten ihr Geld zurückkaufen kann. Ihre Maßnahmen, die nur den Geschäftsbankencredit an ihre Kunden verteuern, ändern daran nichts.

0000000000000

Einschub

29) Ich halte es für zweckmäßig, die Kommentierung von Auszügen aus den Darlegungen von Max Schönwandt zu unterbrechen und einen Abschnitt aus dem Artikel > **Negativzinsen werden noch nicht richtig verstanden** < von Felix Fuders¹⁵ und Beate Bockting¹⁶ aus der Vereinszeitschrift Fairconomy 1 / 2019 einzublenden, weil sie Zahlen zum Umfang der gegenwärtigen Hortung enthalten. (www.inwo.de)

Negativzinsen werden noch nicht richtig verstanden

Dass Negativzinsen nach wie vor ein Aufreger sind, zeigten die Reaktionen der Medien auf einen Blogbeitrag des Internationalen Währungsfonds, in dem ein Vorschlag zur Umsetzung stärkerer Negativzinsen vorgestellt wurde. Hier die Kritikpunkte und unsere Gegenargumente.

Behauptung: **Negativzinsen auf Bargeld enteignen die Bargeldbesitzer**

Antwort: Unsere Zahlungsmittel sollten ein öffentliches Gut, und kein Privateigentum sein. Sie sind wohl die wichtigste Infrastruktur, die wir als moderne, hochgradig arbeitsteilige Gesellschaft haben. Das Bargeld darf daher nicht zur Wertaufbewahrung dienen. Tatsächlich wird jedoch immer mehr Bargeld gehortet. Das Volumen der »umlaufenden« Euro-Scheine hat sich seit der Einführung 2002 mehr als verfünffacht, auf aktuell über 1,2 Billionen Euro. Demnach müsste jeder Einwohner des Euroraums, egal wie alt,

15 Prof. Dr. Felix Fuders lehrt Ökonomie in Chile.

16 Beate Bockting ist Redakteurin der Zeitschrift Fairconomy.

durchschnittlich 3.540 Euro im Portemonnaie haben! Da Bargeld sicheres Zentralbankgeld ist, das grundsätzlich keinem Ausfallrisiko unterliegt, werden allein in Deutschland nach Schätzungen der Bundesbank circa 20 Prozent davon gehortet, die restlichen 70 Prozent der von der Bundesbank ausgegebenen Banknoten befinden sich entweder in anderen Euroländern (20 Prozent) oder außerhalb des Euro-Raums (50 Prozent). Nur knapp zehn Prozent werden für Zahlungszwecke genutzt.*

Ein negativer Geldzins nach Silvio Gesell ist keine Enteignung, sondern eine effektive Maßnahme gegen Geldhortung. Er gibt einen Impuls, der das Geld im Fluss hält bzw. die Investitionen hoch hält, da er das Zahlungsmittel Geld auf dieselbe Verhandlungsposition wie verderbliche bzw. im Zeitverlauf an Wert verlierende reale Güter herabsetzt. Eine ähnliche Wirkung hatten die Brakteaten in der Blütezeit des Hochmittelalters, was bereits Irving Fisher 1937 mit Verweis auf Gesell feststellte.** Demzufolge können die Gesellschen Geldhaltegebühren auch als »demurrage fee« bezeichnet werden. Zutreffend ist auch die von Keynes gebrauchte Bezeichnung »Durchhaltekosten«, da es sich bei der Geldhaltegebühr de facto um eine Neutralisierung der Keynes'schen Liquiditätsprämie handelt.

Eine Enteignung wäre ein Entzug von Vermögenswerten. Geld stellt aber keinen Vermögenswert, sondern ein Tauschmittel dar, mit dem man Vermögenswerte eintauschen kann. Geld ist weder ein Apfel noch ein paar Schuhe noch sonst irgendein reales Gut und schon gar kein Kapital, auch wenn wir beide Begriffe oftmals als Synonyme verwenden. Kapital bezeichnet in der klassischen Volkswirtschaftslehre den dritten Produktionsfaktor neben menschlicher Arbeitskraft und Boden. Gemeint sind Maschinen oder andere Produktionsmittel. Geld hat anders als Maschinen oder Apfel keinen eigenständigen Wert, arbeitet nicht und bekommt auch keinen Nachwuchs, wie bereits Aristoteles herausstellte, der den Zins aus der Geldleihe deshalb wohl zu Recht für widernatürlich hielt.***

* Lt. Rede von Carl-Ludwig Thiele beider Tagung »Die Bedeutung des Bargelds als Wertaufbewahrungsmittel« am 03.04.2017 in Berlin.

** Irving Fisher: Feste Währung, übersetzt von Hans Cohnsen und herausgegeben von Otto Lautenbach 1937, S. 13: »Da das Brechgeld der Umprägung und einem 25% Schlagschatz nach ca. 5 Monaten unterlag, entstand ein Verlust von 25% ... Der Verlust verteilte sich auf 5 Monate ... Der letzte Besitzer hatte daher höchstens 5% Verlust, es sei denn er hätte die Münze unnötig lang behalten. So muss der Schlagschatz einen beträchtlichen Einfluß auf die Geschwindigkeiten des Umlaufs ausgeübt haben ... Dies erste Beispiel einer Art Beherrschung der Umlaufgeschwindigkeit ist von Interesse für die Geschichte der Wertbefestigung. Nachdem das Brechgeld etwa 1350 verschwunden war, vergaß man den Grundgedanken, bis er bestimmter in den Schriften Silvio Gesells wieder auftauchte.«

*** Aristoteles: Politik, 1. Buch, 1258b.

Einschub Ende

30 Ich kehre zurück zu Schönwandt und die Aktivität der Geldmenge:

Irreführung durch Sprach-Mißbrauch

Unrichtiger Sprachgebrauch ist fast immer Folge unrichtigen Denkens. Bei dem Mißbrauch der Begriffe „Umlauf“ und „Geschwindigkeit“ auf die Verwendung des Geldes ist das in so hohem Maße der Fall, daß die wesentlichen Vorgänge und Zusammenhänge bisher durchweg unberücksichtigt blieben.

Das ist bis heute so. Ob Schönwandts Versuch der Klärung gelungen ist, kann nicht auf Grund des Urteils eines einzelnen Lesers gewertet werden. Ich verzichte daher auf ein Urteil.

Der Ausdruck „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“ ist heute so geläufig und erscheint so unangefochten, daß man sich jedes nachdenken über seine Bedeutung erspart (nur ganz vereinzelt wird wenigstens erkannt und zugegeben, daß diese Größe noch völlig unerforscht sei).

Worauf es ankommt, sagen Volksweisheiten schon seit Generationen: „Taler, Taler, Du must wandern von dem einen zu dem Anderen!“ oder kürzer: „Der Rubel muss rollen!“

Es ist grade 30 Jahre her, daß Friedrich B e n d i x e n, dessen große Bedeutung bei Praktikern und Wissenschaftlern des Geldwesens heute nicht mehr bestritten ist, Richtigkeit und Unsinn des Begriffs „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“ illustrierte durch das Bild der Umlaufgeschwindigkeit der Bierkrüge (vom Schanktisch zum 'Gast, von diesem zur Aufwäsche und von dort wieder zum Schanktisch). Diese gäbe den Konsum des damaligen Vollbiers richtig wieder, verleihe aber dem Bierkrug so wenig „Trinkkraft“, wie die „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“ diesem „Kaufkraft- geben könne. Die Umlaufgeschwindigkeit ist nicht eine physische Eigenschaft der Sache Bierkrug oder Geld, sondern die F o l g e d e s V e r h a l t e n s d e r M e n s c h e n, die sich des Geldes (oder des Bierkrugs) bedienen.

31) Die Kaufkraft des Geldes (aus Papier oder Metall) müsste man hier mit der Trinkmöglichkeit aus dem Bierkrug vergleichen. Wenn die Gäste zum Biertrinken kommen sollen, müssen drei Bedingungen erfüllt sein: Die erste Bedingung ist, dass der Wirt noch ausreichend Bier im Fass vorrätig hat. Die zweite Bedingung ist, dass der Wirt Biergläser hat, in denen er das Bier füllen kann und die dritte Bedingung ist, dass die Gäste gültiges Geld haben, mit denen sie den geforderten Preis begleichen können. Den Gästen nutzt es nichts, wenn sie nur über die Reichsmark verfügen, denn diese besitzt keine Kaufkraft mehr. Das Geld ist wie das Bierglas ein Transportmittel, sie unterscheiden sich nur in der Art. Ohne Gläser und ohne Geld mit Kaufkraft bleibt das Bier im Fass und die Gäste müssen wieder durstig nach Hause gehen.¹⁷

Aber damit ist noch weniger geklärt, denn die gegenwärtigen und künftigen Besitzer von Geld geben diesem garnicht eine „Geschwindigkeit“. Wie schnell die Post den seltenen Geldbrief befördert oder ich den Zehner aus der Tasche ziehe, ist für

¹⁷ Ich kam jetzt auf den Gedanken das Bierglasbeispiel für die Wirkung von Inflation und Deflation zu nutzen. Das bringt mich aber von meinem Kurs ab und nimmt zu viel Zeit und Platz in Anspruch.

Geldwirkung und Wirtschaftsleistung ganz gleichgültig.

„Geschwindigkeit“ oder (wie u. a. S i l v i o G e s e l l sagt) „Schnelligkeit“ des Geldumlaufs hat nichts (oder f a s t nichts) mit dem Zeitverlust für die Bewegung des Geldes vom Zahlungs-Leistenden zum Zahlungs-Empfänger zu tun. Wir benutzen beide Ausdrücke allerdings nicht nur für die Überwindung des Raumes, sondern sprechen) auch von Denk-Schnelligkeit und Reaktions-Geschwindigkeit. Immer aber handelt es sich um einen Zeit-Aufwand. Bei der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist dieser aber nicht gemeint (und spielt auch praktisch nur eine geringe Rolle).

Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes schwankt nicht deswegen, weil für seine Bewegung mehr oder weniger Zeit gebraucht wird, sondern weil sein Stillstand zwischen den Bewegungen länger oder kürzer dauert. Das ist ein großer Unterschied. Nur in der oberflächlichen Rechnung sieht es so aus, als ob die immer auf einen Zeitraum bezogene Umlaufgeschwindigkeit (von - sagen wir - der Größe 5 im Jahr) bedeute, das Geld brauche für jeden „Umlauf“ $1/5$ des Zeitraums (hier also 72 Tage). In Wirklichkeit braucht es diese Zeit nicht für den Lauf, sondern für den Halt zwischen den einzelnen Läufen. Infolgedessen sind auch die Ausdrücke „Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit“ und „Tempo der Geldverwendung“ (so Stucken ebenda S. 108) nicht treffend. Erstrecht sinnwidrig ist die Bezeichnung „Vermehrung der Umlaufgeschwindigkeit“ (auch die Geldmenge kann nicht sich vermehren). **Mit „Umlaufgeschwindigkeit“ gemeint ist die Häufigkeit der Geldbewegung von einem Wirtschaftsglied zum andern im gegebenen Zeitraum, also die Umschlagshäufigkeit. Einfacher und treffender ist es, von der Zahlungshäufigkeit (wenn man will auch -Frequenz) zu sprechen und sich dabei der unbewußten Personifizierung zu enthalten.** (Hervorhebung von TA)

32) Mit den von mir hervorgehobenen Sätzen, sagt Schönwandt dann ja klar, was mit Umlaufgeschwindigkeit gemeint ist. Es kommt in der Tat auf die Intervalle von Empfang des Geldes für ein im Markt an einem Käufer abgelieferte Ware und dem Einsatz dieses Geldes für den Kauf einer andere Ware an. (Der Verkäufer wird zum Käufer.) Wenn die Geldinhaber keinen Einfluss auf diese Intervalle hätten und das Geld durch Hortung dem Geldkreislauf nicht entziehen könnten, dann könnte die Dauer des Intervalls der einzelnen Geldeinheit auch ein Jahr dauern, ohne einen Schaden anzurichten. Um die gleiche Menge an Gütern im Markt umzusetzen, müsste dann die im Umlauf befindliche Geldmenge erhöht werden, weil ja der einzelne Geldschein, die einzelne Münze erst wieder entsprechend später zum Einsatz zur Verfügung steht. Der ganze Giroverkehr einschließlich des elektronischen Zahlungsverkehrs hat die Zeiten zwischen der Verfügung von Geld und Weiterverfügung verkürzt. Er hat solange keinen Einfluss auf die Preisniveaustabilität, wie die Notenbanken einen Ausgleich durch die Verringerung des umlaufenden – das heißt des nachfragenden Geldes – bewirken können. Da die Notenbanken im jetzigen Währungssystem nicht Herr über die Höhe der Geldhortung sind, ist die Stabilisierung der Währung über die Verringerung der Geldmenge ein unsicherer Weg. Auch ist bisher noch die Grenze, wieweit die Ausdehnung des Giroverkehrs getrieben werden kann, unbekannt. Denn die Geldmenge bezieht sich auf das Bargeld

und nicht auf das Giralgeld, das nur ein Anspruch auf Bargeld ist, den man als Zahlungsmittel einsetzen kann.

Änderung der Zahlungs-Häufigkeit ist nur Folge und bewirkt nichts!

Wir müssen unsere Leser hier um viel Aufmerksamkeit und einige Geduld bitten. Wenn sie uns bisher darin gefolgt sind, daß die Änderungen der Geldmenge nicht die ihnen heute allgemein zugeschriebenen Wirkungen haben, so werden sie umso fester darauf vertrauen, daß wenigstens - wie durch die oben gebrachten Zitate bestätigt - die Zahlungs-Häufigkeit („Umlaufgeschwindigkeit“) des Geldes in Zusammenhang mit der Geldmenge an den Änderungen des Sozialprodukts und der Preise ursächlich mit beteiligt sei. Dem ist aber nicht so. Zwar hat die Funktion des Geldes sehr viel mit dem Wirtschaftsablauf und auch mit den Preisen zu tun; sie wirkt aber nicht im geringsten über Veränderungen der Geldmenge und/oder der Zahlungshäufigkeit!

Das steht in krassem Gegensatz zu den übereinstimmenden Lehren der heutigen Wirtschaftswissenschaft aller Richtungen (einschließlich der Freigeld-Lehre von Silvio Gesell). Es wird hier nicht weniger behauptet, als daß die Geldlehre aller Schulen bisher einer Täuschung erlegen ist. (S. 11)

33) Mich überzeugt die hier nicht zitierte Beweisführung nicht. Da aber heute in Bezug auf die Währungstheorie nicht weniger spekuliert wird als 1950, führe ich die Verneinung bisheriger Geld- und Währungstheorien durch Max Schönwandt an, damit in der dringenden groß angelegten Untersuchung die Aussagen von ihm mit einbezogen werden. Nochmals: Die Zahlungshäufigkeit ist an die Fälligkeit einer Schuld (aus einem Kauf-, Schenkungs- oder Kreditvertrag) gebunden. Aber diese Verträge kommen gar nicht zustande, wenn der, der die Schuld (durch Kauf etc.) eingeht, nicht ein Verfügungsrecht über die entsprechende Summe an Geld durch Erwerb oder Kredit hat oder diese nicht nutzen will (Hortung). Etwas flapsig formuliert behauptet Schönwandt, dass die Qualität eines Weines nicht darunter leidet, wenn ein bestimmtes Quantum mit Wasser verdünnt wird. Und weiter, dass es einem Verdurstenden egal ist, ob ihm heute oder morgen, das lebensrettende Wasser gereicht wird.¹⁸

Auch Hortung und Enthortung sind ein geschlossener Kreislauf. Sie verändern als solche weder den Preisstand noch die Produktionshöhe, so groß auch ihr Ausmaß sein möge (innerhalb der verhältnismäßig engen Grenzen, die der Zahlungshäufigkeit nach unten und oben gezogen sind, soweit sie nicht durch Güterproduktion und Arbeitsteilung verursacht wird). Immer ist jemand bereit, seinen Geldbestand zu erhöhen, wenn ein anderer ihn ermäßigt. Es gibt kein Ausweichen, solange das Banksystem die Geldmenge nicht ändert und über die Kreditnehmer, die Bezieher von Geldeinkommen, die Güter-Verkäufer immer noch Geld angenommen wird. (S. 19)

¹⁸ Mir geht gerade durch den Kopf, dass es doch interessant ist, dass man einen verstorbenen Menschen wie einen lebenden ansprechen oder zitieren kann, wenn er schriftliches hinterlassen hat.

34) Dieses obige Zitat macht deutlich, dass es zwischen den Mitwirkern an einer marktwirtschaftlichen Ordnung im westlichen Nachkriegsdeutschland sehr unterschiedlichen Vorstellungen von der Währung gegeben hat. Dass diese unterschiedlichen Vorstellungen dann in der Zusammenarbeit Spannungen erzeugt haben, ist kein Wunder.

Tatsächlich sind es im Bereich der Freiheit nur die seelischen Vorgänge und Kräfte, die das Wirtschaftsleben bestimmen. Das ist doch auch garnicht verwunderlich. Weshalb soll es denn im Wirtschaftsleben anders sein als in jedem sonstigen Bereich unsres Erdendaseins? Damit entgleitet auch nicht etwa die Wirtschaft jeder BeinÄlussung. Ganz in's Gegenteil: wenn man weiß, daß die mechanischen Mittel keine Wirkung ausüben (oder allenfalls nur die der Beschwörungs-Instrumente des Medizinmanns), dann kann man das Wichtigste gestalten: die Verfassungen und sich derjenigen Mächte bedienen, die auf die Seele wirken. Wirtschaftsführung hat wirklich etwas mit „Führung“ zu tun, eben mit Beeinflussung der Psyche, mit Weckung von Bereitschaft, mit der Stärkung der Lebenshaltung (in dem seelischen Sinn dieses Wortes zu Gunsten seiner materiellen Doppelbedeutung). (S. 22)

35) Das ist doch ein Zustand, von dem wir wegkommen müssen, weil er die individuelle Lebensplanung erschwert, die Flucht in den Kollektivismus fördert und die Voraussetzung für die Spekulation und die politische Verführung ist. Wenn es dabei bleiben soll, dann sollen die Ökonomen abdanken und den Theologen und Psychotherapeuten dieses Arbeitsfeld überlassen.

Vor allem ist ja nicht im geringsten gesagt, daß es bei dem G e l d s y s t e m bleiben muß, das es heute (außerhalb der Befehlswirtschaft) in die Hand der Wirtschaftsglieder gibt, ob es gut oder schlecht geht - jedenfalls viel mehr als in die Hand der Gesetzgeber, der Verwaltung, der Banken. Die Spannung entsteht ja im wesentlichen dadurch, daß Geld gehortet und enthortet werden kann ohne ein Gegengewicht. Ist es denn wirklich nötig, daß das eine Mal die Hortung von Geld Vorteile bringt (oder doch solche davon erwartet werden), ein andres Mal die Zurückhaltung von Gütern? Ist es wirklich nötig, fast alles wirtschaftliche handeln auf die Spekulation über künftige Preisänderungen zu stellen? Ist es nötig, in den zwei kurzen Jahren der DM Anlaß zu geben, Inflation und Deflation zu befürchten (seien sie nun vorhanden gewesen oder nicht)? Es gibt ja auch andre Geldsysteme. Nicht nur S i l v i o G e s e l l und seine Anhänger behaupten das; auch anerkannte Schulgelehrte wie H a r r o d, G r a h a m und sogar der kürzlich verstorbene W a l t e r E u c k e n treten dafür ein. (S. 23)

36) Festzustellen ist, Schönwandt erklärt 1950 alle vorhandenen Geld- und Währungstheorien für ungültig. Und 69 Jahre später ist Gesells Theorie immer noch nicht auf „Herz und Nieren“ überprüft worden. Das bräuchte man gar nicht erwähnen, wenn in der ökonomischen Wirklichkeit alle Probleme, die nach der Gründung der BRD aufgetreten sind, gelöst worden wären. Davon kann keine Rede sein. Die Wissenschaftspolitik war in den vergange-

nen Jahrzehnten gegenüber diesen Problemen einfach blind. Und die Ordoliberalen, die ehemaligen Partner in der ASM haben auf das Insistieren der Freiwirte auf die Klärung dieser Fragen einfach als sektiererisches Verhalten abgetan. Ludwig Erhard und Walter Eucken haben klare Vorstellungen davon gehabt, welche Rolle die Währung im System der Marktwirtschaft spielt und welche Anforderungen ein Währungssystem erfüllen muss. Aber eine Beschreibung, wie diese zu entwickeln und zu installieren ist, haben sie uns nicht hinterlassen.

37) Ich füge noch den Schluss von Max Schönwandts Darlegungen ein und lasse keinen Kommentar folgen.

Die Verfassungen.

Es wäre ein Mißverständnis, die Feststellung der Wirkungslosigkeit der Geldmengen-Politik (außer auf dem Weg über Beeinflussung der Erwartungen und Stimmungen) als Empfehlung des „laissez aller“ zu deuten. Das Gegenteil ist ihr Inhalt: je mehr es auf das Verhalten der Wirtschaftsglieder ankommt, umso wichtiger werden alle Aufgaben der Klärung, der Forschung, der Unterrichtung und (in einem gewissen weiten Sinn) der Erziehung.

Vor allem tritt aber die volle Bedeutung des *Rahmens* hervor, den Recht und Gesellschaft allen Entscheidungen der Wirtschaftsglieder geben. Man bezeichnet ihn wohl am treffendsten mit *Verfassung*. Gemeint ist nicht nur das geschriebene Recht und nicht nur die *Wirtschafts-Verfassung* im engeren Sinn. Aber es kann nicht übersehen werden, daß die Gestaltung des *Rechts* nicht nur aus den Vorstellungen und Anschauungen entspringt, sondern auch umgekehrt, diese mitbildet und verändert. Ganz besonders auffallend ist dies beim *Geldwesen* mit seinen Auswirkungen auf alle Wirtschaftsbereiche.

Deshalb ist die *Geld-Verfassung* Grundlage oder Mitte des Rahmens, in dem sich die Vorstellungen, Meinungen und Stimmungen der Wirtschaftsglieder bilden und ihre Entscheidungen wirksam werden. Weil unsere heutige Geld-Verfassung jeden wirtschaftlich zur Spekulation mit dem Geld zwingt (mag er nun horten oder enthorten), verursacht sie ständig eine schädliche Spannung nach der einen oder anderen Seite und drückt dadurch die *Wirtschaftsleistung* und beeinträchtigt die *Lebenshaltung*. Eine Änderung des *Geld-Systems* würde die größten der heutigen Mängel beseitigen können - wäre aber eben eine Verfassungs - Änderung (wenn auch nicht im formalen Sinn). (Seite 24)

Zurück zu Walter Eucken / Thema Geld, Wettbewerb und Monopole

38) Ich füge noch den 4. Abschnitt aus der Gliederungsüberschrift > PRIMAT DER WÄHRUNGSPOLITIK - DER WÄHRUNGS-POLITISCHE STABILISATOR < aus Walter Euckens Werk > **Grundsätze der Wirtschaftspolitik** <, Seite 163 ein:

4. Wie erklärt sich die monetäre Unstabilität? - Hauptsächlich daraus, daß die Banken zu <Münzstätten> wurden. Seit dem 18. Jahrhundert ist es in wachsendem Maße dahin gekommen, daß Geld durch Akte der Kreditgewährung von Banken entsteht und bei Rückzahlung von Krediten an Banken verschwindet; so die Banknoten und das Giralgeld der Zentralbanken sowie das Giralgeld der privaten Banken. Es sind die beiden wichtigsten Geldarten der Gegenwart. Mit Schwankungen im Volumen der Bankkreditveränderung verändert sich auch die Geldmenge. Kreditexpansion bedeutet Geldvermehrung; Zurückhaltung in der Kreditgewährung - bei Rückzahlung früher gewährter Kredite - Verminderung der Geldmenge. Tagtäglich entsteht in der Kreditgewährung der Banken Geld, und tagtäglich verschwindet Geld durch Rückzahlung von Krediten.

Früher entstand das Geld vorwiegend anders: durch Umwandlung einer Ware in Geld - etwa durch Ausprägung eines Metalles. Oder aber bei Erwerbung einer Ware - z. B. von Gold oder Silber - durch eine Notenbank. Seit dem 19. Jahrhundert rückt das eben geschilderte Geldsystem immer mehr in den Vordergrund. Wie sehr diese Elastizität des Geldes die Investitionstätigkeit im Zeitalter der Industrialisierung gefördert hat, ist oft geschildert worden. Ohne sie wäre die Industrialisierung langsamer vorgerückt. Aber zugleich liegt hier der Ursprung der Unstabilität des Geldes, der Tendenz inflationistischer Ausdehnung und deflationistischer Zusammenziehung der Geldmenge.

Es entsteht also die große wirtschaftspolitische Frage, wie eine Geldordnung größerer Stabilität in die Wettbewerbsordnung eingebaut werden kann. Die Frage ist in neuerer Zeit Gegenstand verschiedener wichtiger Vorschläge geworden. *

* Hier zu gibt es eine Fußnote: „Die Vorschläge hierzu werden in der Originalausgabe behandelt.“ Mir liegt die Taschenbuchauflage vom April 1961 vor. Ich kann also nicht kontrollieren, welche Vorschläge Eucken aufzählt. Walter Eucken wurde am 17. Januar 1891 in Jena geboren und starb laut Wikipedia am 20. März 1950 in London.

39) Seine von mir oben zitierte Aussage ist also wenigstens 69 Jahre alt. Der Inhalt seiner Aussage, dass das Giralgeld Geld ist (also so gut wie Bargeld) und dass die Banken dieses Geld durch die Kreditvergabe schöpfen können ist also auch schon 69 Jahre alt, findet man auch in noch älteren Quellen. Aber was Eucken hier inhaltlich sagt - was zu Zeiten der Goldwährung auch zutraf - wird heute auch noch -zigfach vorgetragen. Man gebe nur die Stichworte „Geldschöpfung der Banken“ in eine Suchmaschine ein. Man hat dann ungefähr 36.800 Ergebnisse in 0,34 Sekunden. Ich habe einen Link geöffnet und erhielt die nachfolgende Auskunft:

Veröffentlicht am 24. September 2018

Geldschöpfung: Woher nehmen Banken das Geld für Kredite?

von Jan Giessmann

Geld aus dem Nichts? Wie zahlen Banken ihre Kredite aus?

Geld lebt vor allem von Vertrauen. Doch wo geschieht die Geldschöpfung eigentlich? Wie gelangt es in den Zahlungskreislauf? Und woher genau kommt das Geld für Verbraucherkredite? Das von Banken verliehene Geld stammt aus den Einlagen der Kunden, aber auch aus sogenannten Refinanzierungskrediten, die Geschäftsbanken bei der Zentralbank aufnehmen können.

Zentralbankgeld: Geldschöpfung aus dem Nichts

Geschaffen wird Geld von den Zentralbanken der Staaten und Währungsräume. Dazu zählen die Europäische Zentralbank in Frankfurt am Main, die US-amerikanische Federal Reserve, die Bank of England oder auch die Nippon Ginkō in Japan. Die Zentralbanken arbeiten praktisch als Währungsbehörden, denn nur sie dürfen gesetzliche Zahlungsmittel ausgeben. Frisches Geld entsteht, wenn die Zentralbanken Kredite an Geschäftsbanken vergeben oder in großem Umfang Anleihen von Staaten und Unternehmen kaufen. Der Gegenwert wird als Sichteinlage auf das Zentralbankkonto des Zahlungsempfängers gebucht, der dann über das Geld verfügt und es in den Wirtschaftskreislauf bringen kann.

Geschäftsbanken schaffen zusätzliches Giralgeld

Kreditinstitute betreiben auch selbst Geldschöpfung. Das Ergebnis daraus wird auch als Giralgeld bezeichnet. Vergibt eine Geschäftsbank einen Kredit über 10.000 €, bucht sie den Betrag als Kreditforderung in ihre Bilanz. Dem Kunden schreibt sie dann diese 10.000 € auf dessen Girokonto gut, womit sich die Geldmenge im Markt entsprechend erhöht. Der Kreditkunde kann den Betrag dann an andere überweisen, ihn mit der EC-Karte zum Einkaufen nutzen oder auch bar am Automaten abheben. Bei dieser Art von Geldschöpfung kommt ein kräftiger Hebel zur Wirkung, denn Geschäftsbanken dürfen ein Mehrfaches ihrer Einlagen als Kredite vergeben. Im Gegenzug müssen sie lediglich eine Mindestreserve bei der Zentralbank deponieren. Im Euroraum ist das aktuell nur 1 % der ausgehändigten Kreditsumme.

Was bedeutet das für Kreditkunden?

Die Geldpolitik der Zentralbanken zielt vor allem auf eine Preisstabilität und eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung ab. Durch das Festlegen der Leitzinsen und des Mindestreservesatzes, können die Zentralbanken das Zinsniveau am Markt entscheidend beeinflussen. Ist der sogenannte Refinanzierungszins niedrig, zu dem sich die Geschäftsbanken mit frischem Geld versorgen können, kann das billige Geld in Form von preiswerten Krediten an Privat- und Unternehmenskunden weitergegeben werden. Steigen dagegen die Leitzinsen, werden auch Kredite zwangsläufig teurer.

Der kurzfristige Refinanzierungszins in der Eurozone liegt aktuell bei sehr niedrigen 0,00 %. Geschäftsbanken erhalten Zentralbankkredite also praktisch kostenlos. Dadurch soll die Kreditvergabe gefördert, der private Konsum wirksam angekurbelt und ein attraktives Umfeld für Unternehmensinvestitionen geschaffen werden. Die

niedrigen Zinsen erleichtern es außerdem vielen Staaten, ihre hohen Schulden zu bedienen und weiter günstig an neues Geld zu kommen.

...

<https://www.finanztage.de/wissen/magazin/geldschoepfung-woher-nehmen-banken-das-geld-fuer-kredite/>

40) Als ich die ersten beiden Absätze gelesen hatte, habe ich gedacht, Donnerwetter, hier beschreibt ja einer die Vorgänge mit der Geldschöpfung ganz korrekt. Aber im dritten Absatz wird der alte Irrtum wiederholt. Und im vierten Absatz kommt die Einmischung der Notenbanken in den privatwirtschaftlichen Kreditmarkt zum Ausdruck.

Bei Walter Eucken heißt es:

> **Die Währungspolitik besitzt daher für die Wettbewerbsordnung ein Primat.** < (S. 161)

und Bei Ludwig Erhard heißt es für die Soziale Marktwirtschaft im Geleitwort zur ersten Ausgabe der Zeitschrift > Währung und Wirtschaft <, das ich weiter oben schon eingefügt habe:

> **Die „Währung“ ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der „Wirtschaft“ hätte. Sie ist „nur“ eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steuerruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffen der Organismen. Aber „RICHTIGES GELD“ ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.** <

Weil hier aber mit gravierenden Irrtümern gearbeitet wurde, musste das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, das vom der Ordoliberalismus und der Freiwirtschaft abgeleitete Modell zu einem Zerrbild der Anfangsidee werden. Die Nichtbeachtung und Verdrängung der Freiwirtschaftsschule hat das Modell der Sozialen Marktwirtschaft zu einer Rechtfertigungsideologie des Kapitalismus gemacht. Und das Modell des Ordoliberalismus wurde in der allgemeinen ökonomischen Erörterungen und der realen Wirtschaftsgestaltung nur noch eine Randnotiz. Der Glanz, den die ASM einst hatte, ist mit der Verdrängung der Freiwirtschaft aus ihrem Gründungszusammenhang matt geworden.

41) Ich will und kann nicht in wenigen Zeilen den Konflikt in der Theorie von der Geldschöpfung der Geschäftsbanken aufzeigen, sondern ich will hier nur darauf hinweisen, dass die Ergebnisse der realen Ökonomie aufgrund der mangelhaften bis falschen Vorstellungen über das nach unserer Sprache zweitwichtigste Kommunikation Mittel, *Geld*, nicht besser sein können, wie sie sind. Abgesehen davon, dass die Ergebnisse der missgestaltete Sozialen Marktwirtschaft und die mangelnde Abgrenzung von dem gutgemeinten, aber Schaden stif-

tenden Neoliberalismus Chicagoer Prägung die Marktwirtschaft als solche in den Verruf gebracht hat, ist es so, dass die Geschäftsbanken alle verstaatlicht und zu Geschäftsstellen der Notenbank gemacht werden müssten, wenn diese wirklich Geld schöpfen könnten. Die Begründung liegt darin, dass Geld Eigentumsansprüche auf Güter im Markt sind. Könnten die Banken Geld schöpfen, würde es bedeuten, dass die Banken sich Eigentum ohne Gegenleistung aneignen könnten. Die privatwirtschaftlich betriebenen Banken hätten dann den Status von Geldfälschern.

42) Es gibt zwar im Netz diverse Beiträge und Diskussionsschlachten zu dem Thema Giralgeld, aber Orte, an denen sachlich, gründlich, bedachtsam und nachhaltig an der Klärung dieser Fragen gearbeitet wird, kann ich nicht benennen. Auch die ASM ist nach meinem Eindruck kein Arbeitszusammenhang mehr, an dem diese Fragen eine Rolle spielen. Im Schatten dieses Theorie-Dschungels hat sich sogar eine Geld-Schule gebildet, die sich bemüht, den Irrtum zur Wahrheit umzumünzen. Ich verweise auf die *Moneative* mit dem Vollgeld und ich verweise auf das Buch >Geldschöpfung in öffentlicher Hand< von Joseph Huber und James Robertson. (<https://www.monetative.de/>) Die Menschen, die dieses Projekt vorantreiben, sind ehrenhafte Menschen, die ernsthaft ein lobenswertes Ziel verfolgen, sie vergrößern aber letztlich aber nur die Verwirrung über oder in dem theoretischen und praktischen Geldsektor. Die Probleme, die sich aus dem digitalen „Geld“ und dem „Plastikgeld“ ergeben, lassen sich nicht eindeutig auflösen, wenn man in der Ökonomie nicht eindeutig erklären kann, was Geld ist und wie es wirkt.

Mir liegen folgende Titel mit Gegenpositionen zur Geld- oder Kreditschöpfungstheorie vor:

Das Buchgeld / Ein Beitrag zur theoretischen Klärung
von Karl Walker, 1951.

(<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/77.2%20Das%20Buchgeld.pdf>)

Theoretische Grundlagen der bankgeschäftlichen Kreditgewährung /
Kritischer Beitrag zur Kreditschöpfungstheorie von Dr. Martin Scheytt. 1962

(<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/147.3.Verrat.und.Elend.Anhang.3von6.Martin.Scheytt.Kreditschoefungstheorie.pdf>)

Die 29 Irrtümer rund ums Geld von Helmut Creutz, 2004, 303 Seiten

Fließendes Geld für eine gerechte Welt / Warum wir ein alternatives Geldsystem brauchen, wie es funktioniert und welche Auswirkungen es hat
von Steffen Henke, 2017, 464 Seiten

Und in die beiden folgenden Titeln lohnt es sich auch nachzuschauen:

Über das Geld / Geschichte und Zukunft des Wirtschaftens
von Bernd Striegel, 2005, 603 Seiten

Zu Geld und Ökonomie / Von der Erstellung eines diskutierbaren Ganzen
von Simon Bichlmaier, 2009, 552 Seiten

43) Was die Freiwirtschaft erhofft und glaubt beim Einsatz ihrer Mittel erwirken zu können, ist ein Zustand wie er im Hoch-Mittelalter geherrscht haben soll, wie er aus nachfolgendem Bericht hervorgeht: ¹⁹

MACHTE DAS GELD DIE GOTIK?

Die Abteilung Soziologie der Harvard-Universität hat unlängst Untersuchungen darüber angestellt, welches Jahrhundert das „positivste“ für die Menschheit gewesen ist und welche Ursachen dafür zugrunde gelegen haben. Das Ergebnis hieß: das Mittelalter. Zwar nicht das spätere und „finstere“ Mittelalter, sondern das frühe, das 13. Jahrhundert, das Jahrhundert der Gotik. Der Geist machte sich zum erstenmal frei von den Traditionen der Antike und schöpfte aus der eigenen Phantasie. Die Dome der Gottheit wuchsen empor. Und neben den großen Gotteshäusern erstanden die ersten Universitäten. Die deutsche Mythologie wurde geboren, das Nibelungenlied entstand, und der Minnesang erscholl von Burg zu Burg. Frankreich brachte die Troubadours hervor, Spanien den Cid und England die Artussage. Der Gipfel war in Italien das Genie Dantes, das eine neue Allegorie der Wirklichkeit schuf.

Welches aber waren die geheimnisvollen Kräfte der Gotik, die den Genius des Werdens so fruchtbar anregten, nachdem Europa lange Zeit in einer geistigen Barbarei und auf einem wirtschaftlichen Tiefstand verharrt hatte? Die Harvard-Universität kommt in ihren Untersuchungen zu dem Schluß, daß der Anstoß zur gotischen Kulturblüte von der Wirtschaft ausgegangen ist, und zwar vom – Geld.

Mit Beginn des 12. Jahrhunderts, so heißt es in diesem Bericht, setzte ein Wandel ein, nachdem Generationen auf Generationen ein elendes und unfreies Leben geführt hatten. Ein beinahe unglaublicher Wohlstand kam herauf, und der Reichtum war so gut unter das Volk verteilt wie nie zuvor und nie nachher. Glaubwürdige Schriftstücke jener Tage bezeugen, so heißt es weiter, daß das damals entstandene Geld sich von unserem heutigen grundlegend unterschied. Und dieses neue und eigenartige Geld wirkte Wunder. Um 1440 ²⁰ wurde ein einzigartiges Münzsystem, die „renovatio monetarum“, eingeführt. Im Volksmund und in der späteren Geschichtsschreibung erscheint diese Münze als „Brakteat“. Mit jedem Wechsel in der Herrschaft wurden die alten Münzen eingezogen und gegen neue einge-

¹⁹ Gestern am 15. 4. 2017 ist die Katedrale Notredam in Paris aus dem Jahr 1220 abgebrannt. Sie ist ein Symbol der im Bericht beschriebenen Zeit.

²⁰ 1440 muss ein Druckfehler sein. Es muss wohl heißen 1240.

tauscht, eine Münzerneuerung, die einer besonderen Münzgebühr von 10 bis 20 v. H. unterlag. Da sich diese Gebühr als ein einträgliches Steuergeschäft für die Träger der Münzhoheit erwies, begannen die geistlichen und weltlichen Gebieter ein System auszubauen, nach dem sie die von ihnen selber ausgegebenen Münzen ungefähr jedes Jahr einmal einzogen und ummünzten.

Das unvorhergesehene Einziehen und Ummünzen des Geldes, verbunden mit einer erheblichen Münzgebühr oder gar mit dem Verlust des Geldes, das nicht fristgemäß umgetauscht wurde, hatte eine entschiedene psychologische Wirkung. Niemand konnte sein Geld für längere Zeit dem Umlauf entziehen. Jeder brachte es vielmehr so schnell wie möglich in den Verkehr und diente damit dem Gütertausch. Kostbare Kleider wurden bestellt, bessere Möbel in Auftrag gegeben, prächtige Häuser gebaut. Damals entstanden unsere altdeutschen Städtebauten, unvergeßliche Kleinode gotischer Kunst. Nicht minder gaben die Landgrafen, Fürsten und Bischöfe das Geld aus. Handwerker und Künstler hatten alle Hände voll zu tun. Und jeder wollte seine Aufträge sofort in bar oder sogar im voraus bezahlt haben, um nicht von einer plötzlichen Ummünzung überrascht zu werden, die ein Vermögen kosten konnte. Es gab kein Spargeld, sondern nur ein Tauschgeld. Mit der Einführung des „ewigen“ Geldes, des Geldes, das wir noch heute haben, zog dann das „finstere“ Mittelalter herauf. Handel und Gewerbe ließen nach, weil sich der Geldumlauf schnell verlangsamte. Mit ungefähr der gleichen Geschwindigkeit, mit der die nicht hortbaren Brakteaten die Menschheit aus dem Dunkel emporgehoben hatten, warf das neue hortbare Geld die Menschheit wieder zurück in Kargheit, Not und Elend.

Dies sind, wie gesagt, Ergebnisse einer geschichtssoziologischen Untersuchung der Harvard-Universität in Cambridge, Mass., USA. cu.

(Aus Heft 4 / 1952, Verhagen & Klasings Monatshefte, Seite 409.)

Siehe auch: *Das Geld in der Geschichte*, von Karl Walker, 1959

Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens, Hans Weitkamp, 1983/84

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/133.2.1.Quellen.2.zum.Thema.Brakteaten.Weitkamp.pdf>

Zum Wettbewerb (Wolfgang Frickhöffer)

44) Ein wesentlicher Baustein des ordoliberalen Modells (und auch damit für die ASM) ist der Wettbewerb. Und diese Aussage gilt auch für die Freiwirtschaft. Ohne Wettbewerb ist gar keine Marktwirtschaft denkbar. Die unterschiedliche Zumessung seiner Bedeutung liegt daran, dass die Freiwirtschaftsschule es nicht für möglich hält, dass der Wettbewerb die vorhandenen Verzerrungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung, die das Währungssystem, das Bodenrecht und das Patentrecht verursacht, nicht ausgleichen kann. Der Wettbe-

werb ist für die Freiwirtschaft eine Bedingung für die Installation der Marktwirtschaft aber kein Instrument, mit dem die Fehler im System behoben werden können. Auch darf man sich den Wettbewerb nicht vorstellen als ein Rennen um den ersten Platz des Schnellsten, des Billigsten, des Größten etc., sondern der Wettbewerb ist vor allem ein freies, dezentrales Zugangs- und Auswahlssystem zu Personen, Institutionen, Sachen, und der Nutzung von Fähigkeiten und Informationen. Das gegenteilige System ist die Zuteilung mit ihren Zuteilern, die man manchmal bestechen kann, aber wo der Mensch meistens ihren Willen oder ihrer zugewiesenen Verteilungskompetenz ausgeliefert ist.

45) Von Wolfgang Frickhöffer, der verschiedene Funktionen innerhalb der ASM innehatte, habe ich im Tagungsprotokoll Nr. 8 der ASM mit dem Titel > Wirtschaftspolitische Zwischenbilanz <, (19. Juni 1957) eine Passage gefunden, in der man erkennen kann, dass er seine freiwirtschaftlichen Einsichten gegen die der Ordoliberalen ausgetauscht hat:

Sodann wird die Gefahr des Machtmissbrauchs durch Großeigentum ins Gefecht geführt. Der SPD-Abgeordnete Kurlbaum erklärte kürzlich in einer Bundestagsdebatte: „Wir sind uneingeschränkt für das Privateigentum bis an die Grenze heran, wo der Machtmissbrauch mit diesem Eigentum beginnt.“ Das ist nun gewiß ein sehr ernst zu nehmender Gesichtspunkt, dem auch wir immer wieder höchste Aufmerksamkeit zuwenden. Herr Kurlbaum hat sich bei jener Gelegenheit nicht darüber geäußert, was nun jenseits der Grenze zu tun sei.

Unsere Auffassung ist zunächst, daß der Machtmissbrauch nicht ohne weiteres schon allein auf Grund der Größe unterstellt werden kann. Sodann aber ist nach unserer Auffassung Eigentum kein absoluter Selbstzweck mit beliebiger Willkür der Verwendung. Ein so verstandenes Eigentum, wie es die Altliberalen vertraten, ist geeignet, die Gesellschaft zu sprengen. Nach neuliberaler Auffassung hat das Eigentum in der Gesellschaft eine Funktion und bedarf einer moralischen Legitimation. Es muß - nach dem Wortlaut des Grundgesetzes - dem Gemeinwohl dienen. Aber - und das ist nun der entscheidende Unterschied zwischen uns Neuliberalen und den meisten Sozialisten - dieser Dienst des Eigentums am Gemeinwohl darf nicht durch Manipulationen, durch Preisvorschriften, durch Bewirtschaftungs-, Investitions- und Verwendungsvorschriften herbeigeführt werden, **sondern die Bindung des Eigentums an das Gemeinwohl erfolgt in der Sozialen Marktwirtschaft durch die Institution des Wettbewerbs.** Wo aber der Wettbewerb infolge der Unternehmensgröße bei bestimmten Marktstrukturen nicht voll wirksam sein kann, soll durch die Tätigkeit der Monopolbehörde oder auch nur durch die Möglichkeit einer Tätigkeit der Monopolbehörde ein möglichst wettbewerbsnahes Verhalten bewirkt und damit die gesellschaftliche Legitimation des Eigentums aufrechterhalten werden, ohne zu einer Verstaatlichung zu schreiten. Die Tätigkeit der Monopolbehörde ist also - um Clausewitz ein wenig abzuwandeln - eine Fortsetzung des Wettbewerbs mit anderen Mitteln. Unter der von Herrn Kurlbaum genannten Grenze würde also der Wettbewerb, über dieser Grenze, wo der Wettbewerb nachläßt oder ganz aufhört, die etwa notwendig werdende Einwirkung der Monopolbehörde ein Auswuchern der legitimen Verfügungsgewalt über Eigentum in die Berei-

che des Machtmißbrauchs und der Willkür verhindern.

Dazu kommt aber noch ein anderer Gesichtspunkt. Der Machtmißbrauch ist ein Kriterium, das durchaus ein staatliches Eingreifen erfordern kann. Auf dieses Kriterium aber sollte sich der staatliche Eingriff auch beschränken. Es ist nicht einzusehen, warum der Staat in einem solchen Fall etwa die gesamte kaufmännische Leitung und z. B. auch die Investitionspolitik in die Hand nehmen sollte. Wird Macht mißbraucht, dann sollte der Staat mit Untersagungen nur insoweit eingreifen, als notwendig ist, um den Machtmißbrauch zu unterbinden. Wir möchten dies ganz deutlich sagen, um vor allem auch die Funktion der Monopolbehörde, wie wir sie uns vorstellen, zu kennzeichnen. Keinesfalls hat die Monopolbehörde die Aufgabe, ihre Verfügungen als Ausfluß einer zentralverwaltungswirtschaftlichen Gesamt- oder Rahmenplanung zu treffen, durch ihre Maßnahmen selbst wirtschaftlich-kaufmännisch tätig zu sein und damit praktisch etwa eine Investitionslenkung von Großbetrieben zu übernehmen. (Seite 27 f.)

46) Das Frickhöffer innerhalb der ASM sein Brot verdient hat, muss nicht bedeuten, dass er seine freiwirtschaftliche Herkunft verraten hat. So wie man zur Freiwirtschaft hin entwickeln kann, so kann man sich auch von ihr entfernen, wenn man zu anderen Ein- oder Ansichten kommt. Und so eine Entwicklung ist nicht verwunderlich, wenn man nur noch den Argumentationslinien des übrig gebliebenen Partners der Aktionsgemeinschaft ausgesetzt ist. Mir geht es also nicht um Verrat, sondern um die Überschätzung der Wirkung des Wettbewerbes in seiner Wirkung auf die Kapitalkonzentration durch die Ordoliberalen, die Frickhöffer übernommen hat. Wie schon gesagt, die Marktwirtschaft (und im weiteren Sinne die Freiheit) sind ohne Wettbewerb nicht denkbar. Aber der Wettbewerb kann institutionell verankerte Konzentrationsprozesse nicht verhindern oder bei Bestehen nicht auflösen. Die alles gesellschaftliche Leben überwuchernde Staatstätigkeit, die uns immer näher an die Zentralverwaltungswirtschaft führt, ist durch eine Schwäche in ihrer Theorie vorprogrammiert.

Oswald von Nell-Breuning zur Wirkung des Wettbewerbs

47) Bei Oswald von Nell-Breuning habe ich in dem Buch > *Den Kapitalismus umbiegen* < (herausgegeben von Friedhelm Hengstbach SJ und Mitarbeit von Simeon Nuß, Ulrich Sander, Wolfgang Schoeder und Christoph Serries), 1990, folgende Aussage zum Wettbewerb und zur Einschätzung unseres Wirtschaftssystems gefunden:

Als »reine ökonomische Lehre« ist die soziale Marktwirtschaft dem Kopfe Müller-Armacks entsprungen. Haben Erhardt, seine Mitarbeiter und wissenschaftlichen Berater sich daran gehalten? Ist das unbestrittenermaßen großartige Werk des Wiederaufbaus unserer Wirtschaft nach dem Zusammenbruch von 1945 wirklich der sozialen Marktwirtschaft zuzuschreiben

oder der Großzügigkeit, mit der die praktische Wirtschaftspolitik mit voller Zustimmung ihrer wissenschaftlichen Berater sich über die »reine ökonomische Lehre« hinweggesetzt hat? Hatte vielleicht sogar Victor Agartz Recht, als er erklärte: »Wie könnte ich gegen die soziale Marktwirtschaft sein? Es gibt doch keine!«?

Zum großen Verdruß von Müller-Armack habe ich selbst einmal die soziale Marktwirtschaft als die »theoretische Begleitmusik« zu unserer Wirtschaftspolitik bezeichnet; das wollte er nicht gelten lassen und sie lieber als »theoretische Programmmusik« bezeichnet wissen. Immerhin hat auch er bei der gleichen Gelegenheit sich dahin geäußert, »das, was wir in der Bundesrepublik anstreben, ist eine »soziale« Marktwirtschaft (>sozial< in Anführungszeichen) . . . Die Wirklichkeit wird wahrscheinlich (sic!) nie einer solchen möglichen Ordnung entsprechen. Es ist klar, daß erst recht die gegenwärtige Wirklichkeit (das war 1955) einer solchen Ordnung noch nicht entspricht.« Noch viel deutlicher an späterer Stelle: »Es ist keine Rede davon, daß ich sage, das faktisch Bestehende sei soziale Marktwirtschaft. Das faktisch Bestehende hat im Sinne der Konzeption der sozialen Marktwirtschaft soziale Wirkungen gehabt. Die soziale Marktwirtschaft ist der Entwurf einer möglichen, bisher nur teilweise realisierten Konzeption.« So Müller-Armack in: »Der Christ und die soziale Marktwirtschaft«.²¹

In der Grundsatzfrage weichen demnach Müller-Armack und ich insoweit voneinander ab, als er die - damalige, erste und ursprüngliche - Konzeption der sozialen Marktwirtschaft für eine »mögliche Ordnung« hält bzw. hielt, während ich zwar überzeugter und entschiedener Anhänger der Verkehrs- oder Marktwirtschaft bin, auch noch in Übereinstimmung mit ihm und mit den Neoliberalen überhaupt den Wettbewerb für ein überaus nützlich Ordnungsinstrument halte; dann aber gehen die Meinungen auseinander; im Gegensatz zu Müller-Armack und den Neoliberalen kann ich den Wettbewerb, auch den noch so geschickt institutionalisierten Wettbewerb, nicht als ausreichendes Instrument und noch weniger als Ordnungsprinzip der Wirtschaft ansehen; der Wettbewerb allein reicht nicht aus, damit die Wirtschaft auch nur einigermaßen reibungslos funktioniert, noch viel weniger, um den sozial befriedigenden Vollzug und ein sozial gerechtes Ergebnis der Wirtschaft zu gewährleisten.

Inzwischen hat aber auch Müller-Armack selbst sich diesen Einsichten erschlossen. Und damit komme ich zu dem Wandel, den das ursprüngliche Konzept der sozialen Marktwirtschaft durchgemacht hat mit den daraus sich ergebenden Folgen für die dem Staat in der sozialen Marktwirtschaft zugeordnete Rolle. Das sollte ich ja in meinem Referat zum guten Schluß noch einbeziehen. Sehr viel ist dazu nicht zu sagen, denn damit zerfließen die scharfen Konturen der ursprünglichen Konzeption, und was übrig blieb, ist - um es in Anlehnung an einen von Götz Briefs geprägten Ausdruck so zu nennen - »sozial temperierter Kapitalismus«. (Seite 235 f.f.)

48) Anmerken möchte ich hier: „Ehre wem Ehre gebührt!“ Wahrscheinlich ist, dass Mül-

²¹ Hrsg. Von P. Boarmann, Stuttgart 1955, S. 82 bzw. 109

ler-Armack den Begriff Soziale Marktwirtschaft geprägt hat, es wird ihm aber wohl einen zu großen Anteil an der Entwicklung der projektierten Sozialen Marktwirtschaft zugeschrieben. Die Akteure, die sich da in das Geschehen und speziell in die ASM eingebracht haben, haben sein Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ nicht als Betriebsanleitung oder als Drehbuch benutzt, sondern hatten ihre eigenen Ideen schon vor und im Zweiten Weltkrieg entwickelt. Und das Ergebnis der Bemühungen als „sozial temperierten Kapitalismus“ zu bezeichnen, klingt in meinen Ohren als verharmlosend. Wir haben ein kapitalistisches Wirtschaftssystem, in dem rudimentär die Marktwirtschaft bisher überlebt hat. Damit der Kapitalismus nicht so nackt dasteht und anstößig wirkt, wurde ihm ein soziales Sicherungssystem der zentralverwaltungswirtschaftlichen Art beigefügt.

(Eine Stellungnahme von Silvio Gesell zu Oswald von Nell-Breuning kann unter folgendem Link gelesen werden. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/144.1.Anhang.zu.Freiheit.zu.Ende.denken.Steingart.pdf>)

49) Zum Wettbewerb gehört, dass alle Menschen rechtlich gleich gestellt sind, aber nicht, dass alle die gleichen Fähigkeiten und die gleichen Erträge nach Hause bringen. Wenn man so will, kann man den Markt als kollektives Bewertungssystem benennen. Diese Bewertung wird aber verfälscht, wenn neben dem Einkommen aus Arbeit, die ökonomischen Renten berücksichtigt werden müssen. Dies ist der Fall, solange der Kapitalertrag mehr ist als eine Randerscheinung. Darum heißt es: „Wer hat, dem wird gegeben!“ Es wird damit die Chancengleichheit in den äußeren Bedingungen des Wettbewerbes angesprochen. Im Start der Sozialen Marktwirtschaft, also nach dem Zweiten Weltkrieg, waren die Chancen der Bundesbürger in Bezug auf die äußeren Bedingungen des Wettbewerbes krass unterschiedlich. Die einen hatten alles verloren, die anderen hatten einiges oder alles an Vermögen über den Krieg hinweg retten können. Mir ist dazu das Protokoll einer Tagung zu dem Thema in der Evangelischen Akademie eingefallen, aus dem ich in Erinnerung habe, dass der eine Referent vortrug, dass die damals durchgeführte Vermögensabgabe nur so hoch gewesen wäre, dass sie durch die Vermögenserträge hätte bezahlt werden können. Ich habe nach dem Protokoll gesucht, aber nur den Teil gefunden, in dem Klaus Fütterer das Thema „Das Geld, der Zins und die Theologie“ behandelt. Dieser Beitrag kann unter der Textziffer 86.4 und dem Link

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/86.4%20TheologieZinsGeld.pdf>

gelesen werden. Weitere Angaben zu der Veranstaltung:

Wer hat dem wird gegeben ...? Die Verteilung des Volksvermögens in unserer Gesellschaft / Tagung der Ev. Akademie Bad Boll 15. bis 17. März 1985
Protokolldienst 18/85

50) Bei der Überlegung, wie ich mit meinem Text weiter verfare, blieb mein Blick an dem Protokoll mit dem Titel „Der mittelständische Unternehmer in der Sozialen Marktwirtschaft“ der vierten Arbeitstagung der ASM vom 17. November 1955 in Bad Godesberg hängen. Hier habe ich vorher ein Fähnchen eingefügt, das mich auf einen Kommentar von Ludwig Erhard zur Politik der Europäischen Zentralbank – die in einem Ziel von 2% Inflation besteht – hinweist. Erhard sagte 1955:

Ich sagte, ich will die Betrachtung über den Mittelstand einbetten in eine konjunkturpolitische Betrachtung. Ich darf noch die Erklärung vorausschicken, daß das, was im Augenblick allenthalben als nicht ganz orthodox im Sinne einer liberalen Konjunkturtheorie erscheint, von mir nicht als eine Sünde wider den Heiligen Geist empfunden wird und noch weniger als ein Verrat an gemeinverbindlichen Prinzipien, sondern daß ich mit dieser Haltung zur Konjunkturlage nur den derzeitigen Gegebenheiten, den ökonomischen Fakten, Rechnung zu tragen gewillt bin.

Welches sind die großen Gefahren aus der derzeitigen Situation? Vor allem die, daß die Stabilität unserer Währung, die Erhaltung der realen Kaufkraft unseres Geldes verloren geht oder, besser gesagt, fortdauernd ein Stückchen an Substanz unter den Händen entschwindet. Ich glaube, das ist auf die Dauer gesehen eine unverantwortliche, ich möchte fast sagen, eine verbrecherische Politik, die sich zum Teil sogar auf eine Theorie stützen kann, nämlich die, daß eine fortdauernde leichte Verdünnung des Geldwertes sogar als ein Konjunkturimpuls zu betrachten sei und eine Stetigkeit der Konjunktur, eine gleichmäßige Vollbeschäftigung überhaupt nur möglich sei, wenn man eben dieses Opfer eines dahinschwindenden Geldwertes in Kauf zu nehmen bereit sei. Ich weigere mich mit aller Entschiedenheit, diese These anzuerkennen. (Beifall.)

Denn wohin müßte sie in letzter Konsequenz führen? Vom Standpunkt des internationalen Wettbewerbs und der Erhaltung unserer Wettbewerbsfähigkeit in der Welt aus gesehen, ist vielleicht noch nicht einmal die größte Gefahr zu verzeichnen. Denn wenn alle gleichmäßig sündigen — und das ist etwa das Signum der vergangenen sieben Jahre —, dann wird es nicht so deutlich, oder der Fehler wird nicht so offenkundig, als wenn das nur ein Land unter sonst tugendhaften Ländern tun würde. Das ist zweifellos richtig. Wenn von den Vereinigten Staaten angefangen über alle Länder und Volkswirtschaften der freien Welt eine solche Politik einer fortdauernden leichten Preissteigerung, gleichbedeutend mit einer fortdauernden leichten Verdünnung des Geldwertes, Platz greift, dann mag man das konjunkturpolitisch vielleicht zunächst noch gar nicht so tragisch nehmen; wie gesagt, auch nicht vom Standpunkt der Wettbewerbsfähigkeit oder der Erhaltung einer Wettbewerbsgleichheit. Wohl aber muß man vom gesellschaftswirtschaftlichen Standpunkt aus zu einer Verurteilung kommen. Denn, meine Damen und Herren, ich möchte einmal wissen, wer auf die Dauer noch zu sparen

bereit wäre, wem das noch sinnvoll und lohnend erschiene, wenn er sich während der Zeit seiner aktiven Tätigkeit im Wirtschaftsprozeß oder im Berufsleben ganz genau ausrechnen kann, was sich wohl während dieser 25, 30 oder 40 Jahre mit seinen Ersparnissen ereignet und wie stark die Tugend des Sparens durch jene falsche Politik gestraft wird. Wenn wir von 1950 bis 1955 immerhin eine Steigerung der Lebenshaltungskosten von ungefähr 8 % zu verzeichnen haben, also eine durchschnittliche Erhöhung des Preisniveaus um 8 %, ja, meine Damen und Herren, dann ist das eben keine Bagatelle, sondern soll uns zu ernster Sorge Anlaß geben. Denn 8 % in 5 Jahren bedeuten schon fast 50 % in 30 Jahren; und das ist ungefähr die Zeit, in der die im Beruf stehenden Menschen überhaupt bereit sein können, aus eigener Kraft, aus eigener Verantwortung Vorsorge für ihr Alter und für die Sicherung ihrer Familie zu treffen. (S. 52 f.)

51) Die Zwickmühle zwischen der inflationistischen Konjunkturstimulanz und dem kaufkraftbeständigem Geld hätte Erhard sich ersparen können, wenn er auf die Freiwirte in seinem Umfeld gehört hätte. Warum die Logik der freiwirtschaftlichen Maßnahme sich nicht gegen den Irrationalismus in der Wirtschafts- und Währungspolitik vor und nach der Hitlerzeit durchsetzen konnte, ist wohl ohne psychologische Analyse der Bindungskraft zeitlich vorhergehender Vorstellungen nicht zu erklären.

Nebenbei: Wenn ich gefragt würde, ob ich den selbständigen Mittelstand für einen Verteidiger der Marktwirtschaft halte, würde mir bei aller Sympathie für selbständige Existenzen eine Antwort schwerfallen. Mein Verdacht ist nämlich, dass den meisten Mittelständlern die Wirtschaftsordnung ziemlich egal ist. Wichtig ist ihnen, dass man sie in ihrem Bereich möglichst ungestört und ohne all zu große Belastungen durch Steuern und Abgaben werkeln lässt. Dass liegt zum Teil sicher daran, dass die meisten Selbständigen arbeitsmäßig dauernd überlastet sind und ihre Interessenvertretung an Verbandsfunktionäre delegieren, die wiederum in Bezug auf die Ökonomie Opfer einer verfehlten Hochschulbildung sind.

Thema Sozialpolitik

52) Wie wurde das Thema Sozialpolitik und soziale Sicherungssysteme der Ordoliberalen und der Freiwirte in oder durch die ASM verhandelt? Ich habe hier keinen Überblick. Vom Ansatz her müssten alle Befürworter der Sozialen Marktwirtschaft Gegner von sozialen Sicherungssystem in Form von Zwangskollektiven sein. Allgemein kann ich sagen, dass für die sozialen Sicherungssysteme die ökonomische Form der Zentralverwaltungswirtschaft ge-

wählt hat, a) weil die Linken glaubten (und glauben) die Einkommens- und Vermögensverteilung zu Lasten des Kapitals korrigieren zu können und b) die Mittigen und Rechten befürchteten, Privilegien bei der Verteilung des Volkseinkommens zu verlieren. Dieses Sicherungssystem tut dem Kapitalismus keinen Abbruch, weil es aus dem Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer finanziert wird. Auch die Arbeitgeberanteile an die Sozialversicherung sind Löhne – in anderer Form. Die Zwangskollektive haben den großen Nachteil, dass sie die Arbeitnehmer partiell wirtschaftlich entmündigen und unnötig Spannungen zwischen den Arbeitnehmern und Unternehmern erzeugen. Eine Wandlung des sozialen Sicherungssystems in eine marktwirtschaftliche Ordnung würde die Vormundschaft der Sozialpolitik über die Arbeitnehmer aufheben und Arbeitnehmer und Unternehmer zu gleichberechtigten Partner machen.

Über die freiwirtschaftliche Stellung zur Sozialpolitik kann einiges in dem Heft 118 der *Fragen der Freiheit* vom Dezember 1975 gelesen werden. Der Haupttitel lautet: > Was heißt „sozial“ in der „Sozialen Marktwirtschaft“ < Hier wird auch auf das 26. Erscheinen des Ordjahrbuches Bezug genommen und Joachim Starbatty ist auch mit einem Beitrag vertreten. Dann liegt mir das Tagungsprotokoll Nr. 12 der ASM vom Januar 1959 vor. Der Titel lautet: > *Sinnvolle und sinnwidrige Sozialpolitik* <. Ich konnte bisher nur die Beiträge „Sozialpolitik diesseits und jenseits des Klassenkampfes“ von Alexander Rüstow und „Soziologische Voraussetzungen der Sozialpolitik im Wandel“ von Götz Briefs lesen.

52) Bei Alexander Rüstow heißt es u.a.:

Im Jahre 1878 erließ bekanntlich Bismarck das berüchtigte Zuchthausgesetz, durch das die Sozialdemokratie verboten wurde und tatsächlich eine ganze Reihe führender Sozialdemokraten ins Zuchthaus wanderten. Dieses Zuchthausgesetz wurde erst 1890, nach zwölf Jahren, aufgehoben. In diese zwölf Jahre, der Geltung des Zuchthausgesetzes von 1878 bis 1890, fallen nun gerade die Anfänge unserer modernen Sozialpolitik. Die Gedanken, die der Kaiserlichen Sozialbotschaft von 1881 und den folgenden ersten grundlegenden sozialpolitischen Gesetzen zu Grunde lagen, waren erarbeitet worden von gutwilligen, fortschrittlichen, sozial gesinnten deutschen Professoren, den sogenannten Kathedersozialisten, die sich zu diesem Zweck 1872 zu dem danach benannten Verein für Socialpolitik zusammenschlossen hatten. Die Entwicklung dieser Gedanken war optima fide, in ernster Besorgnis um die sozialen Verhältnisse, in ernstem Willen, denen, die am schlechtesten dran waren, zu helfen. Aber daß diese Gedanken nun 1881 von Bismarck übernommen und in Proklamationen und Gesetzen realisiert wurden, das hatte politische, taktische Gründe. Das war, von Bismarck aus gesehen, das Zuckerbrot zu der Peitsche des Zuchthausgesetzes

zes. *) Genau so wie er 1878 durch den Übergang zur Schutzzollpolitik die Unternehmer geködert hatte, genau so dachte er durch die Sozialgesetze auch die Arbeiterschaft ködern zu können und sie dadurch ihrer Partei und ihren Gewerkschaften abspenstig zu machen. Es ist ein Ruhmestitel der deutschen Arbeiterschaft und ein Beweis ihres Mutes, ihrer Mannhaftigkeit, ihrer Opferbereitschaft, daß sie darauf nicht hereinfließ, daß sie ihren Gewerkschaften, ihrer Partei treu blieb, was sich dann darin zeigte, daß nach der endlichen Aufhebung des Zuchthausgesetzes im Jahre 1890 der steile Aufschwung der SPD und der Gewerkschaftsbewegung begann.

Es ist höchst verhängnisvoll und es darf von uns nicht vergessen werden, so gern es verdrängt wird, daß der entscheidende Anfang unserer neuen deutschen Sozialpolitik in diese Jahre des Zuchthausgesetzes fällt, und daß diese »befleckte Empfängnis« unserer Sozialpolitik für die klassenbewußte Arbeiterschaft diese ganze Aktion in ein höchst zweideutiges, um nicht zu sagen eindeutiges Licht gerückt hat. Dieser Mißbrauch der Sozialpolitik durch Bismarck zu sehr hintergründigen und taktischen Zwecken hat die ganze Einstellung der Arbeiterschaft zur Sozialpolitik vergiftet und wirkt bis heute teils bewußt, teils unbewußt höchst verhängnisvoll nach, nicht zuletzt auch in der klassenkämpferischen Tradition der Gewerkschaften. (S. 14 f.)

Die Vorstellung, dass die Arbeitnehmerschaft ein hilfloses Mündel der Sozialpolitik ist und bleibt, hat sich offensichtlich bis heute aus der Sozialpolitik aus seiner Gründerzeit erhalten.

53) Bei Götz Briefs ist zu lesen:

(Professor Dr. Götz Briefs, Georgetown University, Washington)

SOZIOLOGISCHE VORAUSSETZUNGEN DER SOZIALPOLITIK IM WANDEL

Herr Vorsitzender, Herr Vizekanzler, meine Damen und Herren! Sie werden sich wundern, daß ich aus Amerika herkomme, um Eulen nach Athen zu tragen. Es sind in diesem Kreise eine Reihe hervorragender Sozialpolitiker und Wirtschaftsgelehrter, die dasselbe, was ich Ihnen zu sagen habe, auch gesagt haben würden. Aber Sie kennen ja unseren Freund Rüstow. Wenn er einmal seine Meinung gefaßt hat, kann man nicht mehr viel machen! (Heiterkeit.) So stehe ich denn vor Ihnen. Lassen Sie mich gleich medias in res gehen!

Wo liegt der geschichtliche Standort der Sozialpolitik? Ich schließe hierbei die Gewerkschaften ein. Ich möchte mit einem Wort beginnen, das von dem Gründer der modernen Nationalökonomie, von Adam Smith, stammt. Adam Smith sagt irgendwo, daß die auf Selbstinteresse und Wettbewerb beruhende Gesellschaft eine Art „Handelskompanie ist, in der jeder sozusagen ein Händler ist“; ein Händler in Waren oder ein Händler in Leistung. Für Adam Smith erschien es evident, daß in einer Gesellschaft, die nach diesem Prinzip funktioniert, durch eine „unsichtbare Hand“ die Dinge so vorgeordnet sind, daß aus der reinen Marktfunktion Gerechtigkeit in der Formation „na-

türlicher“ Preise und „natürlicher“ Einkommen entsteht.

Es stellte sich heraus, daß die Konzeption der Gesellschaft als einer Handelskompanie nicht ganz ausreicht. Denn zum großen Erstaunen vieler Vertreter insbesondere der klassischen Schule, ergab sich das Resultat, daß der Mensch nicht immer von Natur aus ein Händler ist. So entstand das Phänomen, das wir als die Arbeiterfrage bezeichnen. Es stellte sich heraus, daß aus subjektiven und objektiven Gründen diese neu aufsteigende Schicht der Lohnarbeiter außerstande war, die Händlerfunktion adäquat auszuüben. Das ist der Punkt, an dem Sozialpolitik und Gewerkschaften ansetzen.

Konkurrierend mit der Idee der Gesellschaft als einer Handelskompanie tauchte die Idee der Gesellschaft als einer Substanz, als einer Hypostase auf, wie man auf deutsch sagt. (Heiterkeit.) Ich meine die Idee, daß die Gesellschaft an sich das primär Seiende, Gegebene sei und daß die Individuen nur Epi-Phänomene der Gesellschaft seien. Was wir als klassischen Sozialismus und Kommunismus bezeichnen, hat seinen Standort in der Konzeption der Gesellschaft als einer Substanz, die primär ist.

54) Die Freiwirtschaft will der Aussage oder Annahme von Adam Smith zur Gültigkeit verhelfen, denn dass ein Teil der Menschen die Erwartungen von Smith nicht erfüllen, hängt nicht mit ihren mangelnden Fähigkeiten zusammen, sondern mit den institutionellen Mängeln der Ökonomie. Sofern trotzdem ein Mangel der Menschen bei der Ausübung in der Rolle von Händlern oder Unternehmer, wie sie Adam Smith beschrieben hat, feststellbar sind, so sind sie ihm durch den vom Staat geleiteten Prozess der Entmündigungs verursacht worden und können aufgehoben werden.²² Die Freiwirtschaft hält die Menschen – und damit auch die Arbeitnehmer – für Individuen als prägende Erscheinung und nicht als Teil einer Substanz. An dieser Stelle ist es aber angebracht, auf die Arbeiten von Dieter Suhr (<https://www.dieter-suhr.info/de/>) hinzuweisen. Er betont in seiner Veröffentlichung > Gleiche Freiheit / Allgemeine Grundlagen und Reziprozitätsdefizite in der Geldwirtschaft <, dass der Mensch erst durch andere Menschen seine volle Freiheit erreicht.

55) Die Folge der bisherigen Sozialpolitik unter Beibehaltung der institutionell verursachten Mängel in der Marktwirtschaft, die sich als Unsicherheit in der Beschäftigung und als Verzerrung in der Vermögens- und Einkommensverteilung bemerkbar machen, wird der Ruf nach einem bedingungslosen Einkommen lauter. Bedacht wird dabei nicht, dass dadurch die Arbeit neben dem Kapital und den Staat ²³ einen weiteren Ausbeuter erhält. In der Hannover-

²² Dabei wird selbstverständlich nicht an die heutige Scheinselbständigkeit gedacht.

²³ Bei der Höhe der Steuerlast, die der Bürger zu tragen hat, ist die Benennung des Staates als Ausbeuter gerechtfertigt.

schen Allgemeinen Zeitung (HAZ) war am 11. 4. 2019 zu lesen:

Jeder Zweite für ein Grundeinkommen

Anhänger der Idee sind eher jung, gut gebildet –
und haben ein niedriges Einkommen
Von Dirk Baas und Stefan Knopf

Berlin. Jeder zweite Deutsche befürwortet die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Das geht aus einer Studie hervor, die Forscher des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) am Mittwoch in Berlin vorgestellt haben. Die Forscher stützen sich auf zwei repräsentative Umfragen aus den Jahren 2016 und 2018. Demnach unterstützen zwischen 45 und 52 Prozent der Befragten die Idee einer staatlichen Leistung, die ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse an alle Bürger gezahlt wird.

Bei ihrer Untersuchung haben die DIW-Forscher einige Gemeinsamkeiten herausgearbeitet, die die Anhänger des bedingungslosen Grundeinkommens verbinden. Demnach sind die Befürworter eher jung, haben einen hohen Bildungsabschluss und verfügen über ein niedriges Haushaltseinkommen. Im Osten ist das Grundeinkommen populärer als in den alten Bundesländern. In den neuen Ländern gibt es 60 Prozent Befürworter, im Westen nur 50 Prozent. Zudem ordnen sich die Unterstützer politisch eher links ein.

Generell ist das Grundeinkommen am populärsten bei Personen, die jünger sind als 25 Jahre. Befragte, die älter waren als 65 Jahre, standen der Idee eher ablehnend gegenüber.

Im Vergleich mit den europäischen Nachbarn sehen die Deutschen ein Grundeinkommen vergleichsweise skeptisch, wie die DIW-Forscher weiter feststellen: „In Ländern wie Litauen, Ungarn oder Slowenien, in denen der Sozialstaat weniger ausgeprägt ist, sind weitaus mehr Menschen von der Idee angetan“, schreiben die Autoren. In Litauen unterstützen demnach etwa zwei Drittel der Befragten ein bedingungsloses Grundeinkommen.

In Finnland war kürzlich ein Experiment zum Grundeinkommen ausgelaufen. Dort hatten 2000 Arbeitslose ein Jahr lang 560 Euro vom Staat bekommen – ohne Verpflichtungen. Das vorläufige Ergebnis des Versuchs liefert ein durchwachsenes Bild: Zwar stellte die finnische Sozialversicherung fest, dass sich die Betroffenen mit der neuen Sozialleistung wohler gefühlt hätten. Ein erhoffter Effekt auf die Beschäftigung war aber ausgeblieben: Kaum einer der 2000 Ausgewählten hatte nach Ende des Experiments einen neuen Arbeitsplatz.

Keine private Macht

56) > **Keine private Macht in einer freien Gesellschaft** < das ist der Umschlagtitel des Heftes 177/278 der *Fragen der Freiheit* vom Februar 2009. Darin waren sich die Ordoliberalen und die Freiwirte auch einig. Und dass dieser Zustand am besten durch eine atomistische Wettbewerbssituation ermöglicht würde, dürften sie wohl nach wie vor denken. Dass die Wirklichkeit ganz anders aussieht, dürfte selbst den geistig blinden Vertreter der Marktwirt-

schaft aufgefallen sein. Selbst der als Genossenschaft gegründete Verbund von Einzelhändlern, die EDEKA, ist heute ein Machtfaktor im Konsummarkt. Dass das so ist, ist kein Naturgesetz und wäre vermieden worden, wenn das Freiwirtschaftsmodell zum Zuge gekommen wäre. Auf den Inhalt des benannten Heftes kann ich nicht weiter eingehen, aber auch hier ist das Zusammenwirken von Freiwirtschaft²⁴ und Ordoliberalismus zu sehen. Nur soviel: Fritz Andres stellt seiner Einführung und Übersicht über die Beiträge dieses Heftes folgende Zeilen voran:

„Die Geldreform vollendet den Ordoliberalismus – Wiederaufnahme eines abgebrochenen Dialogs -“ Ich füge das Inhaltsverzeichnis des Heftes 277/278 ein:

Inhaltsverzeichnis		Seite
I.	Einführung <i>Fritz Andres</i> Einführung und Übersicht über die Beiträge dieses Heftes	3–8
II.	Das Problem der privaten Macht in einer freien Gesellschaft <i>Franz Böhm</i> Das Problem der privaten Macht	9–32
III.	Tausch, Markt und Wettbewerb <i>Fritz Andres</i> Der Tausch im Spannungsfeld von Allokation und Distribution – Anmerkungen zur Idee der vollständigen Konkurrenz <i>Franz Böhm</i> Das Janusgesicht der Konzentration <i>Fritz Andres</i> Auswirkungen der Unterlegenheit der Ware gegenüber dem Geld auf das Verhältnis der Anbieter zu den Nachfragern und der Anbieter untereinander – zugleich eine Untersuchung über die Quellen der Vermachtung der Wirtschaft . . .	33–44 45–54 55–79
IV.	Macht und Konzentration auf der Unternehmensebene <i>Franz Böhm</i> Die Kapitalgesellschaft als Instrument der Unternehmenszusammenfassung <i>Fritz Andres</i> Geldreform und Unternehmensverfassung	80–97 98–101
V.	Ordoliberalismus und Geldreform <i>Werner Schmid</i> Neoliberalismus und Freiwirtschaft	102–116
VI.	Schlussbetrachtungen <i>Fritz Andres</i> Macht – Recht – Interesse in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft	117–123
VII.	Anhang: Auszug aus der Gewerbeordnung	124–125
2		

24 Ich muss aber darauf hinweisen, dass in dem Seminar für freiheitliche Ordnung auch eine Orientierung an die Anthroposophie wirksam ist.

Anmerkungen zur Bildungsökonomie

57) Mein Blick auf den Titel > Was muß die freie Welt tun? < des Tagungsprotokolls Nr. 13 der ASM vom Juni 1959 verschaffte mir Unbehagen, denn ich fragte mich: „Wo gibt es denn den freien Westen?“ Da die Tagung in Zeiten des kalten Krieges stattfand, war der Titel dadurch gerechtfertigt, dass die Unfreiheit damals im Westen geringer war als im Osten. So wie unser ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck beim Vergleich DDR und BRD die Unfreiheit im Westen auch als Freiheit empfindet, so wurde damals auch die geringere Unfreiheit in der BRD im Vergleich mit der DDR als Freiheit empfunden. Die meisten Sonntagsredner, die das Wort Freiheit in den Mund nehmen, machen den Eindruck, als seien sie bei dem Lügenbaron Münchhausen in die Lehre gegangen. Es vergeht keine Woche, wo nicht Politiker unserer *Gesellschaft der Unfreien*²⁵ nicht neue Fesseln anlegen. Neulich füllten sich die Zeitungsseiten mit der Beglückung der Mitglieder der Pflegeberufe durch eine Zwangsmitgliedschaft in einer neu geschaffenen Pflegekammer. Wenige Zeit verstrich, als der Bundesgesundheitsminister den beruflich Selbständigen eine Zwangsmitgliedschaft in der Altersversorgung versprach. Das geschieht natürlich alles zum Wohle der betroffenen Unmündigen und nicht als Angriff auf die „freiheitlich demokratische Grundordnung“. Die Zwangsbeglückung ist die hervorstechende Eigenschaft unserer Gesellschaft geworden. Der Bildungsbereich ist davon auch geprägt, daher der ständige Streit um die Bildungspolitik und der Versuch durch sogenannte Reformen den Streit zu schlichten. Die Schlichtung ist dann die Ursache für neuen Streit. Die meisten Bildungspolitiker und Bildungsakteure können sich überhaupt nicht ein freies Bildungssystem vorstellen, vermutlich weil sie selber sich solange von diesem Zwangssystem geformt wurden, dass sie selber Sklaven des Systems geworden sind. Und hier gilt dann die Aussage von Marie Ebner-Eschenbach:

„Die glücklichen Sklaven sind die erbittertsten Feinde der Freiheit.“

Nach der Gründung der grünen Partei in den 80er Jahren stritt der Parteifreud Bernhard Bartmann, ein ausgebildeter Lehrer, innerhalb und außerhalb der Partei für die Bildungsfreiheit. Seine These lautete: „Die Bildungsfreiheit ist die Mutter aller Freiheiten.“ Ich denke, er hat recht. Eine Bildungsvermittlung ohne Freiheit ist ebenfalls eine Zwangsbeglückung, die ihren Platz in der Zentralverwaltungswirtschaft hat, aber nicht in eine Gesellschaft mit einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Hier wird meistens gleich das Geschütz „Kommerzialisierung aller Lebensbereiche“ Stellung gebracht und das Bild von der Bildung als Renditeob-

25 Eine Abwandlung des Begriffs „Gesellschaft der Freien“ von Franz Oppenheimer.

jekt an die Wand gemalt. Die Vorstellung von Bildung als profitable Geldanlage gilt nur im Kapitalismus und erzeugt berechtigt eine Abwehrhaltung. Bei der Verwendung des Begriffs-paares „Kommerzialisierung aller Lebensbereiche“ wird übersehen, dass alle Handlungen eine rechtlich, eine kulturelle und eben eine wirtschaftliche Seite haben. Und hier gilt, wenn wir eine freiheitliche Gesellschaft werden wollen, dann müssen wir uns zu einer freiheitlichen Lösung bequemen. Und diese Lösung gibt es nicht in der Zentralverwaltungswirtschaft.

58) Unter der Überschrift „*Freiheit des Denkens und der Bildung*“ heißt bei Eucken in seinen Grundsätzen ... u.a. auf der Seite 95 f.:

... In dem Bestreben, <Gegengewichte> gegen zentrale Planstellen und ihre Machtpositionen durch Ausbau freier politischer, kultureller und rechtlicher Ordnungen zur Geltung zu bringen, kommt ein alter Gedanke in neuer Form zum Ausdruck. Es soll nämlich ein neuartiges <Gleichgewicht der Gewalten> entstehen. Nicht etwa ein Gleichgewicht von Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung und auch der Notenbank, wie es die Staaten des 19. Jahrhunderts versuchten. Wohl aber ein Gleichgewicht der vermachteten Wirtschaftsordnung zentraler Planung und freier Ordnungen in Politik, Recht und Kultur. So soll sich eine geschlossene funktionsfähige Gesamtordnung bilden.

Aber die Experimente haben in dieser Frage zwei wichtige Ergebnisse erbracht.

a) Je mehr die Freiheit der Person durch rechtsstaatlichen Schutz oder die Freiheit des Denkens und der Bildung gewahrt bleiben, um so weniger kann sich die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses durchsetzen. Was dem einen gegeben wird, wird dem andern genommen.

Zentralgeleitete Ordnungen der Wirtschaft und freie Ordnungen des Staates, des Rechtes, der Erziehung müssen in Konflikt miteinander geraten. Es besteht eine <Kollision> der Ordnungen, ein tief-gehender innerer Widerspruch. Natürlich wird in der Geschichte immer wieder versucht, kollidierende Ordnungen zu verwirklichen - wie in den vielen westeuropäischen Experimenten nach 1945. Aber stets behindert die eine Ordnung die andere. Weil die einzelnen Ordnungen nicht aufeinander abgestimmt sind, entsteht keine funktionsfähige Gesamtordnung. Die Gesamtpolitik ist inkonsequent und läßt Erfolge vermissen. Ein wesentlicher Grundsatz wirtschaftspolitischen Handelns tritt hervor: Die Ordnungsprinzipien der Wirtschaft sollten mit den Prinzipien anderer Ordnungen - z. B. des Staates — von vornherein abgestimmt sein. Oder, anders gefaßt: es sollten die Versuche unterbleiben, <kollidierende> Ordnungen zugleich zu verwirklichen.

b) Wird aber die Politik zentraler Leitung des Wirtschaftsprozesses konsequent durchgeführt - wie in Rußland seit 1928 -, so werden die Gegengewichte beseitigt. Dann ist die Gesamtordnung zwar folgerichtig aufgebaut. Aber keine Frage wird gelöst, alle Fragen werden vielmehr in neuer, erschwerter Form gestellt: die soziale Frage, das ordnungspolitische Problem, das Problem des Rechtsstaates und der Freiheit. Diese Politik bringt nicht einen <Fortschritt>, sondern bedeutet einen Rückfall in eine überaus ungünstige Ausgangsstellung.

59) Silvio Gesell trägt sein Plädoyer für die Freiheit der Bildung ebenfalls indirekt vor, wie

zum Beispiel hier:

Rousseau sagte: Wer den ersten Zaunpfahl in die Erde rammte und dazu sagte, dieses Land ist mein, und Dumme fand, die es glaubten, der legte den Grund zu den heutigen Staaten.

Damit wollte er sagen, daß die Einrichtung des Privatgrundbesitzes den Geist des Staates durchtränkt, daß die mit dem Zaunpfahl auftretende Grundrente die eigentliche Seele des Staates ist. Der Staat rankt am Zaunpfahl, ähnlich wie die Bohnenstaude an der Stange, wie das Efeu am Gemäuer. Ist die Stange krumm, so ist auch die Bohnenstaude krumm. Reißt man die Stange aus, so hat die Ranke keine Stütze mehr und stürzt. Ist das Bodenrecht gesund, so wird auch das Volksleben, der Staat, gesund sein. Ist dieses Recht Ausfluß der Gewalt, so wird auch der Staat nur mit Gewalt aufrecht zu erhalten sein. Das ist es, was Rousseau sagen wollte.

Wie der Geist der Gewalt, der Ausbeutung, der Unaufrichtigkeit sich am Geiste des Zaunpfahles ausbildet, das erkennt man gleich, wenn man sich die Frage stellt, wie dieser Zaunpfahl eigentlich gegen die Sturmböcke der durch ihn enterbten Volksmassen geschützt werden kann. Daß hierzu die rohe Gewalt nicht ausreicht, ist klar. Denn die rohe Gewalt ist ja die Gewalt der Masse, ein Vorrecht der Enterbten, des Proletariats. Nein, zum Schutze des Zaunpfahles braucht man höhere Kräfte, Hokuspokus, Autorität, Rechtssidole, und um das alles richtig zu organisieren, baut man den Staat aus, wie er heute ist. Zur Bildung dieses Staates und seiner Rechtssidole bemächtigt sich der Grundbesitzer durch Schul und Kirchengzwang der gesamten Jugendausbildung, nach dem Grundsatz: was ein Häkchen werden soll, krümme man bei Zeiten. Was gelehrt, was unterdrückt, verheimlicht werden soll, das bestimmt er, der Grundbesitzer. Die Aufsicht auf Schule und Kirche haben die weitschauenden Staatsmänner immer als das wichtigste Amt ihrer Staatsleitung bezeichnet. Lehrer, Geistliche, Geschichtsschreiber, werden am Zaunpfahl auf ihre Pflichten vereidigt. Wer nicht pariert, darf verhungern, wenn er nicht gar gerädert, verbrannt, nach Sibirien verbannt wird. Und so widerstand der Zaunpfahl allen Angriffen, selbst der großen französischen Revolution bis auf den heutigen Tag. Ein pädagogisches Meisterstück allerersten Ranges. Wie ist es möglich, so fragt man sich verwirrt, daß einzelne Männer den Boden wie eine gemeine Ware kaufen und verkaufen, den Boden, auf den die Menschheit angewiesen ist, wie auf die Luft und das Wasser? Wie ist es möglich, daß der Proletarier eine so ungeheure Usurpation, die ihn direkt entwurzelt und entwürdigt, auch nur 24 Stunden duldet? Und dennoch steht der Zaunpfahl! ...

(S. Gesell, Freiland, die ehrene Forderung des Friedens, Gesammelte Werke Bd. 10, Seite 114 f.)

Hier wird auch die Idenenverwandtschaft Gesells mit Franz Oppenheimer²⁶, dem Lieblings-

26 Julian Dörr und Maximilian Kutzner verweisen in ihrer Arbeit „Außerparlamentarischer Wachhund“ über die Geschichte der ASM in dem Quellenhinweis, Fußnote 11 auf Seite 489 auf den Autor Dieter Haselbach. Beim Lesen dieses Namens viel mir der Buchtitel >Franz Oppenheimer / Soziologie Geschichtsphilosophie und Politik des „liberalen Sozialismus“ < wieder ein. Ich habe das Buch vom Verfasser bekommen, nachdem ich mit ihm in einer Tagung der Evangelischen Akademie über Oppenheimer ins Gespräch gekommen bin. Ich wollte schon im Ersten Teil der vorliegenden Arbeit die Abschnitte „Die Bodenreform“ und „Das Modell der

lehrer von Ludwig Erhard deutlich. Und der Titel und Begriff *Freiland* ist ein Verweis auf „**Freiland – Ein sociales Zukunftsbild**“ von **Theodor Hertzka**, 1892. In seiner Arbeit „**Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft**“,²⁷ beschreibt Gesell seine Vorstellungen von einer freien Bildung ausführlich. (Gesammelte Werke, Band 13, ab S. 45) **60)** Im Tagungsprotokoll Nr. 13 „Was muß die freie Welt tun?“ der ASM vom Juni 1959 fand ich von Gernot Gather von der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 den Vortrag „**Die Bedeutung der Bildungsreform**“. Dieser Vortrag macht für den Zeitpunkt im Jahr 1959 progressive Aussagen. Beispiele:

... Oder nehmen wir die *Freiheit der Berufswahl*, ein für uns ebenfalls unveräußerliches Grundrecht. Richtig verstanden ist es die Chance des Menschen, sich selbst verwirklichen, sich im Beruf seinen Fähigkeiten und Neigungen gemäß entfalten, sich erfüllen zu können im Dienst und im Werk. ... (S. 34)

... Eine weitere Frage ist, ob unser Erziehungswesen darüber hinaus nicht noch übersieht, daß unsere moderne Arbeitswelt im technischen Fortschritt zwangsläufig immer mehr Arbeitskraft freisetzt. Diese Freisetzung mündet nicht zwangsläufig in Arbeitslosigkeit, aber sie bedingt automatisch eine Verkürzung der Arbeitszeit und d. i. wachsende Freizeit. Wir aber erziehen offenbar immer noch auf die Arbeitswelt hin, während dem Freizeitraum wenig Interesse gewidmet wird. Es ist in einer Gesellschaft politisch und wirtschaftlich mündig erklärter Massen nicht angängig, Freizeit vorzuenthalten mit dem Argument, Ihr wißt damit nichts anzufangen. Wir müssen die gegenteilige Folgerung daraus ziehen: Weil dem so ist, müssen wir erst einmal zu einer echten Muße erziehen, wir müssen den geistigen Untergrund dafür legen, daß diese Freizeit als Spielraum der Freiheit sinnvoll erfüllt werden kann und nicht Vakuum bleibt. (S.35)

Zur Muße erziehen ist nur akzeptabel, wenn mit der Erziehung keine Dressur gemeint ist. Es wäre besser, die Verhältnisse so zu gestalten, dass junge und alte Menschen einfach das Wohltuende der Muße erfahren könnten. Bisher hat sich die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch den Fortschritt in der Technik nur ungenügend in die Verkürzung der Zeit für die Erwerbsarbeitszeit umgesetzt. Bei genauere Analyse wird sich herausstellen, dass nicht der Unternehmer der Verursacher ist – ihm dürfte es egal sein, ob er den marktüblichen Umsatz bei einer 60-, 50-, 40-, 30- oder 20zig-Stundenwoche macht -, sondern der Anspruch des Kapitals auf eine angemessene Rendite. Und das Kapital wird nicht nur von den großen Kapitalhaltern repräsentiert, sondern auch von den Klein-Sparern, die von der Presse unisono

'Siedlungsgenossenschaft“ in den Anhang stellen. Ich werde in diesem Teil nachholen.

27 Solche Arbeiten sind notwendig um „die Grenzen des Staates zu bestimmen“ (Wilhelm Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, Reclam 1967). Ohne diese geistige Anstrengung wird der Staat mit seinem immanenten Hang zur Bürokratisierung von einer Hilfsorganisation der Gesellschaft zu ihrem Unterdrücker. Die Rollen von Herr und Diener werden dann vertauscht.

als die Opfer der EZB-Politik hingestellt werden. Aber ist es so abwegig, wenn man auf den Gedanken kommt, dass auch im Jahr 2019, die Menschen mit unnützer Arbeit zu beschäftigen, damit sie nicht auf den Gedanken kommen, auch an der Willensbildung in der Politik und an der Macht in der Wirtschaft teilhaben zu wollen und die Teilhabe an der Kultur eine Minderheit vorbehalten wird? Von Oswald Nell-Breuning habe auf meinem Rechner ein Zitat zur Arbeitszeit wieder gefunden, nachdem vorher das Buch – aus dem es ist - vergeblich gesucht habe.

Ich denke nicht an die 35-Stunden-Woche, auch nicht an die 24-Stunden-Woche. Ich denke an eine viel weitergehende Arbeitszeitverkürzung. Ich stelle mir vor, daß wir dahin kommen werden, dass zur Deckung des gesamten Bedarfs an produzierten Konsumgütern ein Tag in der Woche mehr als ausreicht. Es wird auch dazu kommen, daß eine Auffassung, die wir bisher als - ich möchte sagen - eine ewige Kategorie angesehen haben, sich als eine historische Kategorie erweisen wird, nämlich, daß der Beruf des Menschen in jener Tätigkeit besteht, durch die er sein Brot erwirbt. Durch die steigende Arbeitsproduktivität wird der so verstandene Beruf geradezu zur Nebensache werden. (aus: Arbeitet der Mensch zuviel?, 1985)

Ich fahre fort mit Gernot Gather:

Reicht angesichts dieses Tatbestandes der kurze Ablauf unseres Bildungsprozesses - für achtzig Prozent unserer jungen Menschen sind es nur acht Vollschuljahre - aus, um diesen Grund zu legen, reicht er auch aus, um am Ende der Schulzeit dem vierzehnjährigen jungen Menschen die Berufswahl zu ermöglichen? Wir Akademiker zählen ja zu den Privilegierten. Wenn wir, die wir erst mit 19 oder 20 Jahren an die Frage der Berufswahl herangeführt werden, dabei scheitern sollten, dann haben wir es uns selber zuzuschreiben, weil wir dann von den gegebenen Möglichkeiten keinen rechten Gebrauch gemacht haben. Eine solche Fehlentscheidung wird für uns immer noch leichter zu tragen sein, weil wir uns dessen bewußt sind, daß diese Fehlentscheidung auf unser eigenes Konto geht. Wie ist es aber bei den jungen Menschen von 14 oder 15 Jahren, die in eine solche Fehlentscheidung aus Unvermögen hineingedrängt worden sind? ...²⁸ (S. 35)

61) Was 1959 fortschrittlich klang, kann heute – nach dem die Schulzeiten ausgedehnt wurden und der Beginn der Erwerbszeiten sich wesentlich nach hinten verschoben hat – nicht einfach blind übernommen werden. Die Last, die die produktive Generation durch die verlängerte Bildungszeiten der jungen Menschen und die verlängerte Lebenszeit der aus der

28 Ich gehöre zu den 14-jährigen, die vor der Währungsreform nicht mal eine Wahl hatten, auch wenn sie wussten, was sie werden wollten. Es war die Zeit, wo der Konfirmationsanzug noch aus einer gewendeten Uniform geschneidert wurde. Ich wollte zur See fahren, aber mein Vater sagte berechtigt: „Du willst zur See fahren, dabei sind die Kapitäne froh, wenn sie einen Milchwagen fahren dürfen.“ Er entschied – auch weil er als Invalide Hilfe benötigte – dass ich bei ihm eine Fotografenlehre machen sollte. Nach zwei Lehrjahren habe ich mich dann doch durchgesetzt.

Produktion unterschiedlichen Alters, tragen müssen, wird immer größer. Es ist daher wichtig, die Erwerbsarbeit und das Lernen für alle bei Überwindung der Arbeitslosigkeit zu integrieren. Hinzu kommt, dass das schulische Lernen seine Grenzen hat. Nicht ohne Grund hat es die Diskussionen über die Entschulung der Gesellschaft gegeben. Auch angeregt durch die Arbeit von Ivan Illich. Ein Titel von ihm lautet: „Ein Pädagoge für die Abschaffung der Schule“ im Kursbuch 24 von 1971. Hartmut von Hentig hat sich noch einmal 2006 mit seinem Buch „Bewährung – Von der nützlichen Erfahrung nützlich zu sein“ zu Wort gemeldet. Zitat auf dem Buchumschlag:

Ich wünsche, dass junge Menschen erfahren, was eine Gemeinschaft ist – eine größere als die Familie, in die sie hineingeboren sind, und eine weniger künstliche und zufällige als die Schulklasse, in die man sie hineinverwaltet hat.

Hentig spricht von Bewährung statt Belehrung.

62) Ich komme zurück zu Gernot Gather.

Auch *methodisch* sind wir aufgefordert zu reformieren. Solange im Prinzip - um es pointiert zu sagen - unsere Schulen eigentlich noch autoritäre Unterrichtsanstalten sind, sind sie nicht einer demokratischen Gesellschaft adäquat. (Beifall.) Demokratie will schon von Kindesbeinen an eingeübt werden. Wer während seines ganzen Bildungsganges nur gelernt hat, ex cathedra verkündete Weisheiten zu schlucken, von dem kann nicht erwartet werden, daß er von objektiven Kenntnissen zu subjektiven Erkenntnissen und von solchen persönlichen Erkenntnissen zu eigenverantwortlichen Entscheidungen fortschreitet. Ohne sich der eigenen Stellungnahme zu enthalten - „Professor“ heißt Bekenner - muß man dem jungen Menschen doch schon frühzeitig deutlich machen, daß es Alternativen gibt, zwischen denen wählen zu können und sich entscheiden zu müssen, einen Teil der Menschenwürde ausmacht. (Beifall.) (S. 36 f.)

Aber vorher steht auf der Seite 35:

Weithin wird daher - m. E. zu recht - aus physiologischen, psychologischen und pädagogischen Gründen eine Verlängerung der allgemeinen *Schulpflicht* gefordert.

An einer anderen Stelle wird von Gernot Gather noch einmal die Schulpflicht – ein euphemistische Umschreibung von Schulzwang – gesprochen, ohne dass er diesen in Bezug zu den Aussagen gesetzt hat, was er sonst zur Bildung vorträgt. Wenn die Demokratie von Kindesbeinen eingeübt werden muss, gilt das doch für die Freiheit noch viel mehr. In der Gegenwart demonstrieren Schülerinnen und Schüler Freitags gegen die Lauheit der Politik in Sachen Klimawandel. Und es wird ernsthaft erwogen, diese Demonstrationen mit den Hinweis auf die Schulpflicht zu unterbinden. In Sachen Bildungspolitik sind bei uns alle politischen

Positionen von links über mittig bis rechts erzkonservativ. Die praktizierte Bildungspolitik hat einen faschistischen Zug, denn alle Fraktionen haben – vielleicht unbewusst – die Hoffnung über die Bildungspolitik die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Wähler zu erlangen. Gernot Gather berichtet an einer Stelle auch von den Bemühungen um die Vereinheitlichung der Bildung. Die Finanzierung der Digitalisierung der Schulen durch den Bund wird dieses auch befördern, denn dieses Ziel kann leichter erreicht werden, wenn alle Schulen die gleichen Programme verordnet bekommen. In der Bildung vollzieht sich dann das gleich wie in unseren Städten durch die Kapitalkonzentration im Handel. In allen Städten sind die Niederlassungen der gleichen Handelsketten zu sehen und danach in allen Köpfen der Bürger breitet sich das gleiche Muster an Bildung ab. Wie die Lemminge werden die Menschen in bestimmten Phasen, in dem ihr zentral programmiertes Wissen nicht mehr mit der Wirklichkeit übereinstimmt, in ihr Elend rennen.

63) „Lykurgus begriff wohl, dass es nicht damit getan sey, Gesetze für seine Mitbürger zu schaffen, er musste auch Bürger für seine Gesetze erschaffen.“ zitiert der Friedrich Salzmann, der Schweizer Freiwirt in seinem Buch „*Bürger für die Gesetze*“ aus dem Jahr 1949 Schiller aus dessen „*Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus*“. Was wir auch hier benötigen ist ein Wettbewerb über Inhalte, Formen, Dauer und Finanzierungsmöglichkeiten. Hier entscheidet sich, ob in Zukunft freie Bürger oder demokratisch angestrichene Untertanen heranwachsen.

Auch für diesen Bereich ist es bedauerlich, dass es nicht zu einer dauerhaften Zusammenarbeit von Ordoliberalen und Freiwirten gekommen ist.

„Was muss die Freie Welt tun?“, diese Frage stellt 2019 anders als 1959. Nun diese Welt – und damit ist der Teil der Welt gemeint, der ungenau der Westen genannt wird – muss sich erst einmal den Titel „frei“ verdienen und dann den Völkern, die heute in größerer Unfreiheit leben, vorleben, wie sich Freiheit in ökonomischer Gerechtigkeit anfühlt, vermehrt und übertragen werden kann. Wenn ich hier von Freiheit spreche, dann meine ich die haftende Gestaltungsfreiheit. Die uns gewährte Narrenfreiheit ist nur die kluge Alternative derjenigen, die sie uns gewähren für Psychiatrieanstalten wie sie (zumindest früher) in der Sowjetunion gebraucht wurden, um die Menschen mit „unfrisierten Gedanken“ (Stanislaw Jerzy Lec) wegsperren zu können.

64) Mir liegt hier noch eine Inhaltsübersicht für das Heft „**Leviathan** 46 (2018),3, der Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften vor. Sein Thema ist „**Ordoliberalismus und Demokratie**“. Ich möchte hier noch wenige Sätze einbringen, die ich dort gelesen habe.

Entgegen weit verbreiteter Vorstellungen führen auch demokratische Gesellschaften Kriege, und zwar nicht nur aus Gründen der (unmittelbaren) Verteidigung. Im Organismus des postheroischen Rechtsstaates - dazu zählen im Wesentlichen die westlichen Industrieländer des späten 20. und frühen 21. Jahrhunderts - fühlen sich diese Kriege jedoch wie Fremdkörper an, die eine besondere Kontrolle erfordern, um von den Bürgerinnen und Bürgern als legitim anerkannt zu werden. Insbesondere gefallene Soldaten werden in diesen Staaten zum Problem, weil sie die öffentliche Akzeptanz des Krieges gefährden. Daher bedienen sich ihre Regierungen nekropolitische Strategien des Sichtbarmachens und Unsichtbarhaltens - auf welche Weise wird der Gefallenen gedacht? Wie wird um sie getrauert? Wie wird ihre mediale Präsenz gesteuert? -, die den Umgang mit den Toten bis ins kleinste Detail reglementieren und die kritiklose Hinnahme des Krieges sicherstellen sollen.

Demokratie, die Herrschaft des Volkes, ist nicht immer gleichbedeutend mit der Herrschaft des Guten, sondern kann sich hin und wieder auch als Herrschaft des Egoismus der Vielen offenbaren. Darin liegt auch eine wesentliche Schwierigkeit bei der Transformation zur klimaneutralen Wirtschaftsgesellschaft. Diese Vielen von einem ressourcenschonenden Umgang mit der Natur zu überzeugen, stellt eine enorme Herausforderung dar, der sich David Löw Beer, Teresa Schlüter, Kira Vinke, Katharine N. Farrell und Hans-Joachim Schellnhuber gerne annehmen.

Der Titel Ordoliberalismus und Demokratie meint ja wohl die Frage, wie sein Verhältnis zu Demokratie ist. Wenn man mit Ordoliberalismus die Marktwirtschaft meint, dann ist die Antwort leicht und eindeutig. Die Marktwirtschaft ist die adäquate Wirtschaftsform der Demokratie. In beiden gesellschaftlichen Teilordnungen hat das Individuum eine Entscheidungskompetenz. In der Demokratie muss einschränkend bisher gesagt werden, wenn sie nicht durch die Herrschaft der Toten (Jefferson) oder die Machtkonzentration begünstigende Verfahren in der politischen Willensbildung und den Medien eingeschränkt wurde. In der kapitalistisch verformten Marktwirtschaft wird die Entscheidungskompetenz dadurch eingeschränkt, dass das Kapital, ohne Zustimmung der Betroffenen zu bedürfen, Teile des Arbeitseinkommens für sich beansprucht und diese Teile zum Machtaufbau akkumuliert.

65) Von der reinen Marktwirtschaft kann man sagen, dass sie – wenn sie richtig installiert

ist – den Frieden fördert, schon deshalb, weil sie den Menschen Gelegenheit gibt, ihre natürliche Aggression – die nach Anthony Storr eine Antriebskraft ist (Lob der Aggression, 1970) – in einer Wettbewerbsordnung konstruktiv ableiten kann. Der Kapitalismus hingegen – der nicht einer zweifelhaften moralischen Haltung entspringt, sondern ein Sach- oder institutionelles Problem ist – schafft von sich aus durch seine immanente Konzentration beim Einkommen und Vermögen und der Störung der Konjunktur bei zu niedriger Rendite ein Klima, in der sich die Aggression so steigert , dass eine Entladung im Bürgerkrieg oder im Völkerkrieg (und Terrorismus) wahrscheinlich ist.

Am 17. 4. 2019 formulierte Garbor Steingart in seinem Morning Briefing:

Wirtschaftshistoriker, die sich mit dem Entstehen des Nationalsozialismus befasst haben, wissen um die geradezu unheimliche Wechselwirkung zwischen ökonomischem Fundament und politischem Überbau. Im Kopf des Einzelnen können Zustände der Verwirrung entstehen. Oder anders gesagt: Schwankt der Boden, beginnt es in der Dachstube zu spuken.

66) Nach Walter Eucken – so habe ich schon zitiert – müssen die Teilordnungen nach dem gleichen Gestaltungsprinzip gestaltet werden. Das heißt dann aber auch, dass die Teilordnungen sich gegenseitig stützen müssen. Demokratie kann dann aber nicht heißen, dass jeder über alles Abstimmen darf, abgesehen über die Verfassung selber und über die Fälle, die in der Verfassung benannt werden, z. B. Volksentscheide. Aber diese Rechte verweigern die sich demokratisch nennende Parteien uns Deutschen. Deshalb haben wir bisher auch nur eine Scheindemokratie. Eine freiheitliche Verfassung sichert aber den Freiraum der Individuen und verhindert, dass die Mehrheitsentscheidungen zu einer Diktatur der Minderheiten werden. Für die Arbeit an denen Verfassungen von Staat und Wirtschaft heißt das, dass jene Elemente zu vermeiden oder auszusortieren sind, die die Freiheit und den Frieden gefährden.

67) Ich hatte Anlass einen Teil meiner Bücher und Schriften umzuräumen. Dabei waren auch alte Schriften. Ich hatte mich schon entschieden, sie zum Altpapier zu sortieren, als ich doch noch wissen wollte, was ich da wegwerfen wollte. Die eine Schrift ist eine Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* (Kennziffer und Datum: B 17/88, 22. April 1988) und die andere hat den Titel *Geist und Tat* (4. Jahrgang, Nr. 9, September 1949) Wenn ich richtig urteile, war diese Zeitschrift inhaltlich der SPD nahe. In dem erstgenannten Titel von 1988 geht es um folgende Beiträge, die ich alle benenne, wenn ich auch nur den ersten verwendet habe. Es kann ja sein, dass ein Leser dieser Zeilen gerade an einem der benannten Themen arbeitet.

Heinz Lampert: Die Soziale Marktwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland -
Ursprung, Konzeption, Entwicklung und Probleme – 12 Seiten

Werner Lachmann: Ethik und Soziale Marktwirtschaft

Werner Meißner / Rainer Markl: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft
der Bundesrepublik Deutschland

Werner Zohlnhöfer: Sozialpolitik – Achillesferse der Sozialen Marktwirtschaft?

68) Ich gehe hier mit ein paar Auszügen auf Heinz Lampert ein. Es lohnt den ganzen Beitrag zu lesen. Der Autor hat zu dem Thema Soziale Marktwirtschaft mehrere Titel veröffentlicht.

I. Die Ausgangslage

Wenngleich nach vier Jahrzehnten wirtschaftlicher Entwicklung im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft Wirtschaftswissenschaftler dem „Deutschen Wirtschaftswunder“ den Mythos des Unerklärlichen genommen haben, gilt nach wie vor, daß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Bundesrepublik angesichts der ausweglos erscheinenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ausgangslage der Jahre 1945 bis 1947 „nicht nur die Propheten, sondern auch die Wirtschaftswissenschaftler überrascht hat“²⁹.

Deutschland wurde 1947 von Gustav Stolper beschrieben als eine biologisch verstümmelte, intellektuell verkrüppelte, moralisch ruinierte Nation ohne Nahrung und Rohstoffe, ohne funktionierendes Verkehrssystem und gültige Währung. als Nation, deren soziales Gefüge durch Massenflucht und -vertreibung zerrissen war, als ein Land, „wo in Hunger und Angst die Hoffnung erstarb“³⁰. Das nach Abtretung der Gebiete östlich der Oder-Neiße und des Saarlandes verbleibende Gebiet war in vier verwaltungsmäßig getrennte Besatzungszonen aufgeteilt. Die Politik der Besatzungsmächte war zunächst von Gedanken der Vergeltung, der Bestrafung und der politisch-wirtschaftlichen Entmündigung beherrscht. Dementsprechend wurden Industrieanlagen demontiert, bestimmte Produktionen verboten, andere beschränkt. Die Alliierten übernahmen die von den Nationalsozialisten eingeführte Wirtschaftsordnung und die für diese Ordnung charakteristische Rationierung von Lebensmitteln und knappen Verbrauchsgütern, die behördliche Zuteilung der Roh- und Betriebsstoffe, die Preis- und Lohnstoppverordnung, die staatliche Kontrolle der Ein- und Ausfuhr sowie die Devisenkontrolle.

Gegen die Einführung einer marktwirtschaftlichen Ordnung waren seinerzeit die SPD, die CDU und die Gewerkschaften. Die SPD forderte „eine sozialistische Wirtschaft durch planmäßige Lenkung und gemeinwirtschaftliche Gestaltung“ und die Sozialisierung „der Großbetriebe . . . , jeder Form der Versorgungswirtschaft und der Teile der verarbeitenden Industrie, die zur Groß-

29 1) H. C. Wallich. Triebkräfte des deutschen Wiederaufstiegs. Frankfurt/M. 1955, S. 1.

30 2) G. Stolper. Die deutsche Wirklichkeit, Hamburg 1949, S. 159f.

unternehmung drängen". Die CDU erklärte im Ahlener Programm: „Planung und Lenkung der Wirtschaft wird auf lange Zeit hinaus in erheblichem Umfange nötig sein" und verlangte, den Bergbau sowie die eisenschaffende Industrie zu vergesellschaften. Die Gewerkschaften wollten wichtige Schlüsselindustrien sowie die Kredit- und Versicherungsinstitute in Gemeineigentum überführen.

69) In dieser Situation dürften die Freiwirte vermutlich aus Tradition die einzige Gruppe gewesen sein, die ordnungspolitisch auf marktwirtschaftliche Lösungen gesetzt hat. Ihre zahlenmäßige Stärke kann ich nicht einschätzen. Das hängt auch damit zusammen, dass die Freiwirte keine Neigung hatten (und haben) eine Zentralorganisation zu bilden und im Nationalsozialismus verboten waren. In der DDR – damals vom Westen aus gesehen noch SBZ – wurden sie verfolgt und eingesperrt. Politisch organisierten sich ein Teil der Freiwirte in der RSF (Radikal-Soziale Freiheitspartei)³¹ Da die Ideen, die in einer Gesellschaft wirksam werden, selten von Mehrheiten ausgehen, ist es möglich, dass die Ordoliberalen – die mehr eine Gelehrten-gemeinschaft mit unterschiedlichen Wurzeln gebildet haben –, gar nicht zum Zuge gekommen wären, wenn es nicht die Freiwirte als Basisgruppen mit einem ungebrochenen Vertrauen auf marktwirtschaftliche Lösungen für die Sozialökonomie gegeben hätte.

Als politisch günstige Voraussetzung für die Durchsetzung einer neuen Wirtschafts- und Sozialordnung ist der Kurswechsel der Besatzungspolitik der westlichen Alliierten zu nennen, der sowohl eine Folge der Einsicht war, daß sich Europa ohne die wirtschaftliche Erholung Deutschlands nicht entwickeln könne, als auch eine Folge des 1946 aufbrechenden Ost-West-Konfliktes. Dieser Kurswechsel führte zum wirtschaftlichen Zusammenschluß der westlichen Zonen, zur Lockerung und Aufhebung der Beschränkungen industrieller Produktion, zur Einstellung der Demontagen, zur Einbeziehung der westlichen Besatzungszonen in das für die Erholung Europas außerordentlich bedeutsame Hilfsprogramm der USA, den Marshall-Plan, und schließlich zur Übertragung von mehr Selbstverwaltungsrechten auf die deutschen Verwaltungen. Bedeutende wirtschaftliche Voraussetzungen eines Neubeginns waren erstens die Schaffung einer funktionsfähigen Währung durch die von den westlichen Alliierten am 20. Juni 1948 durchgeführte Währungsreform und zweitens ein System freier Preise, das heißt ein Mechanismus der richtigen Knappheitsanzeige und dezentralisierter Lenkung der Produktion entsprechend den Verbraucherwünschen. Es war im wesentlichen der Direktor der für die Bizone zuständigen „Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“, Ludwig Erhard, der - gestützt durch ein im April 1948 erstelltes Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats bei dieser Verwaltung - den politischen Mut hatte, durch das „Gesetz über Leit-

31 <https://www.youtube.com/watch?v=D7In89TUfFw>

https://de.wikipedia.org/wiki/Radikal-Soziale_Freiheitspartei Die Person, die auf dem eingefügten Bild links zu sehen ist, dürfte Elimar Rosenbohm sein, den ich kennenlernte, als er in der volkswirtschaftlichen Abteilung der LZB Niedersachsen Bremen in Hannover arbeitete.

<https://www.amazon.de/%C3%9Cberlegungen-einer-modernen-Wirtschafts-W%C3%A4hrungsordnung/dp/387998431X>

sätze für die Bewirtschaftung und Preispolitik nach der Geldreform" am 24. Juni 1948 die Voraussetzung für die Außerkraftsetzung zahlreicher Preisvorschriften zu schaffen. Er verstieß damit nicht nur gegen den Zeitgeist, sondern auch gegen das von den Alliierten beanspruchte Recht. Preisänderungen zu genehmigen.

70) Es tut einem als Demokrat ja weh, aber auf demokratischem Wege wäre die Entscheidung für die Marktwirtschaft nicht zustande gekommen. Die Blindheit vor Mehrheiten in der Demokratie im Hinblick auf das Erkennen der Entwicklungschancen für die Gesamtheit der Gesellschaft kann nur durch eine radikale Offenheit in den Medien und im Bildungssystem eingegrenzt oder beschränkt werden. Die bestand aber nach dem Zweiten Weltkrieg nicht und ist auch heute nur ungenügend gegeben.

II. Ursprünge und Konzeption

1. Die geistigen Wurzeln

Die geistigen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft als Leitbild der Wirtschafts- und Sozialordnung reichen zwar bis Adam Smith und John Stuart Mill zurück³². Dennoch führt vom klassischen Liberalismus kein direkter Weg zu dieser Wirtschaftsform. Die eigentliche Entstehungsgeschichte der Sozialen Marktwirtschaft beginnt in den dreißiger Jahren und läßt zwei Wurzeln erkennen.

Die erste Wurzel bildet die sogenannte Freiburger Schule, zu der unter anderen die Nationalökonomien Walter Eucken und Leonhard Miksch sowie die Wirtschaftsjuristen Franz Böhm und Hans Großmann-Dörth gehörten. Böhm, Eucken und Großmann-Dörth eröffneten 1937 eine Schriftenreihe mit dem programmatischen Titel „Ordnung der Wirtschaft“. Im gleichen Jahr veröffentlichte Miksch sein Buch „Wettbewerb als Aufgabe. Die Grundsätze einer Wettbewerbsordnung“.

Die zweite Wurzel geht auf neoliberale Sozioökonomien wie Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke zurück. Bereits 1932 hatte Rüstow in einem Referat vor dem Verein für Socialpolitik neoliberale Prinzipien formuliert, als er einen starken Staat forderte, der über den Interessengruppen steht, eine wirtschaftlichen und sozialen Zielen orientierte marktwirtschaftliche Ordnung errichtet und sie vor Denaturierungen durch Konzentration, Monopolbildung und Interessengruppen schützt. In der Emigration in Istanbul hat er den kultursoziologischen Unterbau für die Theoreme der neoliberalen Schule geschaffen³³, der nach dem Krieg in der dreibändigen „Ortsbestimmung der Gegenwart“ veröffentlicht wurde. Ebenfalls in der Emigration - zunächst in Istanbul, dann in Genf - entwickelte Wilhelm Röpke in seiner „Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ (1942) und der „Civitas humana“ (1944) die sozialphi-

32) 3) O. Schlecht. Die Genesis des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft. in: O. Issing (Hrsg.). Zukunftsprobleme der Sozialen Marktwirtschaft, Berlin 1981. S. 9ff.

33) 4) G. Eisermann/A. Rüstow. Persönlichkeit und Werk. in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.). Wirtschaftsordnung und Menschenbild, Köln 1960, S. 151.

losophischen Grundlagen des Neoliberalismus.

Beiden geistigen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft ist die Erkenntnis gemeinsam, daß der im 19. Jahrhundert praktizierte, staatlich kaum gezügelte wirtschaftspolitische Liberalismus zur Entwurzelung der Menschen und zur Vermassung. Zur Ausbeutung der einen durch die anderen, zur Vermachtung der Wirtschaft geführt hatte und daß die Zeit wirtschaftspolitischer Experimente und staatlicher Intervention nach dem Ersten Weltkrieg weder eine wirtschaftliche noch eine politische Stabilisierung zu sichern vermocht hatte. Diese Erkenntnis war Anlaß für die Suche nach einer neuen Ordnung, bei der sich die geistigen Urheber der Sozialen Marktwirtschaft von ganz bestimmten anthropologischen und gesellschaftspolitischen Wertvorstellungen leiten ließen. ...

2. Die anthropologischen Wertgrundhaltungen der Sozialen Marktwirtschaft

Der wohl höchste Grundwert, auf den die Soziale Marktwirtschaft bezogen ist, ist die Humanität. Müller-Armack schreibt dazu: „Letztes Kriterium einer. . . Ordnung kann nicht ein Ziel wie Macht oder Recht. Mehrheit oder Freiheit, Demokratie oder Diktatur sein, sondern nur dies eine: Humanität . . . Humanitas ist für uns der Inbegriff alles dessen, was wir aus einem tiefen Verstehen des Menschen. . . heraus als Wesensvoraussetzung seines Daseins und seiner Daseinserfüllung verstehen. Zum Wesen des Menschen gehört die geschichtliche Offenheit und die Freiheit, jeweils neue und verschiedenartige Ziele zu setzen, die alle Berücksichtigung erheischen und uns stets zu einem Ausgleich zwingen . . . Nur eine offene Ordnung kann dem genügen. . . Nur eine indirekte Ordnung bietet den Spielraum, die Fülle der menschlichen Aufgaben zu einem auch nur einigermaßen erträglichen Ausgleich zu bringen.“³⁴ ...

... Das heißt, alle diese überwirtschaftlichen Dinge haben Forderungen an die Wirtschaft zu stellen. Die Wirtschaft hat diese Forderungen zu erfüllen, sie hat sich in den Dienst dieser Forderungen zu stellen. Es ist der eigentliche Zweck der Wirtschaft, diesen überwirtschaftlichen Werten zu dienen.“³⁵ Auf dieses überwirtschaftliche Wertesystem ist die ordnungspolitische Konzeption abgestellt. ...

71) Bevor ich mit Zitaten aus Heinz Lamperts Beitrag zur Sozialen Marktwirtschaft fortfahre, muss ich einige Anmerkungen machen. Wir sehen, 1988 hatte die Soziale Marktwirtschaft nur noch zwei Wurzeln: Die Freiburger Schule unter anderem mit Walter Eucken und die Neoliberale (erster Prägung) für die vor allem die Namen Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke stehen. Die Freiwirtschaftsschule kam zu diesem Zeitpunkt in der offiziellen Wirtschafts- und Gesellschaftstheorie nicht mehr vor, obwohl Oswald Hahn 1980 schrieb:

34 5) A. Müller-Armack. Genealogie der Sozialen Marktwirtschaft, Bern—Stuttgart 1974. S. 212f.

35 13) A. Rüstow, Wirtschaft als Dienerin der Menschlichkeit, in: Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft (Hrsg.), Was ist wichtiger als Wirtschaft, Ludwigsburg 1960, S. 8

Silvio Gesell: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergebracht und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. (siehe weite oben)

Silvio Gesell und die, die Freiwirtschaft vertraten, wurden von der Politik, der Wirtschaftswissenschaft, der Publizistik und den größeren Teil der APO und der mehr linken NGOs wegen ihrer Inhalte für *Personae non gratae* erklärt, nicht weil die Zurückweisenden die Inhalte der Freiwirtschaftsschule verarbeitet oder geprüft hätten und dadurch zu einem ablehnenden Urteil gekommen wären, sondern weil sie für ihre eigenen Unzulänglichkeiten eine Gruppe benötigten, auf der sie diese ableiten konnten. Es ist nämlich nicht so gewesen, dass es nach dem Zweiten Weltkrieg einen fairen Wettbewerb um die gesellschaftliche Gestaltung der BRD gegeben hat. Willi Eichler, berichtet darüber auch in seinem Beitrag „Europa erleidet eine Niederlage“ in der Zeitschrift *Geist und Welt*. (Sie ist im Anhang zu diesem Text mit der Textziffer 162.3 zu finden.) Die Kirchen haben damals in dieser Auseinandersetzung keine gute Rolle gespielt. Wenn es nach dem Inhalt gegangen wäre, hätten sie sich für die Freiwirtschaft einsetzen müssen, denn diese kommt nach Bibelkundigen den ökonomischen Vorstellungen, die die Bibel vermittelt, am nächsten. Die Marxisten hatten einen Grund gegen die Freiwirtschaft zu sein, weil sie das Monopol auf Kapitalismusanalyse und -kritik zu verteidigen hatten. Es war aber so, dass nach den Anfangserfolgen der Sozialen Marktwirtschaft, die Westdeutschen die Aussagen der Freiwirtschaftsschule – die auch die Langzeitwirkungen der Ökonomie im Blick hat – nicht mehr so wichtig waren oder ihre Bedeutung noch nicht erkennen konnten. War nicht eingetreten, was die Freiwirte vorher als Möglichkeit beschrieben hatten? Erschwerend kam aber für die Freiwirtschaft hinzu, dass sie im Gegensatz zur SPD an einer Reform des Bodenrechts festhielt. Die SPD hat ihre Ambitionen auf eine Bodenrechtsreform dem Machtzugewinn und -erhalt geopfert. (Hans-Jochen Vogel ist vielleicht noch der Einzige, der die Fahne der Bodenreformer noch hochhält.³⁶

Zum Bodenrecht

72) In den 70er Jahren wurde innerhalb der Freiwirtschaft diskutiert, ob man mit dem Instrument der Bodengenossenschaft die politisch festgefahrene Boden(rechts)reform wieder flott machen könnte. (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/20.4%20Die%20Landlosen%20Bodengenossenschaft.pdf>) Ich habe damals das profilierte niedersächsische SPD-Mit-

³⁶ https://de.wikipedia.org/wiki/Hans-Jochen_Vogel

glied und MdL Peter von Oertzen³⁷ angeschrieben und gefragt, was er davon hält und ob die SPD sich dafür erwärmen könnte. Ihn interessierte der Ansatz wohl, gestand aber, dass er in der Sache unkundig sei und verwies auf ein anderes Mitglied, das wiederum überlastet war. Jedenfalls stellte sich heraus, dass die Partei, die das Soziale in ihrem Parteinamen trägt, sich des Sprengstoffes, der in dem heutigen Bodenrecht liegt, nicht mehr bewusst ist.

Auf Konrad Adenauer der Vorkriegszeit hätten sich die Freiwirte berufen können, wenn ihnen seine alte Aussage zum Bodenrecht (noch) bekannt gewesen wäre. In dem Buch von Adolf Damaschke „Die Bodenreform“³⁸ wird Adenauer wie folgt zitiert:

„Oberbürgermeister Dr. Adenauer , Köln, der Präsident des Preußischen Staatsrates, führte aus:“

„Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leiden. Die Stadt Köln hat ja auch schwer unter der Vergangenheit zu leiden. Sie wissen, daß wir über hundert Jahre Festung gewesen sind und daß daher auch beim besten Willen, und selbst wenn früher ein größeres Verständnis gewesen wäre, doch manches nicht hätte gebessert werden können. Der Festungsgürtel ist jetzt gefallen. Wir haben einmal und zum letzten Male die Gelegenheit, für viele Generationen, die nach uns kommen, wirklich ein bodenpolitisches Werk ersten Ranges zu vollbringen. Ich meine die Anlage des äußeren Festungsrayons. Die Gegner des Plans sind auf dem Posten - aber die Freude des Plans lassen einige wenige für sich arbeiten und beschränken sich darauf, vielleicht später die Früchte zu genießen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand. Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt Ihnen nichts, wenn sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!“ (S. 476)³⁹

Die Tatsache, dass Adenauer dann, als er Bundeskanzler war, seine Einsichten, die er als Oberbürgermeister gewonnen hatte, vergessen hatte, ist offensichtlich Bestandteil einer Karriere als Politiker. Vielleicht wollte Adenauer auch durch viele Eigentümer von kleinen Parzellen – die immer ein Schutzwall für den Großgrundbesitz sind, die Republik immun gegen

37 https://de.wikipedia.org/wiki/Peter_von_Oertzen

38 Mir liegt die 20. Auflage von 1923 vor.

39 Hier übernommen aus: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

kommunistische Einflüsterungen machen. Dies hätte er aber auch durch das Instrument des Erbbaurechtes erreichen können.

73) Worum geht es? Die Freiwirtschaft streitet für die Marktwirtschaft ohne Kapitalismus. Würde sie dieses Ziel aufgeben, gäbe sie sich selber auf. Ich fürchte die Ordoliberalen haben gar nicht erkannt, dass das geltende Bodenrecht die Ethik ihres schönen Wirtschaftsmodells sabotiert. Der Wettbewerb kann die Bodenrente, die mit dem Recht am Boden verbunden ist, nicht aufheben. Da die Marktwirtschaft ein System des Leistungsaustausches ist und nur der Mensch ökonomische Leistungen erbringen kann, erzeugt die Boden- oder Grundrente eine Verzerrung in der marktwirtschaftlichen Einkommensverteilung.

Andererseits: Eine Marktwirtschaft ist ohne haftendes und gestaltbares Eigentum nicht möglich. Der Fehler liegt darin, dass zwischen dem individuellen Eigentum, das durch Arbeit erzeugt wird und dem Boden als Existenzgrundlage aller Menschen – dass als Vorbedingung menschlichen Lebens von Natur aus gegeben ist – nicht unterschieden wird. Dieser Mangel der Unterscheidung von Privateigentum und Gemeinschaftseigentum ist eine Hauptursache für Konflikte, Kriege und dafür, dass die Erklärung der allgemeinen Menschenrechte nur bedrucktes Papier geblieben sind.

Aber man muss bei dem Bodenrecht strikt unterscheiden zwischen dem Boden – jede Parzelle ist ein Monopol – und dem was durch Arbeit auf dem Boden entsteht, zum Beispiel die Früchte des Ackers oder die Gebäude, in denen die Menschen arbeiten und wohnen. Zum Boden gehören in dem hier gebrauchten Sinne auch die Bodenschätze, die Gewässer und Meere und ihr Inhalt und der Luftraum. Für die Nutzung gelten dann wiederum innerhalb öffentlicher Planungsdaten die Wettbewerbsregeln. Wertsteigerung durch das Wirken der öffentlichen Hand bleiben dann aber nicht mehr wie beim bisherigen Eigentum bei dem jeweiligen Nutzer hängen, sondern fließen zurück an die Gemeinschaft aller Bodennutzer als Ausgleichseinkommen für die unterschiedliche Nutzung des Bodens (Gesell) oder als Finanzierung der Staatsaufgaben bei Wegfall anderer Steuern. (Henry George)

74) Ich fahre mit der Zitierung aus dem Beitrag von Heinz Lampert aus dem Kapitel II. *Ursprünge und Konzeption* fort:

3. Die Konzeption

Das nach dem Zweiten Weltkrieg unter maßgeblicher Beteiligung von Müller-Armack entwickelte Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ist wirklichkeitsnäher und betont sozialpolitische Ziele stärker als der Neo- und der Ordoliberalismus. Dieses Leitbild wird als Orientierung für einen „dritten Weg“ verstanden⁴⁰, der zwischen ungezügelter Liberalismus und wirtschaftslenkendem, mit Totalitarismus bedrohtem Sozialismus hindurchführt und auf eine Synthese abzielt zwischen rechtsstaatlich gesicherter, insbesondere wirtschaftlicher Freiheit einerseits und den sozialstaatlichen Idealen sozialer Sicherheit und sozialer Gerechtigkeit andererseits. ...

1. Eine marktwirtschaftliche, freiheitliche Ordnung der Wirtschaft, wo immer die wirtschaftlichen Ziele durch die Koordinierung der Aktivitäten selbstverantwortlich und frei entscheidender Wirtschaftssubjekte auf wettbewerblich geordneten Märkten ohne Verletzung sozialer Ziele erreicht werden können (Marktwirtschaft). Der marktwirtschaftliche Wettbewerb, der dazu führt, „den wirtschaftlichen Fortschritt allen Menschen, im besonderen in ihrer Funktion als Verbraucher, zugute kommen zu lassen und alle Vorteile, die nicht unmittelbar aus höherer Leistung resultieren, zur Auflösung zu bringen“, soll „Wohlstand für alle“ schaffen, eine Sozialisierung des Fortschritts bewirken und überdies das persönliche Leistungsstreben wachhalten⁴¹.

...

4. Die Errichtung eines Systems der wirtschaftspolitischen Gewaltenteilung (zwischen Gesetzgeber, Regierung und Zentralnotenbank) und des Machtgleichgewichtes im staatlichen Bereich (Aufgabenverteilung zwischen Zentralstaat, Ländern, Kreisen und Gemeinden). Dessen ungeachtet verlangt das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft einen starken Zentralstaat als ordnungspolitische Potenz, die die Wirtschaftsordnung, vor allem die Wettbewerbsordnung, errichtet und ihre Einhaltung garantiert.

75) Hier muss ich aus freiwirtschaftlicher Sicht zwei Anmerkungen machen. Der Zentralbank den Status der dritten Gewalt zuzuordnen ist eine gedankliche Verirrung. Es ist zwar richtig, die Zentralbank vor den Begehrlichkeiten der Politik zu schützen, aber als Institution hat sie eine Behörde zu sein, die sich an die vom Parlament beschlossenen Regeln zu halten hat. Der Zentralbank kann kein Raum für Politik belassen und bewilligt werden. Die zentrale Notenbank ist aber – aus ihrer Funktion abgeleitet - der notwendige Kontrapunkt zu der dezentralen marktwirtschaftlichen Ordnung in einem Wirtschaftsgebiet. (Das braucht nicht identisch zu sein mit den Staatsgrenzen.)

40 14) R. Blum, Soziale Marktwirtschaft, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 5, Stuttgart u. A. S. 153 ff.

41 16) L. Erhard, Wohlstand für alle, Düsseldorf 1957, S. 7.

Der Begriff „Zentralstaat“ mit der Beifügung „starker“ ist zu auslegungsfähig. Für ein Wirtschaftsgebiet kommt es darauf an, dass für alle Beteiligten einheitliche Regeln (Datenkränze) aufgestellt wurden / werden, dazu bedarf es einer Institution die das beschließen, durchsetzen und für die Einhaltung sorgen kann. Dazu bedarf es aber keinen starken Staat im Sinne von umfangreicher Tätigkeit, denn so ein Staat lässt keinen Raum für Dezentralität, Selbstorganisation und Selbstbestimmung. In einem allmächtigen Staat hat eine marktwirtschaftlich Ordnung keinen Raum.

76) Aus dem Kapitel III. Grundzüge der Entwicklung der Sozialen Marktwirtschaft 1948 bis 1987

Abschnitt 1. Wirtschaftlicher Wiederaufbau und Errichtung der Sozialen Marktwirtschaft 1948 bis 1958

Nach Überwindung von Anfangsschwierigkeiten, insbesondere starken Preissteigerungen 1948 und steigender Arbeitslosigkeit 1949/50, setzte ein Prozeß wirtschaftlichen Wachstums ein, der als „Wirtschaftswunder“ bezeichnet wurde. Indikatoren dieser Entwicklung für die Jahre 1950 bis 1958 sind eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes von 7,9 Prozent, eine Zunahme der Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer von 13,9 Mio. auf 18.5 Mio., ein Rückgang der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 11,0 Prozent auf 3.7 Prozent. ein Anstieg der Nettoealverdienste je beschäftigtem Arbeitnehmer um jahresdurchschnittlich 5.3 Prozent, eine jahresdurchschnittliche Wohnungsbauleistung von mehr als 500 000 Wohnungen und ein Anstieg der Sozialleistungen pro Kopf der Bevölkerung auf das 2.5fache, nämlich von 308 DM auf 763 DM. ⁴²

Da die Stabilität des Preisniveaus (die Kaufkraftbeständigkeit der Währung) von dem Verhältnis der umlaufenden (nachfragenden) Geldmenge im Verhältnis der im Markt angebotenen Güter abhängt und in einer Situation wie 1948 in der die Reichsmark kein zuverlässiges Bild der Knappheit der verschiedenen Güter abgab, konnte bei allem Bemühen um eine möglichst genaue Einschätzung der Währungsbehörde und der Marktteilnehmer nicht im Voraus gesagt werden, wie sich das Preisniveau einpendeln würde. Da nicht bekannt war, wie hoch der aufgrund der inflationierten Reichsmark der Warenbestand in den Lagern zu bewerten war und die Vorräte nicht offen zutage lagen, hätte die DM nach Einführung auch eine deflationäre Tendenz haben können und die hätte Deutschland mehr zu schaffen gemacht als die nach der Währungsreform⁴³ einsetzende leichte Inflation.

⁴² 18) Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Statistisches Taschenbuch 1978.

⁴³ Von einer Währungsreform zu sprechen ist eigentlich unkorrekt, denn es wurde nur das Geld im geringeren Umfang als die Reichsmark ausgegeben und die Reichsmark außer Kurs gesetzt.

77) Aus dem Abschnitt: 2. Die Vollbeschäftigungsperiode 1959 bis 1973

... Unter den neu eingeführten Steuerungsinstrumenten war die „mittelfristige Finanzplanung“ weniger umstritten als die „Konzertierte Aktion“⁴⁴. Sie war ein „gleichzeitiges, aufeinander abgestimmtes Verhalten der Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Unternehmerverbände“ zur Erreichung der im Stabilitätsgesetz fixierten Ziele eines stetigen, angemessenen Wirtschaftswachstums, der Preisniveaustabilität, eines hohen Beschäftigungsstandes und des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes. Daß wichtige Ziele des Gesetzes in den Jahren 1969 bis 1972 nicht erreicht wurden, läßt sich daran ablesen, daß das Preisniveau 1969 um 1,9 Prozent, 1970 um 3,6 Prozent, 1971 um 5,1 Prozent und 1972 um 5,6 Prozent stieg. Verursacht wurde dies nicht zuletzt dadurch, weil die Löhne je geleistete Arbeiterstunde in diesen Jahren im Durchschnitt um 12,5 Prozent stiegen, die Produktivität je geleistete Arbeiterstunde dagegen nur um 6,7 Prozent wuchs.

78) Anmerkungen TA:

Es hat in der Vergangenheit schon viel Streit zu der Frage gegeben, ob die Löhne oder die Preise die Inflation treiben. Beide Annahmen sind nicht richtig. Wenn Inflationsraten zu verzeichnen sind, wurde das Gleichgewicht zwischen dem aktiv nachfragenden Geld und der Gütermenge, die im Markt ist, nicht eingehalten. Da das Gütervolumen wegen der Unzahl an Akteuren nicht gesteuert werden kann, muss die Geldmenge angepasst werden. Die Notenbanken haben zum Messen der Kaufkraftstabilität verschiedene Indizes.⁴⁵ Der wichtigste ist der Verbraucherpreisindex. Ermittelt wird der Index durch die Preise der einzelnen Waren, die gewichtet im sogenannten Warenkorb vertreten sind. In dem Warenkorb sind keine Löhne verzeichnet, sondern nur Produkte. Die Löhne haben somit keine Auswirkungen auf die Preisstabilität. Die Lohnquote am Volkseinkommen kann nur steigen zulasten der Kapitalquote. Unlogischer Weise wird aber der Unternehmerlohn dem Kapitaleinkommen zu geschlagen, das macht die Maße für beide Art von Einkommen ungenau. Im jetzigen System bestehen die Probleme, dass 1. die Notenbanken die für die Preisniveaustabilität benötigte Geldmenge nicht genau bestimmen kann, weil sie nicht über die Aktivität des in Horten lagernde Geld bestimmen kann und 2. ist es so, wenn die Lohnquote zu stark steigt, streikt das Kapital, weil dessen Einsatz keine als angemessene angesehene Rendite mehr abwirft. Es kommt zum Investitionsstreik mit der Folge der Arbeitslosigkeit.⁴⁶

⁴⁴ Fußnote 23 siehe im Original.

⁴⁵ https://de.wikipedia.org/wiki/Warenkorb#Mehr_Leistung_im_Warenkorb

⁴⁶ Ich habe 1977 versucht, diese Zusammenhänge in meinem Text <http://www.tristan->

Allerdings wäre es verfehlt, allein die Lohnentwicklung für die Preisentwicklung verantwortlich zu machen. Vielmehr lag ein weiterer wichtiger Grund darin, daß die Bundesbank in der Zeit der bis 1973 geltenden festen Wechselkurse nicht in der Lage war, die durch die hohen Außenhandelsüberschüsse und durch spekulative Devisenzuflüsse verursachte Aufblähung der Geldmenge unter Kontrolle zu bekommen, obwohl 1969 die Deutsche Mark um 9,3 Prozent aufgewertet worden war. Erst mit der Wechselkursfreigabe im März 1973 gewann die Bundesbank die Kontrolle über das monetäre Geschehen zurück. Schließlich sei noch erwähnt, daß eine außerordentliche, auf steigender Staatsverschuldung beruhende Expansion der Staatsausgaben von 233 Mrd. DM 1969 auf 341 Mrd. DM 1972 bei gleichzeitig hoher privater Güternachfrage in jenen Jahren das Produktionspotential überforderte. Mit zusätzlichen Problemen wurde die Wirtschaft der Bundesrepublik ab 1974 konfrontiert.

Das Thema war bei mir 1966 Gegenstand einer Prüfungsarbeit.⁴⁷

Sozialpolitisch läßt sich die hier dargestellte Periode der Sozialen Marktwirtschaft im Gegensatz zur ersten Periode, in der die ordnungspolitischen Grundlagen freiheitlich-demokratischer Sozialpolitik und die Grundlagen des Sozialstaates geschaffen worden waren, als Phase sozialstaatlicher Expansion charakterisieren⁴⁸24), die vor allem folgende Merkmale trägt: ...

... Diese Expansion der Sozialpolitik, die sich vor allem 1969 bis 1973 vollzog, das heißt im letzten Jahr der Großen (CDU/CSU/SPD-)Koalition und in den ersten Jahren der sozialliberalen (SPD/F. D. P.)-Koalition, ließ die Sozialausgaben mit wachsenden Raten steigen. Die Sozialleistungen wurden von 68,8 Mrd. DM im Jahre 1960 auf 262,7 Mrd. DM im Jahre 1973 erhöht, das heißt auf das 3,8fache, während das Bruttosozialprodukt nur auf das dreifache stieg. Die Sozialleistungsquote als Anteil der Sozialleistungen am Bruttosozialprodukt stieg von 22,7 Prozent auf 28,6 Prozent. 1960 bis 1963 waren die Sozialleistungen im Jahresdurchschnitt um 7,4 Prozent gestiegen, 1964 bis 1969 um 9,4 Prozent und 1970 bis 1973 um 13,5 Prozent. Es konnte nicht ausbleiben, daß diese Leistungsexpansion die Sozialabgaben- und die Steuerbelastung erhöhte: Die Belastung der Lohnsumme je Arbeitnehmer durch Steuern und Sozialabgaben stieg von 15,9 Prozent (1960) auf 26,1 Prozent.

„... kinderlose Alleinstehende. Im vergangenen Jahr führten diese durchschnittlich 49,7 Prozent ihres Einkommens als Steuern und Sozialabgaben an den Staat ab.“

26. April 2018 <https://www.zeit.de/wirtschaft/2018-04/steuerzahler-oced-studie-arbeitnehmer-sozialabgaben>

abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf darzustellen.

47 Siehe: Die Problematik flexibler Wechselkurse als Instrument des Zahlungsbilanzausgleichs, Text 106.4 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/106.4%20TA1966WK.Problem.pdf>

48 24) Dazu ausführlicher Lampert (Anm. 19)

79) Aus dem Kapitel: IV. Bilanz

Anschnitt: 1. Transformation der Wirtschaftsordnung?

Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik hat sich in ihrer nunmehr 40-jährigen Geschichte stark gewandelt. Schon in den siebziger Jahren wurde die Frage aufgeworfen, ob wir noch eine Soziale Marktwirtschaft haben ⁴⁹. Wie hat sich die Soziale Marktwirtschaft gewandelt und wodurch wurde sie geprägt? ...

Die importierte Inflation konnte weder durch die Maßhalteappelle Erhards noch durch seinen Versuch eines „Dialogs mit Repräsentanten der Wirtschaft und Sozialverbände“ bewältigt werden. 1966 griff dann die Regierung der Großen Koalition die Idee einer „Konzertierten Aktion“ auf. Sie war das Kernstück der unter dem Etikett „aufgeklärte Soziale Marktwirtschaft“ betriebenen Globalsteuerung.

Appelle können die Ergebnisse von Systemergebnissen nicht ändern. Wenn man mit den Systemergebnissen unzufrieden ist, muss man das System ändern.

Schlussbemerkungen

80) Wie bestellt bekam ich an dieser Stelle per E-Mail folgenden Hinweis:

Guten morgen,
bis auf Vollgeld anscheinend ein ganz interessantes Rundumpaket.
<https://marktwirtschaft-reparieren.de/>
Gruß, W.

Wenn man den Link öffnet, kommt man zu einer Buchvorstellung. Zu „Marktwirtschaft reparieren / Entwurf einer freiheitlichen, gerechten und nachhaltigen Utopie“ von Oliver Richters und Andreas Siemoneit. Über die Notwendigkeit von Utopien, um den gedanklichen Stillstand in der Misere zu überwinden, habe ich im ersten Teil dieser Arbeit berichtet. Die Autoren schreiben:

Der heutige Kapitalismus ist weder gerecht noch nachhaltig – und auch nicht ökonomisch stabil. Aber anstatt ein neues Wirtschaftssystem zu fordern, finden wir, dass Marktwirtschaft eine überzeugende soziale Utopie ist, die einfach, robust, effizient und gerecht sein kann. In unserem Buch im oeekom-Verlag erläutern wir dies anhand folgender Punkte:

49 27) Vgl. Lenel (Bnm. 23); E. Tuchtfeldt, Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung, in: ders. (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft im Wandel, Freiburg 1973, S. 159ff.

- Probleme: Soziale Ungerechtigkeit, ökologischer Raubbau und ökonomische Krisen
- Ursachen: Verletzung der Leistungsgerechtigkeit und Vorliegen eines Wachstumszwangs
- Lösung: Umsetzung der sozialen Utopie der Marktwirtschaft
- Maßnahmen: Ressourcenpolitik, Bodenwertsteuer, Begrenzung ökonomischer Macht und staatliche Geldschöpfung

Unser Ziel ist eine grundsätzlich richtige Wirtschaftsordnung, keine kleinteilige Regulierung, und wir halten eine Selbststeuerung „über den Markt“ für möglich. Dafür ist es jedoch erforderlich, die Quellen leistungsloser Einkommen trockenzulegen. Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen verbinden ökologische Nachhaltigkeit, ökonomische Stabilität und soziale Gerechtigkeit, anstatt sie gegeneinander auszuspielen.

Zur politischen Umsetzung dieser Ideen benötigen wir Ihre Initiative. Unsere Ideen wurden bereits in verschiedenen Medien und der Presse diskutiert:

Das ist eine gute Aufforderung gedanklich wieder dort anzufangen, wo die Vor-uns-Denker mit der Sozialen Marktwirtschaft angefangen haben und dabei die Irrwege und Sackgassen zu vermeiden, die auf dem Weg ihrer Realisierung gemacht wurden. Aber unsere Kenntnisse über die Fehler, die gemacht wurden und unsere Ideen, wie man es besser machen kann, die sollten wir in diesem Prozess der gesellschaftlichen Erneuerung einbringen. Die Marktwirtschaft – wir haben sie noch nicht – muss keine Utopie bleiben.

81) Zum Schluss stellt sich mir die Frage nach der Zusammenarbeit der Ordoliberalen, der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft und der Freiwirtschaft. Nach meiner Wahrnehmung hat es seitens der freiwirtschaftlichen Akteure immer eine indirekte Kooperation dadurch gegeben, dass sie auf die Literatur der Ordoliberalen und der ASM zurückgegriffen haben. Wie das aufseiten der ASM und den ordoliberalen Institutionen aussieht, weiß ich trotz der positiven Signale seitens der ASM, die zu diesem Text geführt haben, nicht. Nötig wäre eine gemeinsame Modellbeschreibung einer wirklich freiheitlichen Gesellschaft – auch in den Teilordnungen -, damit die Politik den Wählern nicht länger ein X für ein U vormachen kann und unsere Gesellschaft weiterhin in die freiheitsfeindliche Zentralverwaltungswirtschaft treiben kann. Nach meinem Eindruck, der zugegen ein subjektiver ist, wurden den Freiwirten nach ihrem Ausscheiden aus der ASM von ihren dort verbleibenden ökonomischen Geistesverwandten das Lied von Franz Josef Degenhardt ⁵⁰ auf sie gemünzt gesungen:

⁵⁰ <https://www.songtexte.com/songtext/franz-josef-degenhardt/spiel-nicht-mit-den-schmuddelkindern-53cf13f9.html>

Spiel nicht mit den Schmuttelkindern,
sing nicht ihre Lieder.
Geh doch in die Oberstadt,
machs wie deine Brüder!

...

Für alle Begeisterung für Degenhardts Lied, als Schlusssatz passen mir diese Sätze auch nicht. Da nehme ich lieber ein Zitat des vom November 1991 bis zum November 2014 Vorsitzenden der ASM⁵¹, Joachim Starbatty, der in einem Vortrag im Seminars für freiheitliche Ordnung im Juli 1977 zu dem Thema „Eine kritische Würdigung der Geldordnung in Silvio Gesells utopischem Barataria (>Billigland<)“ sagte:

Insgesamt ist die Gesell'sche Parabel über das utopische Barataria ein meisterhaftes Lehrstück zur Einführung in eines der schwierigsten Kapitel der Nationalökonomie, der Geld- und Zinstheorie. Es ist ein reiches Exerzierfeld für ökonomisches Denken und für das Erkennen interdependenter Zusammenhänge zwischen Wirtschafts-, Gesellschafts- und allgemeiner Politik.⁵²

Diese Aussage kann Vorurteile gegenüber Gesell und die Freiwirtschaftsschule abbauen oder verstärken, je nach Intention des Lesers, aber eigentlich ist sie eine Nebensache. Wichtiger ist, was die Menschen, die sich der ASM oder der Freiwirtschaft zuordnen, heute denken, ob sie sich von einer partiellen Zusammenarbeit etwas versprechen und sich in ihrem jeweiligen Sosein respektieren können. Wenn die Fragen mit Ja beantwortet werden können, sollten alle Interessierten für eine große Zusammenkunft trommeln, um herauszufinden, was sie verbindet und was sie trennt, um dann zur Tat zu schreiten. TA

51 http://www.asm-ev.de/UeU_Historie.html

52 Fragen der Freiheit, Doppelfeft 129, Nov. / Dez. 1977, Seite 30